ab druck

10.2024 / 3.2025
auszug

BGA

Nutzungshinweis:
Mit Verweis auf die bestehenden Lizenzbedingungen unseres Dienstleisters möchten wir Sie darauf aufmerksam machen, dass das Dokument weder vervielfältigt noch verbreitet werden darf. Eine Archivierung ist ebenfalls nicht gestattet.

FAZ.NET vom 05.03.2025 15:11

Frankfurter Allgemeine

Autor/-in: dpa
Mediengattung: Online News
Visits (VpD): 1,68 (in Mio.) [1]
Unique Users (UUpD): 0,367 (in Mio.) [2]
Weblink: https://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/oekonomen-finanzpaket-bringt-konjunkturplus-und-schuldenberg-110337295.html

[1] von PMG gewichtet 10-2024

[2] gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Ökonomen Finanzpaket bringt Konjunkturplus und Schuldenberg

Ökonomen erwarten mit dem geplanten riesigen Finanzpaket von Union und SPD zu Verteidigung und Infrastruktur einen Schub für die Konjunktur - aber auch immense Nebenwirkungen. Ein Überblick über die möglichen Folgen für Wirtschaft und Verbraucher:

Eine zügige Umsetzung des Haushaltspakets dürfte das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland bis 2027 um bis zu einen Prozentpunkt pro Jahr erhöhen, schätzt Sven Jari Stehn, Chefvolkswirt Europa bei der Investmentbank Goldman Sachs . Allerdings würde auch die staatliche Schuldenquote von zuletzt gut 62 Prozent gemessen an der Wirtschaftsleistung auf 67,6 Prozent steigen.

Finanzpaket Treiber für Konjunktur - und Inflation?

Zwar würden die finanzpolitischen Großprojekte der künftigen Regierung die stagnierende Wirtschaftsleistung über mehrere Jahre kräftiger steigen lassen, meint Michael Holstein, Chefvolkswirt der DZ Bank. Allerdings könne das mit einem Anstieg der Inflation, getrieben von höheren Löhnen und einer höheren wirtschaftlichen Nachfrage, einhergehen.

Institut: Deutschland könnte 2034 Hochschuldenstaat sein

Friedrich Heinemann, Ökonom am ZEW Mannheim, warnt vor den Lockerungen der Schuldenbremse. Nehme man das geplante Infrastruktur-Sondervermögen und die angedachten neuen Verschuldungsmöglichkeiten der Länder hinzu, öffne sich ein «gewaltiges Verschuldungsfenster».

In Summe könnte Deutschland auf Dauer in einer konjunkturellen Normallage verfassungskonform vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts schuldenfinanzieren. «Damit würde sich Deutschland rasch zu den Hochschuldenstaaten der EU gesellen, schon 2034 wird die Schulden-BIP-Quote dann 100 Prozent erreichen.»

Union und SPD wollen die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben lockern. Außerdem soll ein Sondervermögen für die Instandsetzung der Infrastruktur mit 500 Milliarden Euro geschaffen werden. Es soll eine Laufzeit von 10 Jahren haben.

Finanzoffensive als Stimmungsaufheller für Unternehmen

Sebastian Dullien, wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, sieht in den Plänen «eine echte Zeitenwende auch für die Finanzpolitik». Damit «könnten viele der Bremsklötze entfernt werden, die die deutsche Wirtschaft zuletzt am Wachsen gehindert haben».

Dullien zufolge dürfte sich die Stimmung der Unternehmen schnell aufhellen, weil sich absehbar die Standortbedingungen verbesserten. Und Thomas Gitzel, Chefvolkswirt bei der VP Bank meint: «Es sind die richtigen Schritte. Klein-Klein geht in Anbetracht der geopolitischen Entwicklungen nicht mehr.»

Folgen für Geldpolitik und Bauzinsen

Der Ausgabenschub könnte die Renditen deutscher Staatsanleihen merklich nach oben treiben, vermutet DZ-Bank-Chefvolkswirt Holstein. Denn vermutlich müsste der Staat bei Flut neuer Anleihen Investoren mit höheren Zinsen locken.

Da sich die Bauzinsen an der Rendite zehnjähriger Bundesanleihen orientieren, würden das Hausbauer in Form höherer Kreditkosten spüren. Zudem könnte das Risiko eines Inflationsanstiegs die Europäische Zentralbank (EZB) «schon im Frühjahr dazu veranlassen, die Zinsen weniger stark zu senken als bislang vermutet».

Außenhandelsverband: Staat kein guter Investor

Während die Bauwirtschaft das vorgestellte Finanzpaket für die Infrastruktur als «historische Chance» sieht, warnt Dirk Jandura, Präsident des Außenhandelsverbands BGA: «Der Staat ist ein schlechter Investor.» Mehr Schulden bedeuteten nicht mehr Wettbewerbsfähigkeit: «Geld löst keine strukturellen Probleme.»

Quelle: dpa Artikelrechte erwerben

Kurse und Finanzdaten zum Artikel: Goldman Sachs-Aktie

Wörter: 432

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

WiWo.de (Wirtschaftswoche) vom 27.02.2025

Autor/-in: Adamsen, Henrike/ Thier, Clara
Seite: online
Ressort: Politik / Europa /
Mediengattung: Online News
Visits (VpD): 0,344 (in Mio.) [1]
Unique Users (UUpD): 0,095 (in Mio.) [2]
Weblink: https://www.wiwo.de/politik/europa/nachhaltigkeitspflichten-das-bedeutet-der-eu-buerokratieabbau-fuer-unternehmen/30230756.html

[1] von PMG gewichtet 10-2024
[2] gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Nachhaltigkeitspflichten

Das bedeutet der EU-Bürokratieabbau für Unternehmen

Viele Unternehmen ächzen unter dem Green Deal. Wie die EU-Kommission die Nachhaltigkeitsregeln entschlacken will – von Lieferkettengesetz bis EU-Taxonomie.

Erstveröffentlichung: 2025-02-27 08:38:05 letzte Aktualisierung: 2025-02-27 08:38:05

Es war das große Projekt von Ursula von der Leyens vergangener Legislaturperiode: Der Green Deal, eine europäische Strategie für Wachstum und Nachhaltigkeit und der Kern der europäischen Klimapolitik.

Die Kommissionspräsidentin stellte die Idee im Jahr 2019 vor. Jetzt, mehr als fünf Jahre und zahlreiche Richtlinien und Verordnungen später, ist ausgerechnet von der Leyen diejenige, die ein Teil ihrer eigenen grünen Regeln für Klimaschutz und Menschenrechte wieder zurückdrehen will.

Der angekündigte Omnibus-Gesetzesentwurf soll die europäischen Unternehmen entlasten. Ziel sei es, pauschal 25 Prozent der Berichtspflichten für alle Unternehmen, und 35 Prozent für kleine und mittelständische Unternehmen abzubauen. Zudem sollen Unternehmen mehr Zeit für die Umsetzung bekommen.

Die Empörung über den Green Deal ist in weiten Teilen der Wirtschaft groß. Aber können die neuen Vorschläge wirklich Bürokratie abbauen? Und wie viel bleibt noch vom ursprünglichen Sinn und Zweck enthalten?

Ob Nachhaltigkeitsberichterstattung, Lieferketten-Gesetz, grüne Taxonomie oder CO2-Grenzsausgleichssystem – das soll sich für die vier wichtigen Bausteine des sogenannten Green Deals ändern.

Was war die Kritik am Green Deal?

Zu ineffizient, zu teuer, zu unverhältnismäßig, fasst EU-Kommissarin für Finanzdienstleistungen, Maria Luís Albuquerque, auf der Pressekonferenz in Brüssel am Mittwoch zusammen. Diese hohe Belastung der Unternehmen sei eine ungeplante Konsequenz gewesen, die man nun korrigieren wolle, ohne dabei die Ziele des Green Deals zu ändern.

Konkret beschweren sich kleine Betriebe, dass sie keine Kapazitäten haben, umfangreiche Daten zu erheben, die Geschäftspartner in Fragebögen abfragen. Auch könne beispielsweise ein Bäckerbetrieb kaum die Einhaltung von Menschenrechten innerhalb der Mehl-Lieferkette kontrollieren. Insgesamt kritisieren Unternehmen und Wirtschaftsverbände die Zahl der verschiedenen Regelungen und den hohen Umfang an Daten, den diese bereitstellen müssen. Es gab jedoch auch Wirtschaftsakteure, die sich für einzelne Regulierungen ausgesprochen haben, darunter der Verband BME und Unternehmen wie zum Beispiel Nestlé, Vattenfall oder IKEA.

Wie reagiert die Wirtschaft auf die Omnibus-Initiative?

„Endlich hat die Kommission unsere Bedenken erhört“, sagt beispielsweise Dirk Jandura, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA). Eine Erleichterung bringe die vorgesehenen Änderungen an der Europäischen Lieferkettenrichtlinie (CSDDD), erklärt Jandura.

Auch Peter Leibinger, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), befürwortet die Verschiebung der Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung und des Lieferkettengesetzes. Die Zeit müsse genutzt werden, „um die Richtlinien praxistauglich zu gestalten und durch klare Veränderungen substanziell zu verbessern“, sagt Leibinger. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall kritisiert, dass der Bürokratieabbau nicht weit genug gehe: „Der Omnibus ist leider nur ein Kleinwagen“.

Jenseits der Wirtschaft ist die Kritik groß. Faustine Bas-Deffosez vom European Environmental Bureau (EBB) sagt, das Paket schaffe „Rechtsunsicherheit, die Nachzügler belohnt, während Unternehmen bestraft werden, die sich frühzeitig um die Überwachung und Berichterstattung ihrer Umweltauswirkungen bemüht haben.“

Was ändert sich bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD)?

Die CSRD soll Unternehmen verpflichten, detaillierte Nachhaltigkeitsberichte zu erstellen. Darin analysieren Unternehmen auf der einen Seite, welche Auswirkung ihre Aktivitäten auf die Umwelt haben. Auf der anderen Seite prüfen sie, inwiefern der Klimawandel Risiken für ihr Geschäftsmodell birgt. Diese Analyse in beide Richtungen wird auch „doppelte Wesentlichkeitsprüfung“ genannt, und soll laut Kommission erhalten bleiben. Gültig ist sie nach dem neuen Vorschlag nur noch für 20 Prozent der ursprünglich betroffenen Unternehmen. Genauso wie die CSDDD soll die CSRD dann nur noch für Firmen mit mehr als 1000 Mitarbeitern und mehr als 50 Millionen Euro Nettoumsatz gelten (450 Millionen Euro für Nicht-EU-Unternehmen). In Deutschland wären noch circa 2000 Unternehmen betroffen. Unternehmen, die ab 2026 auch berichtspflichtig sind, haben zwei Jahre länger, bis 2028, Zeit. Sektorspezifische Berichtspflichten sollen ganz gestrichen werden.

Welche Änderungen gibt es beim EU-Lieferkettengesetz (CSDDD)?

Ziel der CSDDD ist es, Verstöße gegen Menschenrechte und Umweltstandards entlang der Lieferkette zu verhindern. Firmen müssen deswegen bestimmte Sorgfaltspflichten erfüllen. Das Gesetz

sieht dafür einen risikobasierten Ansatz vor: Unternehmen müssen nicht alle Zulieferer kontrollieren, sondern nur diejenigen, bei denen ein potenzielles Risiko von Verstößen besteht.

Die Richtlinie ist im Juli 2024 in Kraft getreten und hätte ab Mitte 2027 in Kraft treten sollen. Der neue Vorschlag sieht nun vor, die Umsetzung um ein Jahr nach hinten zu verschieben. In der letzten Stufe, ab 2029, gilt die CSDDD für Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten und mehr als 450 Millionen Euro weltweitem Nettojahresumsatz.

Laut dem neuen Omnibus-Vorschlag entfällt die zivilrechtliche Haftung von Unternehmen bei Menschenrechtsverstößen in der Lieferkette, sehr zum Verdruss von Umwelt- und Menschenrechts-NGOs. Statt die ganze Lieferkette mit in die Risikoanalyse zu nehmen, müssen Firmen nun nur noch direkte Lieferanten überprüfen. Außerdem soll die Überprüfung statt einmal jährlich alle fünf Jahre stattfinden.

Das Buß-System will die Kommission ebenfalls verhältnismäßiger gestalten. Bisher waren bei CSDDD-Verstößen Bußen geplant gewesen, die einem Prozentsatz des weltweiten Umsatzes des betroffenen Unternehmens entsprochen hatten. Dies ist nun nicht mehr geplant.

Was sind die Pläne für den CO2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM)?

Der CO2-Grenzausgleichsmechanismus betrifft Unternehmen, die Waren aus dem Ausland importieren, die innerhalb der EU dem Emissionshandel unterliegen. Das betrifft vor allem Stahl, Aluminium, Zement und Düngemittel. Das soll heimische Produzenten dieser CO2-intensiven Güter schützen, die durch den CO2-Preis einen Wettbewerbsnachteil haben.

Den Vorschlägen der Kommission zufolge werden nun 91 Prozent aller Unternehmen komplett von Berichtspflichten unter dem CBAM befreit. Wenn europäische Unternehmen nur kleine Mengen dieser Waren importieren, sind sie nun von den Berichtspflichten befreit.

Dennoch werden 99 Prozent der Emissionen erfasst – möglich sei das, weil nur neun Prozent der Importeure für diese Menge an Emissionen verantwortlich ist.

„Ich gehe davon aus, dass dieser Vorschlag innerhalb weniger Wochen mit einer Mehrheit aus der Mitte des Europäischen Parlaments angenommen wird“, zeigt sich Peter Liese, Abgeordneter der Unions-nahen EVP-Fraktion, optimistisch.

Wie passt die EU-Kommission die grüne Taxonomie an?

Die EU-Taxonomie legt fest, welche unternehmerischen Aktivitäten nachhaltig sind. Das sind sie, wenn sie zu Klimaschutz, Klimaanpassung, Biodiversität, Kreislaufwirtschaft, Müllvermeidung und dem Schutz von Wasserressourcen beitragen.

Das soll Transparenz schaffen und Greenwashing verhindern, weil es so eine einheitliche Definition gibt, was Nachhaltigkeit bedeutet. Außerdem soll es Anlegern und Investoren erleichtern, nachhaltige Geldanlagen zu tätigen, damit grüne Unternehmen bessere Finanzierungsbedingungen bekommen.

Der Bürokratieabbau bedeutet ähnlich wie bei der CSRD, dass die Kommission den Kreis der betroffenen Unternehmen reduzieren will. Unternehmen unter 1000 Mitarbeitern und unter 450 Millionen Euro Jahresumsatz sind von der Taxonomie ausgenommen, können aber freiwillig berichten. Außerdem müssen Unternehmen nur noch über die Aktivitäten berichten, die mindestens 10 Prozent ihres Umsatzes ausmachen.

Darüber hinaus schlägt die Kommission vor, die so genannte Green Asset Ratio anzupassen. Das ist eine Kennzahl, die den Anteil nachhaltiger Geschäfte von Banken angibt und an deren Aussagekraft die Finanzinstitute Kritik üben. Da das Verfahren zum Bürokratieabbau gerade erst begonnen hat, ist noch unklar, worauf die Änderungen am Ende genau hinauslaufen.

EU-Bürokratieabbau: Wie geht es nun weiter?

Das erste Omnibus-Paket muss den gleichen Prozess wie ein reguläres Gesetz durchlaufen. Die Abgeordneten im EU-Parlament und die Minister und Ministerinnen im Rat der EU müssen sich auf einen gemeinsamen Entwurf einigen, der dann von allen Staaten ins nationale Recht umgesetzt werden kann. Grüne und sozialdemokratische Abgeordnete haben bereits ihren Widerstand gegenüber der Deregulierung angekündigt. Nach dem ersten Paket plant die Kommission ein weiteres Paket zur Vereinfachung von Investitionen und eines für den Bürokratieabbau von börsennotierten mittelständischen Unternehmen.

„Allerdings kann das Ganze nur ein erster Schritt sein, denn wir brauchen so schnell wie möglich weitere Omnibusse“, erklärt der EU-Abgeordnete Liese. „Nur mit einer ganzen Omnibus-Flotte erreichen wir das Ziel, die Menschen und die Unternehmen von Bürokratie zu entlasten und so wieder Schwung in die Wirtschaft zu kriegen.“

Lesen Sie auch: Der Mittelstand will nicht grün sterben /

Abbildung: Kommissionspräsidentin von der Leyen will die Kettensäge an den eigenen Green Deal anlegen. Dafür hatten sich Wirtschaftsverbände im Vorfeld stark gemacht. Foto: REUTERS

Abbildung: Kommissionspräsidentin von der Leyen will die Kettensäge an den eigenen Green Deal anlegen. Dafür hatten sich Wirtschaftsverbände im Vorfeld stark gemacht. Foto: REUTERS

Wörter: 1267

Urheberinformation: Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2025: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

tagesspiegel.de vom 24.02.2025 09:53

TAGESSPIEGEL

Autor/-in: Der Tagesspiegel
Mediengattung: Online News
Visits (VpD): 1,24 (in Mio.) [1]
Unique Users (UUpD): 0,219 (in Mio.) [2]
Weblink: https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/wirtschaft-braucht-dringend-neustart-top-okonomen-fordern-rasche-regierungsbildung-13263364.html

[1] von PMG gewichtet 04-2024

[2] gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

„Wirtschaft braucht dringend Neustart“

Top-Ökonomen fordern rasche Regierungsbildung

Die sicherheits- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen sind gewaltig. Mit einem deutlichen Appell wenden sich Top-Ökonomen nach der Bundestagswahl nun an die möglichen Koalitionspartner.

Top-Ökonomen und führende Verbände fordern nach der Bundestagswahl eine schnelle Regierungsbildung und wirtschaftliche Reformen. **„Oberste Priorität sollte eine rasche Regierungsbildung haben, um eine Führungsrolle in Europa übernehmen zu können“**, sagte die Vorsitzende des Sachverständigenrates Wirtschaft, Monika Schnitzer, der Nachrichtenagentur Reuters.

Die Äußerungen von US-Präsident Donald Trump und dessen Vize JD Vance hätten deutlich gemacht, dass sich Deutschland und Europa im militärischen Ernstfall nicht mehr auf eine Unterstützung durch die USA verlassen könnten. **„Man kann nur hoffen, dass man sich angesichts der sicherheits- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen rasch und konstruktiv auf einen Koalitionsvertrag einigt, der das Land nach vorne bringt“**, sagte Schnitzer.

DIW-Präsident Marcel Fratzscher fordert die möglichen Koalitionspartner CDU/CSU und SPD dazu auf, jetzt ihre Fehden beizulegen und sich an den Koalitionsvertrag zu machen. **„In einer Welt eskalierender Krisen muss Deutschland endlich aus der politischen und wirtschaftlichen Lähmung herauskommen“**, sagte der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).

Commerzbank-Chefvolkswirt Jörg Krämer erwartet, dass eine künftige Koalition von Union und SPD sich auf mehr Geld für die Infrastruktur verständigen wird. „Das wäre gut für die Unternehmen“, sagte Krämer. Aber Union und SPD hätten in den meisten anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik deutlich unterschiedliche Meinungen – etwa in der Steuer-, Sozial- und Klimapolitik. „Das dämpft die Aussicht auf einen echten Neustart in der Wirtschaftspolitik, der nach fünfjähriger Stagnation des Bruttoinlandsprodukts dringend notwendig wäre“, sagte Krämer.

Aufs Tempo drückt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). **„Die deutsche Wirtschaft braucht sehr schnell eine handlungsfähige neue Bundesregierung mit stabiler Mehrheit in der demokratischen Mitte“**, sagte BDI-Präsident Peter Leibinger. „Der Entscheidungs- und Handlungsstau in vielen für die Wirtschaft existenziellen Fragen wie etwa des Bürokratierückbaus, staatlichen Investitionen, der Energieversorgung und der Sicherheitspolitik gehört dringend aufgelöst.“ Je länger die Unsicherheit andauere, desto mehr zögerten Unternehmen und Verbraucher mit Investitionen und Käufen, die Wirtschaft stagniere und das Land werde geschwächt.

Der Außen- und Großhandelsverband BGA fordert eine nationale Kraftanstrengung, um die Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen. **„Wir alle, auch der deutsche Mittelstand, müssen hier einen Beitrag leisten“**, sagte BGA-Präsident Dirk Jandura. Auch mit Blick auf die internationale Lage bedürfe es einer handlungsfähigen Bundesregierung. „Der Gegenwind aus den USA ist stärker geworden – darauf müssen wir reagieren“, sagte Jandura. Um im Handelskonflikt mit den USA und China zu bestehen, „müssen wir geschlossen und mit deutlicher Stimme auftreten“.

Notwendig sei eine klare Haltung für offene Handelswege und neue Freihandelsabkommen. „Für ewiges Zaudern fehlt uns die Zeit, denn die Welt da draußen wartet nicht auf uns“, sagte der BGA-Präsident.

Deutschland braucht auch nach den Worten von Bankenpräsident Christian Sewing eine handlungsfähige und handlungswillige Regierung – „und zwar schnell“. Die Herausforderungen seien gewaltig. **„Die Wirtschaft braucht dringend einen Neustart mit grundlegenden Reformen“**, sagte der Präsident des Bankenverbands und Chef der Deutschen Bank. „Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit müssen im Mittelpunkt der nächsten Legislaturperiode stehen, damit Deutschland für Unternehmen wie für Investoren ein attraktiver Standort bleibt.“ (Reuters)

Abbildung: Monika Schnitzer, Vorsitzende, stellt das Frühjahrsgutachten 2024 des Sachverständigenrates Wirtschaft vor. Die Vorsitzende der sogenannten Wirtschaftsweisen, Monika Schnitzer, warnt vor den wirtschaftlichen Folgen einer Großen Koalition.
Fotograf/-in: © dpa/Kay Nietfeld
Wörter: 520

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

t-online.de vom 24.02.2025 15:48

Autor/-in: Frederike Holewik [fho/90392014]
Mediengattung: Online News
Rubrik: Wirtschaft
Visits (VpD): 15,21 (in Mio.) [1]
Kurztitel: "Die Zeit drängt"
Weblink: https://www.t-online.de/finanzen/aktuelles/wirtschaft/id_100610332/bundestagswahl-so-reagiert-die-wirtschaft-auf-die-ergebnisse.html
[1] von PMG gewichtet 10-2024

Wirtschaftsstimmen zur Bundestagswahl

"Die Zeit drängt"

Die Wirtschaft spielte in der Endphase des Wahlkampfs [überraschenderweise] eine eher untergeordnete Rolle. Dennoch hoffen die Unternehmen in Deutschland nun auf umfassende Reformen.

Ernüchternde Wirtschaftszahlen, hitzige Diskussionen über den Haushalt und wachsender Druck aus dem Ausland – die wirtschaftliche Lage galt lange Zeit als gesetztes Wahlkampfthema. Doch dann kam alles anders: Die Anschläge in Magdeburg, Aschaffenburg und München beförderten Fragen zur inneren Sicherheit und Migration auf die Tagesordnung, die Wirtschaft rückte zunehmend in den Hintergrund.

Nun ist die Union als Wahlsiegerin aus der Bundestagswahl hervorgegangen, wenn auch mit einem vergleichsweise schwachen Ergebnis von 28,5 Prozent. Angestrebt hatten die Parteispitzen einen noch deutlicheren Sieg mit mehr als 30 Prozent. CDU-Chef Friedrich Merz will jetzt mit der SPD über die Neuauflage der Großen Koalition verhandeln. Die Wirtschaft fordert dabei vor allem eines: Geschwindigkeit, denn die Probleme drängen.

DIHK-Präsident Peter Adrian sagte dazu: "Die Wirtschaft setzt auf eine möglichst zügige Regierungsbildung." Diese sei notwendig, um die Attraktivität Deutschlands wieder zu steigern. "Unternehmen gewinnen nur dann wieder Vertrauen in den Standort, wenn Wachstum ganz oben auf der Agenda der neuen Bundesregierung steht", so Adrian weiter.

Konkret versteht er darunter spürbare Entlastungen bei Bürokratie und Abgaben. "Wenn die künftige Regierung schnell und klar diesen Kurswechsel einleitet, werden wir auch wirtschaftlich wieder erfolgreicher sein", so seine Hoffnung. Eine Hoffnung, die viele andere Wirtschaftsvertreter und Ökonomen teilen dürften.

Angespannte wirtschaftliche Lage

Denn die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist angespannt. Seit zwei Jahren befindet sich das Land in einer Rezession, auch für das laufende Jahr sind die Prognosen gedämpft. Kurz vor der Wahl verharrte der Ifo-Geschäftsklimaindex im Februar bei 85,2 Punkten. Für den Index werden monatlich Tausende Unternehmer befragt. Der Referenzwert von 100 Punkten entspricht dabei der Stimmung im Jahr 2020. Vor allem die aktuellen Geschäfte machen dieser Befragung zufolge den Unternehmen zu schaffen, von den kommenden Monaten erhoffen sie sich hingegen eine Verbesserung der Lage. Das könnte auch mit den Aussichten auf eine neue Bundesregierung zusammenhängen.

Peter Leibinger, der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, appellierte am Tag nach der Wahl: "Es braucht einen wirklichen Neubeginn." Dafür müsse alles in den Mittelpunkt gerückt werden, was Wachstum schaffe. "Eine Trendumkehr kann nur durch ein Paket von Maßnahmen erreicht werden: öffentliche Investitionen in eine moderne Infrastruktur, in Transformation und die Widerstandskraft unserer Volkswirtschaft." Des Weitren brauche es Entlastungen im Energiebereich, Entscheidungen bei der Kraftwerksstrategie und Entlastungen bei Netzentgelten und Stromsteuer. Auch er plädiert für weniger Bürokratie und mehr Innovationsförderung.

Die Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie (VDA), Hildegard Müller, sagte, die Unternehmen könnten "die hohen Energiepreise, die überbordende Bürokratie sowie die Steuern und Abgaben in aktueller Form nicht mehr tragen". Es brauche Maßnahmen, "die kurz-, mittel- und langfristig Entlastung versprechen". Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie hatte zuvor auf Tempo gepocht und unter anderem mehr staatliche Investitionen gefordert.

Jörg Dittrich, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), warnte im Nachgang zur Wahl: "Es ist keine Zeit zum Taktieren". Dittrich weiter: "Es gilt, schnellstmöglich eine stabile und tragfähige Regierung auf den Weg zu bringen, die unserem Land wirtschaftliche Stärke und Selbstbewusstsein zurückgibt."

Handelsverband: "Vergleichbar mit Lage nach Wiedervereinigung"

In die Hoffnung auf eine neue Regierung mischt sich auch eine gewisse Vorsicht angesichts der zu bewältigenden Aufgaben. Dr. Dirk Jandura, der Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), mahnte: "Deutschland steht heute vor einer gewaltigen Aufgabe, vergleichbar mit der Lage unmittelbar nach der Wiedervereinigung. Damals wie heute wird es keine blühenden Landschaften über Nacht geben."

Deshalb müsse die Bundesregierung gemeinsam mit der Wirtschaft anpacken: "Uns alle erwartet viel Arbeit. Es wird eine gemeinsame nationale Kraftanstrengung brauchen, um Deutschlands Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen", so Jandura weiter.

Gewerkschaft fordert Milliarden für Infrastruktur

Auch die IG Metall drängt auf eine schnelle Regierungsbildung. Die Industrie brauche eine klare Perspektive. Die Erste Vorsitzende, Christiane Brenner, sagte: "Die Industrie und die Beschäftigten können nicht Monate auf klare Perspektiven warten. Sie brauchen jetzt so schnell wie möglich konkrete Zusagen." Aus Sicht der Gewerkschaft zählen wettbewerbsfähige Energiekosten, der Ausbau der Elektromobilität und umfassende Investitionen in Bildung, Straßen und Schienen sowie die Digitalisierung zu den wichtigsten Themen. Die IG Metall fordert dafür ein Investitionspaket des Bundes über zehn Jahre mit einem Volumen von mindestens 600 Milliarden Euro plus zusätzliche öffentliche Unterstützungsleistungen für die Dekarbonisierung der Industrie in Höhe von 30 Milliarden Euro in den kommenden fünf Jahren.

"Vielen Industrieunternehmen, besonders der energieintensiven Industrien und in der Zulieferindustrie, steht das Wasser bis zum Hals", so Brenner. "Die Beschäftigten sehen diese Bedrohung ihres Arbeitsplatzes und damit auch ihrer Lebensentwürfe, ihrer Familien und der Regionen, in denen sie leben."

Ökonom Hüther: "Unsere Schwierigkeiten liegen tiefer"

Ökonom Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln (IW), ist vor allem darüber erleichtert, dass es eine Zweierkoalition geben wird. Wären FDP oder BSW über die Fünfprozenthürde gekommen, hätte es für eine Große Koalition rechnerisch nicht mehr gereicht.

"Gerade die Wahlverliererin SPD wird jetzt über ihren Schatten springen müssen", so Hüther. "Wir haben keine Wahl – Deutschland braucht Stabilität, Deutschland braucht schnell eine handlungsfähige Bundesregierung mit der Bereitschaft zu den gebotenen Reformen."

Das hänge auch mit der volatilen geopolitischen Lage zusammen. "Gleichzeitig wissen alle: Unsere Schwierigkeiten liegen tiefer als in der Kombination aus Trump und Putin. Deutschland ist in einer schweren wirtschaftlichen Krise, die schon zwei Jahre vor der Pandemie begann", so Hüther weiter. "Die Zeit drängt. Deutschland ist nur stark, wenn seine Wirtschaft es auch ist."



Produktion bei Volkswagen (Archivbild): Wie blicken Vertreter der Wirtschaft in die Zukunft angesichts der Bundestagswahl?, IMAGO/Darius Simka/imago

manager-magazin.de vom 24.02.2025

manager magazin

Autor/-in: Kai Lange/ Claudia Witte
Rubrik: Politik/Deutschland
Mediengattung: Online News
Nummer: 0
Visits (VpD): 0,323 (in Mio.) [1]
Unique Users (UUpD): 0,091 (in Mio.) [2]
Jahrgang: 2025
Weblink: https://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/den-abstieg-deutschlands-umkehren-a-1de8051b-9eb3-4b84-83b7-ad3e2b8bab9a

[1] von PMG gewichtet 05-2020

[2] gerundet agof ddf Ø-Tag 2020-05 vom 02.06.2020, Gesamtbevölkerung 16+

Reaktionen auf Wahlergebnis

„Den Stau auflösen“ – Wirtschaft hofft auf Friedrich Merz

Die deutsche Wirtschaft sieht im Ausgang der Bundestagswahl einen klaren Auftrag für einen wirtschaftlichen Kurswechsel. Mit der Regierungsbildung müsse es nun schnell gehen.

Die Wirtschaft fordert nach der Bundestagswahl eine rasche Regierungsbildung und einen Kurswechsel. „Die deutsche Wirtschaft braucht sehr schnell eine handlungsfähige neue Bundesregierung mit stabiler Mehrheit in der demokratischen Mitte“, sagte der Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), **Peter Leibinger** (57), am Sonntagabend. „Der Entscheidungs- und Handlungsstau in vielen für die Wirtschaft existenziellen Fragen wie etwa des Bürokratierückbaus, staatlichen Investitionen, der Energieversorgung und der Sicherheitspolitik gehört dringend aufgelöst.“ Je länger die Unsicherheit andauere, desto mehr zögerten Unternehmen und Verbraucher mit Investitionen und Käufen, die Wirtschaft stagniere und das Land werde geschwächt.

Der Außen- und Großhandelsverband BGA fordert eine nationale Kraftanstrengung, um die deutsche Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen. „Wir alle, auch der deutsche Mittelstand, müssen hier einen Beitrag leisten“, sagte BGA-Präsident **Dirk Jandura** der Nachrichtenagentur Reuters. Auch mit Blick auf die internationale Lage bedürfe es einer handlungsfähigen und handlungswilligen Bundesregierung. „Der Gegenwind aus den USA ist stärker geworden – darauf müssen wir reagieren“, sagte Jandura. Um im Handelskonflikt mit den USA und China zu bestehen, „müssen wir geschlossen und mit deutlicher Stimme auftreten“. Notwendig sei eine klare Haltung für offene Handelswege und neue Freihandelsabkommen. „Für ewiges Zaudern fehlt uns die Zeit, denn die Welt da draußen wartet nicht auf uns“, sagte der BGA-Präsident.

Auch VDA-Präsidentin **Hildegard Müller** (57) dringt auf eine schnelle Regierungsbildung. „In einer überaus schwierigen Welt- und Wirtschaftslage braucht Deutschland nun schnellstmöglich eine stabile Regierung, die die Herausforderungen entschieden, geschlossen und strategisch angeht“, sagte Müller. Die deutsche Autoindustrie benötige eine „umfassende Agenda für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts“. „Die Unternehmen insgesamt und insbesondere das Rückgrat unseres Wohlstandes – der industrielle Mittelstand – können die hohen Energiepreise, die überbordende Bürokratie sowie die Steuern und Abgaben in aktueller Form nicht mehr tragen“, so Müller.

„Den Abstieg Deutschlands umkehren“

„Das Ergebnis zeigt: Es gibt ein klares Mandat an Union und Friedrich Merz, den wirtschaftlichen Abstieg Deutschlands endlich umzukehren“, sagte die Präsidentin des Verbandes „Die Familienunternehmer“, **Marie-Christine Ostermann** (47) der Nachrichtenagentur Reuters. „Dafür braucht es eine bessere Wirtschaftspolitik und Reformen.“ Die CDU habe den Auftrag, eine Wirtschaftswende herbeizuführen, so Ostermann. Die Deindustrialisierung werde sich noch beschleunigen, die Insolvenzwelle noch größer werden und der Verkauf von Familienunternehmen zunehmen. „Kurzum: Wir steuern gefährlich auf den Kipp-Punkt zu, ab dem der wirtschaftliche Abwärtstrend unserer Wirtschaft nicht mehr aufzuhalten, geschweige denn noch umzukehren wäre“, sagte Ostermann. „Unser Land verkraftet keine weitere Legislaturperiode ohne echte Wirtschaftsreformen.“ Es gehe um die Überlebensfrage für Tausende Unternehmen und deren Arbeitsplätze.

„Die Erwartungen an eine aller Voraussicht nach unionsgeführte Bundesregierung sind hoch“, sagte der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Mittelstands-Bunds (DMB), **Marc Tenbieg** (49). „Diese steht vor der Aufgabe, die deutsche Volkswirtschaft aus einer der schwersten Krisen ihrer Geschichte zu führen.“ Im Wahlprogramm von CDU/CSU fänden sich die meisten mittelstandsfreundlichen Ansätze aller Parteien. Aber um diese umsetzen zu können, brauche es eine handlungsfähige und vor allem stabile Koalition.

„Ein erneutes Gegeneinander der Regierungsparteien kann sich der Wirtschaftsstandort Deutschland nicht erlauben“, sagte Tenbieg. „Der Mittelstand benötigt Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen.“ Dazu zählten insbesondere ein spürbarer Bürokratieabbau, eine bezahlbare Energieversorgung sowie eine Reduzierung der Unternehmensbesteuerung und gezielte Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel. Das könne nur ein pragmatisches Bündnis der Mitte-Parteien realisieren. In den Koalitionsverhandlungen unter den demokratischen Parteien dürfe es nicht um Sympathien gehen, sondern darum, die beste Lösung für den Wirtschaftsstandort zu finden – und das am besten schnell.

Die Gewerkschaft IG Metall dringt nach der Bundestagswahl auf eine schnelle Regierungsbildung. „Wir haben keine Zeit mehr. Die Industrie und die Beschäftigten können nicht Monate auf klare Perspektiven warten“, sagt die Vorsitzende **Christiane Benner** (57). „Vielen Industrieunternehmen, besonders der energieintensiven Industrien und in der Zulieferindustrie, steht das Wasser bis zum Hals.“

Aus Sicht der IG Metall müssten wettbewerbsfähige Energiekosten, der Hochlauf der Elektromobilität und Investitionen in Bildung, Straßen, Schienen und Digitalisierung im Mittelpunkt der Pläne einer neuen Bundesregierung stehen.

la, cwi/reuters

Abbildung: Wahlsieger: CDU/CSU werden die kommende Bundesregierung anführen
Wörter: 661

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Handelsblatt.com vom 23.02.2025

Handelsblatt

Autor/-in: , Reuters
Seite: online
Ressort: Politik / Deutschland /
Mediengattung: Online News
Visits (VpD): 0,807 (in Mio.) [1]
Unique Users (UUpD): 0,271 (in Mio.) [2]
Weblink: https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundestagswahl-wirtschaft-fordert-schnelle-regierungsbildung/100109299.html

[1] von PMG gewichtet 10-2024

[2] gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Bundestagswahl

Wirtschaft fordert schnelle Regierungsbildung

Nach der Bundestagswahl werden Stimmen in der Wirtschaft für einen raschen Kurswechsel laut. Auch mit Blick auf die internationale Lage bedarf es einer handlungsfähigen Bundesregierung.

Erstveröffentlichung: 2025-02-23 20:06:06 letzte Aktualisierung: 2025-02-23 20:55:48

Die Wirtschaft fordert nach der Bundestagswahl eine rasche Regierungsbildung und einen Kurswechsel. „Die deutsche Wirtschaft braucht sehr schnell eine handlungsfähige neue Bundesregierung mit stabiler Mehrheit in der demokratischen Mitte“, sagte der Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Peter Leibinger, am Sonntagabend.

„Der Entscheidungs- und Handlungsstau in vielen für die Wirtschaft existenziellen Fragen wie etwa des Bürokratierückbaus, der staatlichen Investitionen, der Energieversorgung und der Sicherheitspolitik gehört dringend aufgelöst“, so Leibinger. Je länger die Unsicherheit andauere, desto mehr zögerten Unternehmen und Verbraucher mit Investitionen und Käufen, die Wirtschaft stagniere und das Land werde geschwächt.

Wirtschaftsweise Monika Schnitzer fordert ebenfalls eine schnelle Regierungsbildung nach der Bundestagswahl. „Oberste Priorität sollte eine rasche Regierungsbildung haben, um eine Führungsrolle in Europa übernehmen zu können“, sagte die Vorsitzende des Sachverständigenrats Wirtschaft am Sonntag der Nachrichtenagentur Reuters.

Der Außen- und Großhandelsverband BGA fordert eine nationale Kraftanstrengung, um die deutsche Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen. „Wir alle, auch der deutsche Mittelstand, müssen hier einen Beitrag leisten“, sagte BGA-Präsident Dirk Jandura Reuters. Auch mit Blick auf die internationale Lage bedürfe es einer handlungsfähigen und handlungswilligen Bundesregierung.

„Der Gegenwind aus den USA ist stärker geworden – darauf müssen wir reagieren“, sagte Jandura. Um im Handelskonflikt mit den USA und China zu bestehen, „müssen wir geschlossen und mit deutlicher Stimme auftreten“. Notwendig sei eine klare Haltung für offene Handelswege und neue Freihandelsabkommen. „Für ewiges Zaudern fehlt uns die Zeit, denn die Welt da draußen wartet nicht auf uns“, sagte der BGA-Präsident.

Überlebensfrage für Tausende Unternehmen und Arbeitsplätze

Die Präsidentin des Verbands „Die Familienunternehmer“, Marie-Christine Ostermann, sieht einen klaren Wählerauftrag für Friedrich Merz von der Union, den wirtschaftlichen Abstieg Deutschlands endlich umzukehren. „Dafür braucht es dringend eine bessere Wirtschaftspolitik und Reformen.“

Die deutsche Wirtschaft stecke nicht in einer Konjunkturdelle, sagte sie angesichts von zwei Rezessionsjahren in Folge. „Wir haben eine strukturelle Wirtschaftskrise.“ Der Standort Deutschland sei in Gänze nicht mehr wettbewerbsfähig. Es gehe um die Überlebensfrage für Tausende Unternehmen und deren Arbeitsplätze.

„Die Erwartungen an eine aller Voraussicht nach unionsgeführte Bundesregierung sind hoch“, sagte der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Mittelstands-Bunds (DMB), Marc Tenbieg. „Diese steht vor der Aufgabe, die deutsche Volkswirtschaft aus einer der schwersten Krisen ihrer Geschichte zu führen.“ Im Wahlprogramm von CDU/CSU fänden sich die meisten mittelstandsfreundlichen Ansätze aller Parteien.

Aber um diese umsetzen zu können, brauche es eine handlungsfähige und vor allem stabile Koalition. „Ein erneutes Gegeneinander der Regierungsparteien kann sich der Wirtschaftsstandort Deutschland nicht erlauben“, sagte Tenbieg. „Der Mittelstand benötigt Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen.“ Dazu zählten insbesondere ein spürbarer Bürokratieabbau, eine bezahlbare Energieversorgung sowie eine Reduzierung der Unternehmensbesteuerung und gezielte Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel.

DIW-Präsident Fratzscher: Reformen könnten großenteils unmöglich werden

DIW-Präsident Marcel Fratzscher sieht im Ausgang der Bundestagswahl eine Zäsur. „Die parteipolitische Zersplitterung könnte eine Zwei-Parteien-Koalition unmöglich machen“, sagt der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) der Nachrichtenagentur Reuters. Die Union habe als Wahlsieger bemerkenswert schlecht abgeschnitten. Selbst eine Zwei-Parteien-Koalition könnte es schwer haben, einen klaren Kurs durchzusetzen.

„Dringend benötigte Reformen dürften dadurch großenteils unmöglich sein, die gesellschaftliche Polarisierung und die Fortsetzung des Erstarkens der AfD das unweigerliche Resultat“, warnt Fratzscher. „Für Wirtschaft und Unternehmen wäre ein weiterer Abstieg unausweichlich.“ Die möglichen Koalitionspartner sollten jetzt ihre Fehden beilegen und sich an den Koalitionsvertrag machen. „In einer Welt eskalierender Krisen muss Deutschland endlich aus

der politischen und wirtschaftlichen Lähmung herauskommen“, sagt Fratzscher.

Abbildung:	Prof. Dr. Dr. h.c. Monika SchnitzerVorsitzende des Sachverstaendigenrats Wirtschaft,Einzelbild,angeschnittenes Einzelmotiv,Portraet,Portrait,Portr?t.75.Jahrestag IFO Institut am 27.06.2024 in Muenchen.? FOTOCREDIT Foto: picture alliance / SVEN SIMON
Wörter:	617
Urheberinformation:	Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2025: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Leipziger Volkszeitung Stadt Leipzig vom 21.02.2025

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG

Autor/-in: Frank-Thomas Wenzel [tmt724xk1m2wgwxe592b4]
Seite: 2
Ressort: Blickpunkt
Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 39.477 (gedruckt) [1] 42.359 (verkauft) [1] 43.287 (verbreitet) [1]
Reichweite: 0,202 (in Mio.) [2]

[1] von PMG gewichtet 01/2025
[2] von PMG gewichtet 7/2024

Story des Tages

Ausarbeiten, ausfüllen, ausdrucken

Die Zahl der Vorschriften und staatlichen Normen für Unternehmen steigt unaufhörlich - auf mittlerweile fast 100.000. Ein Unternehmer schlägt ein Haltbarkeitsdatum für Gesetze vor. Ein Ausflug in den Bürokratie-Dschungel.

Die Zahl der Vorschriften und staatlichen Normen für Unternehmen steigt unaufhörlich - auf mittlerweile fast 100.000. Ein Unternehmer schlägt ein Haltbarkeitsdatum für Gesetze vor. Ein Wissenschaftler verlangt eine bessere Abwägung von Kosten und Nutzen. Ein Ausflug in den Bürokratie-Dschungel.

Bürokratie - schon der Gedanke daran dürfte auf die meisten Menschen eher einschläfernd als belebend wirken. Bei Dirk Jandura ist das anders. Wenn der Geschäftsführer der Firma Obeta, eines mittelständischen Elektrogroßhändlers mit 65 Filialen, an all die Richtlinien, Vorschriften und Paragrafen denkt, mit denen sich sein Unternehmen konfrontiert sieht, bringt das sein Blut in Wallung.

Schlaflose Nächte bekomme er davon, bekennt Jandura im Gespräch mit dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Vor allem das Lieferkettengesetz und die Richtlinie für gute Unternehmensführung und Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) stören seine Nachtruhe. Zwei Mitarbeiter habe er für deren Bearbeitung einstellen müssen. Und für mehr als 100.000 Euro Software kaufen müssen.

Die Regelwerke für Lieferketten wurden von der Politik in Berlin und Brüssel geschaffen, um den Schutz von Umwelt und Menschenrechten in den Netzwerken der globalen Produktion zu stärken. Doch in vielen hiesigen Unternehmen gebe es niemanden, der die geforderten Auskünfte geben könne, so Jandura. „Denn keiner sammelt diese Art von Daten. Da fängt man bei Null an und muss erst mal alles zusammentragen." Zudem gebe es keine standardisierten Fragebögen und Programme für das geforderte Reporting.

Das gelte auch für die CSRD (Corporate Sustainability Reporting Directive) der EU. „Von unseren Kunden bekommen wir von jeder Rechtsabteilung einen anderen selbst entworfenen Fragebogen." Das Problem für seine Firma sei die Over-Compliance der anderen: „Jeder versucht sich auf seine Weise abzusichern", so der Geschäftsführer.

Bürokratieabbau als Dauerbrenner

Der Kampf gegen ausufernde Bürokratie ist in Deutschland ein Dauerbrenner - und zählt auch in diesem Bundestagswahlkampf zu den Top-Themen. Ausnahmslos alle Parteien haben dazu ihre eigenen Ideen, mal mehr oder weniger ausführlich. So wird im Sofortprogramm der CDU die „Lieferkettenregulierung" ausdrücklich als eines der Paragrafenwerke genannt, für die ein „Rückbau" angestrebt wird. Was auch für die im Einzelhandel verhasste Bonpflicht und die Regeln des Energieeffizienzgesetzes gelte. Und außerdem soll es weniger Betriebsbeauftragte geben.

Alles Maßnahmen, die Manager mehrheitlich begrüßen dürften: „Der Aufwand bei allen Berichtspflichten ist sehr hoch und der praktische Nutzen oft nicht unmittelbar zu erkennen", sagt Obeta-Chef Jandura, der auch Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) ist. Für ihn steht fest: „Die Bürokratie hat in den letzten 10 Jahren stark zugenommen."

Das zeigt auch ein Kurztrip in den Bürokratie-Dschungel: Um in Deutschland eine neue Eisenbahnstrecke zu bauen, braucht es locker zwei Jahrzehnte. Die meiste Zeit geht dabei für diverse Genehmigungsverfahren drauf. Die Zulassung einer für neue Schienenstränge notwendigen Gleisbaumaschine: 2 Jahre. Alexander Kritikos vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) listet weitere exemplarische Fälle auf: „Dauer der Genehmigung einer Windkraftmaschine sechs Jahre, 45 gefüllte Ordner."

Sachkundige für die Temperatur der Betriebstoilette

Oder: „Vorgeschriebene Temperatur in der Betriebstoilette 21 Grad, bei geöffnetem Fenster nicht unter 20 Grad." Für so etwas sind Betriebsbeauftragte zuständig. In insgesamt 26 Kategorien müssen Firmen Beschäftigte abstellen, die dafür Sorge tragen, dass Vorschriften unter anderem im Gewässer- und Brandschutz, bei der Bedienung von Hebevorrichtungen und Druckgeräten eingehalten werden. Es gibt Laserschutzbeauftragte und Sachkundige für Leitern und Tritten.

Die Kosten für all dies und noch viel mehr hat das Ifo-Institut im Auftrag der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern zusammengerechnet. Mit dem Ergebnis: Bis zu 146 Milliarden Euro würden Deutschland pro Jahr an Wirtschaftsleistung durch „überbordende" Bürokratie entgehen.

Ifo-Institut: Bürokratie verschlingt 146 Milliarden Euro

Für die Untersuchung hat das Ifo einen eigenen Index berechnet, der hiesiges Verwaltungshandeln mit dem in anderen Ländern vergleicht, wo „tiefgreifende" Bürokratiereformen umgesetzt wurden. Die 146 Milliarden kamen bei der Gegenüberstellung mit dem Bürokratiebezwinger Nummer eins (Schweden) zusammen. Das Ifo macht darauf aufmerksam, dass bei den Kalkulatio-

nen direkte und indirekte Kosten berücksichtigt worden seien, wodurch die Gesamtkosten mehr als doppelt so hoch ausfallen würden als andere Schätzungen, wie etwa jene des Normenkontrollrats.

Dieses Gremium berät seit 2006 die Bundesregierung - mit der Mission Bürokratiekosten zu drücken, was rechnerisch auch erreicht wurde: Die direkten Kosten zum Umsetzen der Normen des Bundes summierten sich zuletzt - nach Herausrechnen der Inflation - auf 67 Milliarden Euro, was einem langfristigen Abwärtstrend entsprechen würde.

Rechnerisch weniger Bürokratie

Das Statistische Bundesamt (Destatis), das seit 2012 für die Messung dieses Phänomens zuständig ist, hatte seinen „Bürokratiekostenindex“ seinerzeit auf 100 gesetzt. Im März 2024 wurde mit 94,52 Punkten der tiefste Wert seit Beginn der Aufzeichnungen errechnet. Für Entwarnung ist es allerdings zu früh, denn seither gehen die Kosten vor allem wegen der CSR-Direktive wieder nach oben. Zuletzt wurde im September 2024 ein Wert von 97,03 gemessen. Die Zahlen zeigen, wie schwer es ist, Bürokratie zu messen.

Und wie sehen dien ökonomischen Folgen aus? Das gewerkschaftsnahe Forschungsinstitut IMK hat sich die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen 25 Jahre genauer angeschaut und verweist auf eine Blüte in den 2010er-Jahren. In dieser Zeit sei das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Deutschland stärker als in den meisten vergleichbaren westeuropäischen Ländern und ähnlich stark wie in den USA gewachsen. Im internationalen Vergleich sei also festzustellen, dass man mitnichten einen „Rückgang des Wachstums erlebt hat, wie man es bei einem allmählichen Anstieg von Regulierungsdichte und Sozialausgaben als Ursache einer Wachstumsschwäche erwarten würde.“, schreibt das Team um IMK-Chef Sebastian Dullien.

Wie Unternehmen sich selbst lähmen

Der Schwächeanfall danach, der bis heute anhält, habe viel mit Geopolitik zu tun: etwa mit einer aggressiveren Industriepolitik Chinas und dem Wegfall Russlands als zuverlässigem Lieferanten von Erdgas und Erdöl. Als weitere Komponente der Misere ist dann allerdings doch auch die Bürokratie zu Tage getreten, aber nicht in der öffentlichen Verwaltung, sondern in den Unternehmen selbst.

Dies legt zumindest eine aktuelle Analyse der Aktionärsschützerorganisation DSW in Kooperation mit der Beratungsfirma Advyce & Company nahe: „Bei vergleichsweise niedriger Produktivität leisten sich viele Unternehmen immer noch altmodische Organisationsstrukturen mit aufgeblähten Verwaltungen und wenig effizienten, kaum digitalisierten Prozessen - so werden Strukturkosten in die Höhe getrieben. Besonders stark bemerkbar macht sich das in der Finanzbranche, der Gesundheitsbranche und im Maschinen- und Anlagenbau.“

Unternehmen haben ihre Hausaufgaben offenbar nicht gemacht und zugleich artikulieren sie ein vernehmliches Unbehagen gegenüber dem Staat. Wie das zusammenpasst? „Tatsächlich hat man in der aktuellen Debatte oft den Eindruck, dass einige im Unternehmerlager die schwierige wirtschaftliche Lage versuchen auszunutzen, um in großem Stil Regulierungen zurückzudrehen, unabhängig von deren Sinnhaftigkeit und Nutzen“, sagte Dullien dem RND.

Auch atmosphärische Störungen spielen eine Rolle. In besagtem Unternehmerlager hat sich viel Ärger über die Ampelregierung breit gemacht. Immer wieder ist von „Gängelung“ und „Regulierungswut“ zu hören. Etwa beim Energieeffizienzgesetz. Jandura erläutert, dass für jede der 65 Obeta-Filialen der Endenergieverbrauch des vergangenen Kalenderjahres mittels Hunderter Parameter haarklein ausgerechnet werden müsse. „Da sitzen wir Tage und Wochen dran, und es macht den Kollegen und Kolleginnen, die es ausrechnen müssen, richtig schlechte Laune.“

„Homöopathische Dosen“

Bertram Kawlath, Präsident des Maschinenbauverbandes VDMA, hat kürzlich in einem Onlinetalk des Bankenverbandes gleich mehrfach für wieder mehr Vertrauen in die Unternehmen seitens der Politik geworben. Frust herrscht, weil seit 2016 insgesamt vier Bürokratieentlastungsgesetze beschlossen wurden, die aber nur „homöopathische Dosen“ von Erleichterungen gebracht hätten, betont Jandura. Dabei seien in jüngerer Vergangenheit von Unternehmen Hunderte von Vorschlägen gemacht, aber kaum etwas umgesetzt worden.

Für Klaus-Rainer Röhl vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist klar: „Es findet kaum wirklicher Abbau von Bürokratie statt, während die Regelungsdichte steigt.“ Mit Regelungsdichte meint er die Zahl der einzelnen Vorschriften und Normen für Unternehmen, die trotz des rechnerisch sinkenden Bürokratiekostenindexes seit 2010 um gut ein Fünftel auf knapp 97.000 gestiegen sei. Insbesondere EU-Verordnungen würden dazu beitragen.

Suche nach effizienten Lösungen

Dullien jedenfalls fordert, bürokratische Anforderungen künftig „immer einer klaren Kosten-/Nutzenanalyse“ zu unterwerfen. Denn die Politik sei nicht nicht frei von dem Vorwurf, dass bei der Einführung von Regeln oft bestenfalls pro forma überprüft werde, welche Kosten die neue Vorgabe mit sich bringt und ob sie der effizienteste Weg sei, ein Ziel zu erreichen. Jandura schlägt vor, Gesetze ganz einfach mit einem Haltbarkeitsdatum zu versehen: „Die Paragraphen gelten für 5 oder 10 Jahre. Wenn es dann keine Initiative zum Hinterfragen gibt und Verlängern der Regelungen gibt, dann fallen die Bestimmungen ersatzlos weg.“ Und natürlich müsse digitalisiert werden, beispielsweise mittels standardisierter Plattformen fürs Berichtswesen. Den Normenkontrollrat müsse man zudem zu einem echten Bürokratie-TÜV ausbauen.

Dass auch schon jetzt was aus eigenem Antrieb der Politik geht, zeigt indes das Beispiel Windenergie. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat die Genehmigungsverfahren für die modernen Windmühlen an Land vereinfacht. Prompt hat der Ausbau spürbar Tempo aufgenommen. Dennis Rendschmidt, Geschäftsführer der VDMA-Abteilung Power Systems, mahnt: „Die kommende Bundesregierung muss daran anknüpfen und darf nicht durch regulatorische Brüche die Erfolge im Zubau gefährden.“

Zitat-Text:

Da sitzen wir Tage und Wochen dran, und es macht den Kollegen und Kolleginnen, die es ausrechnen müssen, richtig schlechte Laune.

Dirk Jandura, Geschäftsführer der Firma Obeta

Bei vergleichsweise niedriger Produktivität leisten sich viele Unternehmen immer noch altmodische Organisationsstrukturen mit aufgeblähten Verwaltungen und wenig effizienten, kaum digitalisierten Prozessen.

Analyse der Aktionärsschützerorganisation DSW in Kooperation mit der Beratungsfirma Advyce & Company

Abbildung:	Überwältigend: Der Kampf gegen ausufernde Bürokratie zählt auch in diesem Bundestagswahlkampf zu den Topthemen.
Fotograf/-in:	Illustration: IMAGO/luislourobd
Abbildung:	Die Bürokratie bereitet ihm schlaflose Nächte: Dirk Jandura, BGA-Präsident.
Fotograf/-in:	Foto: Bernd von Jutrczenka/dpa
Wörter:	1511
Ort:	Frankfurt am Main

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

digitalbusiness-cloud.de vom 19.02.2025 09:48

DIGITAL BUSINESS CLOUD

Autor/-in: Stefan Girschner **Mediengattung:** Online News
Weblink: https://www.digitalbusiness-cloud.de/wirtschaftsstandort-deutschland-dsag-fordert-offensive-a-974cbf74bddffedcdd6b7e7cd3e30f1e/

Bundestagswahl 2025

Wirtschaftsstandort Deutschland: DSAG und BGA fordern digitale Offensive

Kurz vor der Bundestagswahl appellieren DSAG und BGA an die künftige Bundesregierung, beim Wirtschaftsstandort Deutschland die Wettbewerbsfähigkeit in den Fokus zu rücken. Gefordert werden der Abbau bürokratischer Lasten und die Stärkung digitaler Bildung.

Fünf Tage vor der Bundestagswahl appellieren die Deutschsprachige SAP-Anwendergruppe e.V. (DSAG) und der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA) gemeinsam an die künftige Bundesregierung, beim Wirtschaftsstandort Dzu verbessern. Themen, die im Fokus stehen, sind : Abbau bürokratischer Lasten, Stärkung digitaler Bildung und Wiederherstellung des Vertrauens in politische Handlungsfähigkeit.

Wirtschaftsstandort Deutschland: Bürokratische Lasten senken

Anforderungen an Unternehmen steigen durch die stetig wachsende Zahl an Regulierungen mit immer höherem Detailgrad immer weiter an. Die Unklarheit gesetzlicher Vorgaben, unrealistische Umsetzungsfristen oder sachlich schwer zu vermittelnde Ausnahmen bedeuten laut ifo-Institut einen Verlust an 146 Milliarden an Wirtschaftsleistung jedes Jahr.
Jens Hungershausen, Vorstandsvorsitzender der DSAG e.V., erklärt: „Unternehmen brauchen klare und umsetzbare Vorgaben, um sich vor Cyberangriffen zu schützen. Die ausbleibende gesetzliche Grundlage schafft große Unsicherheiten und verhindert notwendige Investitionen in IT-Sicherheit.“ Auch das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) trifft viele Mittelständler direkt, da sie als Zulieferer großer Unternehmen in die Haftung genommen werden. Gleichzeitig führen Verzögerungen bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes 2.0 (OZG 2.0) oder der Registermodernisierung dazu, dass Unternehmen weiterhin mit ineffizienten analogen Behördenprozessen kämpfen.
Dr. Dirk Jandura, Präsident des BGA e.V., ergänzt: „Die Bürokratiekosten für Unternehmen müssen radikal gesenkt werden, sonst ersticken wir den Mittelstand. Länder wie Estland sparen nach eigener Aussage zwei Prozent ihres BIP durch konsequente Digitalisierung ein – Deutschland dagegen verliert jährlich Milliarden durch unnötige Bürokratie.“

Stärkung der digitalen Bildung

Die digitalen Kompetenzen junger Menschen in Deutschland sind unzureichend. Studien wie die International Computer and Information Literacy Study (ICILS) zeigen, dass 40 Prozent der Achtklässler und Achtklässlerinnen kaum digitale Grundkenntnisse besitzen. Dr. Jandura sieht dringenden Handlungsbedarf: „Die mangelnde digitale Bildung verschärft den Fachkräftemangel in allen Branchen. Während digitale Kompetenzen unverzichtbar werden, verlieren wir fast die Hälfte der jungen Generation an digitalen Analphabetismus.” Jens Hungershausen ergänzt: „Wir brauchen eine nationale Bildungsoffensive, die MINT-Fächer stärkt und Schulen mit modernen digitalen Infrastrukturen ausstattet“.

Wirtschaftsstandort Deutschland: Vertrauen in die Politik wiederherstellen

Unternehmen benötigen praxistaugliche Gesetzgebungen und eine konsequente Digitalisierung der Verwaltung. „Wir brauchen klare Leitplanken und eine echte Digitalstrategie. Das bedeutet: nachhaltige Investitionen in digitale Verwaltung, ein Digital first-Ansatz bei neuen Gesetzen und mehr Standards für Behördenprozesse“, fordert Hungershausen.
Dr. Jandura ergänzt: „Die Wirtschaft funkt SOS und die neue Bundesregierung muss handeln. Gold-Plating bei Regulierungen aus Brüssel oder hochriskante Ausnahmen für den öffentlichen Sektor bei der NIS-2-Richtlinie sind schmerzhafte Belege dafür, dass Deutschland an den wirtschaftlichen Realitäten vorbei regiert wird.“

Fotograf/-in: (Wirtschaftsstandort Deutschland)
Abbildung: Jens Hungershausen ist Vorstandsvorsitzender der DSAG e.V.
Fotograf/-in: (Bild: DSAG e.V.)
Abbildung: Dr. Dirk Jandura ist Präsident des BGA e.V.
Fotograf/-in: (Bild: BGA e.V.)
Wörter: 429

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

WELTplus vom 10.02.2025

Autor/-in:	Stefan Beutelsbacher/ Carsten Dierig	**Mediengattung:**	Online News
Seite:	0	**Jahrgang:**	2025
Ressort:	Wirtschaft	**Nummer:**	0
Rubrik:	Wirtschaft		
Weblink:	https://www.welt.de/wirtschaft/plus255390294/Zoelle-Die-wahre-Gefahr-hinter-Trumps-neuer-Stahl-Drohung.html		

Stahl und Aluminium

Die wahre Gefahr hinter Trumps neuer Zoll-Drohung

Der US-Präsident droht hohe Zölle auf Stahl und Aluminium an. Er scheint gewillt, die Welt in einen Handelskrieg zu stürzen und enge Verbündete zu verprellen. Die Industrie in Deutschland gibt sich indes überraschend gelassen. Dabei bereitet ein möglicher Effekt Sorgen.

Eine verschwiegene Arbeitsgruppe der EU-Kommission, intern „Taskforce Trump“ genannt, bereitete sich seit Monaten auf diesen Moment vor. Die Beamten erstellten Listen mit amerikanischen Produkten, auf die sofort Zölle verhängt werden können, falls Donald Trump einen Handelskrieg anzettelt. Nun droht der US-Präsident Abgaben auf Stahl und Aluminium aus Europa und anderen Teilen der Erde an – und die Zeit für den Gegenschlag könnte bald kommen.

„Wir werden handeln, um die Interessen europäischer Unternehmen, Arbeitnehmer und Verbraucher zu schützen“, hieß es am Montag von der Kommission. Die Brüsseler Behörde, zuständig für die Handelspolitik der EU, hält die angekündigten Maßnahmen für rechtswidrig. „Die EU“, teilte sie mit, „sieht keine Rechtfertigung für die Verhängung von Zöllen auf ihre Exporte.“

Vor einer Woche hatte Trump schon einen zusätzlichen Zoll in Höhe von zehn Prozent auf alle Waren aus China eingeführt. Die Regierung in Peking reagierte sofort. Sie belegte mehrere amerikanische Chip-Modelle mit Abgaben und leitete eine Untersuchung gegen Google ein. Trump war zudem gegen Importe aus Mexiko und Kanada vorgegangen, setzte die Maßnahmen dann aber wieder aus.

China, Mexiko, Kanada, jetzt wohl Europa: Donald Trump macht Ernst und führt hohe Zölle ein, so wie er es im Wahlkampf angekündigt hatte. Der neue amerikanische Präsident scheint gewillt, die Welt in einen Handelskrieg zu stürzen. Und er schreckt nicht davor zurück, enge Verbündete wie Kanada und die EU zu verprellen.

All das gab es schon einmal. Im Jahr 2018, ein gutes Jahr nach Beginn seiner ersten Amtszeit, hatte Trump ebenfalls Zölle auf Stahl und Aluminium aus Europa verhängt. Die EU antwortete damals mit Steuern auf mehrere amerikanische Produkte, darunter Bourbon und Erdnussbutter. Trumps Nachfolger Joe Biden einigte sich später mit der Kommission und ersetzte die US-Zölle durch Quoten. Brüssel und Washington hatten einen Waffenstillstand vereinbart. Er hielt offenbar bis zur Rückkehr Trumps.

Die Pläne des Republikaners könnten den Brüsseler Beamten zufolge nicht nur Europa schaden – sondern auch Amerika selbst. „Mit der Einführung von Zöllen würde die US-Regierung ihre eigenen Bürger besteuern, die Kosten für Unternehmen erhöhen und die Inflation anheizen“, hieß es von der Kommission.

Amerika benötigt jedes Jahr viele Millionen Tonnen Stahl und Aluminium. Autohersteller wie Ford und Flugzeugbauer wie Boeing verarbeiten die Metalle. Auch für die Errichtung von Brücken und Bohrtürmen sind sie unerlässlich. Aber ihr Import würde mit Trumps Zöllen wohl teurer. Zugleich dürften heimische Produzenten die Preise erhöhen, sobald sie weniger Konkurrenz aus dem Ausland haben.

Rund ein Viertel des in Amerika genutzten Stahls und die Hälfte des Aluminiums kommen aus dem Ausland. Den Stahl liefern vor allem Kanada, Brasilien, Mexiko, Südkorea und Vietnam. Das Aluminium kommt vorrangig aus Kanada, aber auch aus den Vereinigten Arabischen Emiraten und China. Und die Einfuhren lassen sich nicht einfach durch eine Ausweitung der heimischen Produktion ersetzen – dafür fehlt es an Fabriken.

Zudem gibt es Stahlprodukte, die gar nicht in den USA hergestellt werden können, wie es aus der Branche heißt. Das Land ist demnach traditionell ein Netto-Importeur. „Zahlen werden den Aufschlag also zuerst die Verarbeiter und am Ende die Verbraucher, weil die Zölle einfach durchgeleitet werden und Produkte entsprechend teurer machen“, sagt ein Stahl-Manager. Damit werde die Inflation in den USA weiter angeheizt.

Die EU ist die größere Volkswirtschaft

Auch deutsche Unternehmen machen Geschäfte in den USA, liefern etwa Rohre, Bleche, Brammen und Coils. Doch allzu große Sorgen machen sie sich offenbar nicht.

Thyssenkrupp zum Beispiel, der größte Stahlhersteller in Deutschland, sieht „nur einen sehr begrenzten Einfluss auf die Geschäfte“. Der Export in die USA sei vernachlässigbar gering und betreffe vor allem hochwertige Produkte mit guter Marktposition, sagt ein Sprecher. Im Jahr 2024 lieferten europäische Stahlhersteller rund vier Millionen Tonnen in die USA, rund eine Million davon kam aus Deutschland. Damit liegt der Amerika-Anteil an den Exporten der EU-Länder bei 18 Prozent. Das entspricht einem Zwanzigstel der Rohstahlproduktionskapazitäten in den USA, die sich laut Statistik auf etwa 81,4 Millionen Tonnen belaufen.

Auch der Außenhandelsverband BGA gibt sich gelassen. „Ich gehe davon aus, dass sich die Folgen für Europa in Grenzen halten werden“, sagt BGA-Präsi-

dent Dirk Jandura. Zum einen seien andere Länder die Hauptlieferanten, zum anderen komme der Schritt nicht überraschend. Unternehmen und Politik hätten ausreichend Zeit gehabt, sich vorzubereiten.

„Die Europäische Union muss jetzt aber mit einer Stimme auftreten“, so Jandura. Dann gebe es keinen Grund, warum die EU als deutlich größere Volkswirtschaft vor den USA in die Knie gehen sollte. Zumal man inzwischen wisse, dass Trumps Methode System habe und das seine Art sei, einen Deal vorzubereiten. „Deshalb ist es wichtig“, meint Jandura, „sich nicht einschüchtern zu lassen und mit Augenmaß vorzugehen.“

Unbehagen bleibt trotzdem. „Die Ankündigung des US-Präsidenten, Strafzölle auf alle Stahlimporte zu verhängen, trifft die Stahlindustrie in Deutschland und in der Europäischen Union in mehrfacher Hinsicht – und zur Unzeit“, sagt Gunnar Groebler, der Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl. Tatsächlich befindet sich die Branche mitten in der grünen Transformation: weg von Koks und Kohle, hin zu umweltfreundlicheren Fertigungsverfahren mit sogenannten Direktreduktionsanlagen und Elektroöfen, die im Idealfall mit Wasserstoff betrieben werden.

Aber die Umstellung ist teuer. Und die notwendigen Einnahmen brechen aufgrund der anhaltenden Konjunkturkrise in Deutschland und Europa schon seit Monaten weg. Hinzu kommt der Preisdruck durch Billigimporte, allen voran aus Asien.

Und der könnte sich durch die US-Zölle verschärfen, wie Branchenvertreter Groebler fürchtet. „Durch die Strafzölle drohen traditionelle Stahl-Lieferländer ihre Absatzmöglichkeiten zu verlieren und sich verstärkt auf den offenen EU-Markt zu konzentrieren.“

Solche Umlenkbewegungen befürchtet auch die Aluminiumindustrie. „Gerade die Länder mit einem erheblichen Anteil US-Geschäft werden sich neue Märkte suchen müssen“, heißt es vom Branchenverband Aluminium Deutschland. Die EU sei ein großer Markt für Aluminium, daher bleibe es wohl nicht aus, dass Mengen auch nach Europa umgelenkt werden. Und das scheint eine größere Gefahr für die heimischen Hersteller zu sein als möglicherweise wegfallende Exporte in Richtung USA. Denn mit gerade mal einem Prozent an der Produktion ist dieser Anteil eher gering. Gut 50.000 Tonnen gingen 2023 von Deutschland aus in die USA, allen voran Bleche und Folien, meldet der Verband. Die Mengen liegen damit deutlich unter den Werten aus der Zeit vor den ersten Trump-Zöllen 2018, die Rede ist von einem Minus in einer Größenordnung von 40 Prozent.

Übrig sind nun aber Geschäfte, die von amerikanischer Seite nicht einfach kompensieren können, weil sie vor Ort nicht hergestellt werden. „Ein solcher Anstieg der Zölle wird auch für die Kunden in den USA eine große Herausforderung. Kurzfristig müssten die Kunden diesen Zollsatz wohl in ihrer Kalkulation berücksichtigen.“

Stefan Beutelsbacher ***ist Korrespondent in Brüssel. Er berichtet über die Wirtschafts-, Handels- und Klimapolitik der EU.*** Carsten Dierig ***ist Wirtschaftsredakteur in Düsseldorf. Seine Fach-Themen sind Handel, Konsumgüter, Maschinenbau und die Stahlindustrie.***

Abbildung:	Ein Stahlwerk am Rhein
Fotograf/-in:	picture alliance/Jochen Tack
Fotograf/-in:	picture alliance/Jochen Tack
Wörter:	1136
Urheberinformation:	(c) Axel Springer SE

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.02.2025

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Autor/-in: pwe.
Seite: 19 bis 19
Rubrik: Wirtschaft

Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung
[1] IVW 4/2024
[2] AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Jahrgang: 2025
Nummer: 337
Auflage: 145.692 (gedruckt) [1] 178.670 (verkauft) [1] 181.932 (verbreitet) [1]
Reichweite: 0,852 (in Mio.) [2]

Längste Schwächephase seit der Wiedervereinigung

Produktion in der Industrie und Export sind 2024 geschrumpft / Verhaltene Erwartungen für dieses Jahr

pwe.

FRANKFURT. Zwei Wochen vor der Bundestagswahl bestätigen Konjunkturdaten die schlechte Lage der deutschen Wirtschaft. Die Produktion im produzierenden Gewerbe ging im vergangenen Jahr beschleunigt um 4,5 Prozent zurück, nach einem Minus von 1,7 Prozent im Vorjahr. In fünf der vergangenen sechs Jahre ist die Erzeugung damit geschrumpft. Eine so lange Schwächephase hat es seit der deutschen Wiedervereinigung noch nie gegeben. Zunächst hatte die Corona-Pandemie die Wirtschaft belastet, später kamen die steigenden Energiepreise als Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine und hausgemachte Schwierigkeiten hinzu. Die wirtschaftliche Schwäche spiegelt auch die schlechte Entwicklung des Außenhandels. In den beiden vergangenen Jahren hat Deutschland sich in gewissem Maße von der Weltwirtschaft abgekoppelt. Die Ausfuhr und die Einfuhr von Gütern gingen zurück. Im vergangenen Jahr schrumpfte die Güterausfuhr um 1,3 Prozent, ähnlich wie im Vorjahr. Die Einfuhr von Gütern gab um 3 Prozent nach.

Konjunkturforscher und Wirtschaftsverbände sprechen von einem verlorenen Jahr. „2024 war das zweite Jahr in Folge mit sinkenden Ausfuhren“, sagte Volker Treier, der Außenwirtschaftschef der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK). Das sei ein deutliches Zeichen für die nachlassende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. „Der eigentliche Wachstumsmotor Exportwirtschaft befindet sich in einer Abwärtsspirale“, kommentierte der Präsident des Außenhandelsverbands BGA, Dirk Jandura. Schon seit dem Jahr 2015 sei Deutschland gemessen am Export nach Analyse der OECD das drittschlechteste Land.

Die Metall- und Elektroindustrie klagte über einen Negativrekord. Das siebte Quartal nacheinander sei die Produktion in der Branche geschrumpft, erklärte Chefvolkswirt Lars Kroemer. Deutschland befinde sich in der längsten Rezession der Nachkriegsgeschichte. Im Gesamtjahr sank die Produktion in der Metall-und Elektroindustrie, die etwa 25.000 Unternehmen und mehr als 3,9 Millionen Beschäftigte zählt, um 6,6 Prozent. Für dieses Jahr rechnet die Branche mit einem Minus von 2,5 Prozent.

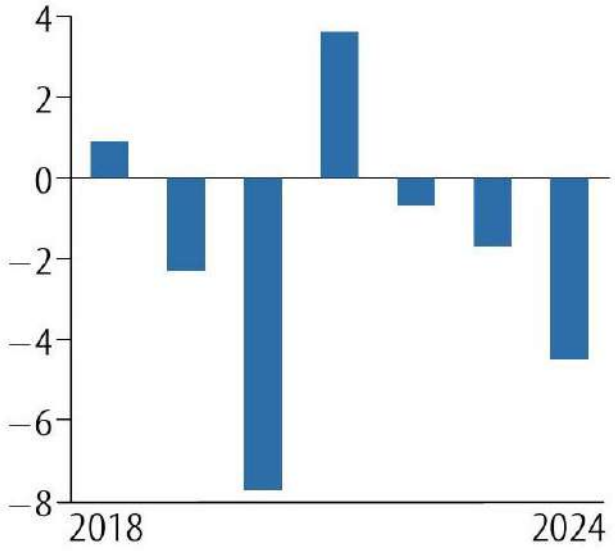
Generell sind die Aussichten verhalten. In der Umfrage des DIHK erwarten die Unternehmer mehrheitlich einen weiteren Exportrückgang. Das zeigen auch die Umfragen des Ifo-Instituts in München. Auf eine weiter schlechte Entwicklung der Industrieproduktion deutet hin, dass der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe sich gegen Ende des vergangenen Jahres auf niedrigem Niveau gerade mal stabilisiert hat (F.A.Z. vom 7. Februar). Nach Einschätzung des Bundeswirtschaftsministeriums ist in der Industrie „noch keine konjunkturelle Erholung erkennbar“. Niedriger als im Dezember lag die Produktion zuletzt im Frühjahr 2020 in der ersten Welle der Corona-Pandemie.

Im verarbeitenden Gewerbe schrumpfte die Produktion im vergangenen Jahr um 4,7 Prozent. Im wichtigen Fahrzeugbau ergab sich ein Minus von 5,7 Prozent, nach einem Zuwachs von 12,1 Prozent im Vorjahr. Die Chemie- und Pharmaindustrie erreichte ein Plus von einem Prozent, nachdem die Produktion in der Branche im Vorjahr um 9 Prozent eingebrochen war. Das Baugewerbe erlebte das vierte Rezessionsjahr nacheinander, die Produktion in der Branche gab um 3,2 Prozent nach.

In der Gesamtwirtschaft schlägt die Schwäche der Industrie nur zum Teil durch. Das Bruttoinlandsprodukt war im vergangenen Jahr preisbereinigt um 0,2 und im Vorjahr um 0,3 Prozent geschrumpft. Für 2025 wird im Durchschnitt der Prognosen nur ein mageres Wachstum von 0,3 Prozent erwartet, der DIHK schließt eine Stagnation nicht aus.

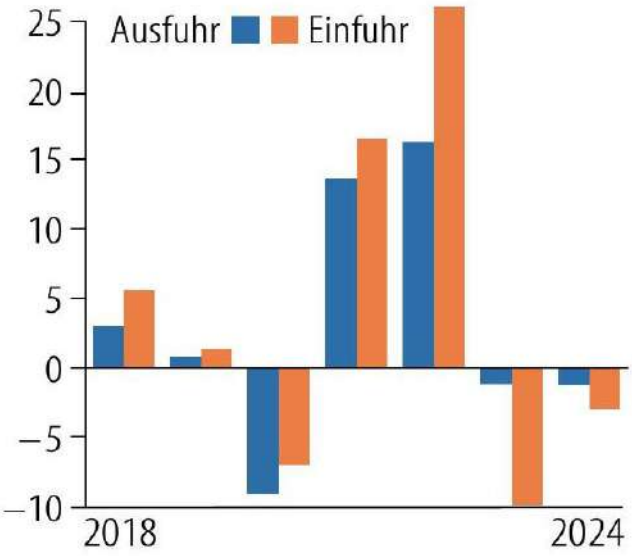
Schwache Industrie

Produktion im produzierenden Gewerbe, Veränderung zum Vorjahr in Prozent[1)]



Schwacher Außenhandel

Ausfuhr und Einfuhr nominal, Veränderung zum Vorjahr in Prozent



1) preisbereinigt, kalenderbereinigt. / Quellen: Destatis; F.A.Z. / F.A.Z.-Grafik: fbr., pwe.

Wörter: 522

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

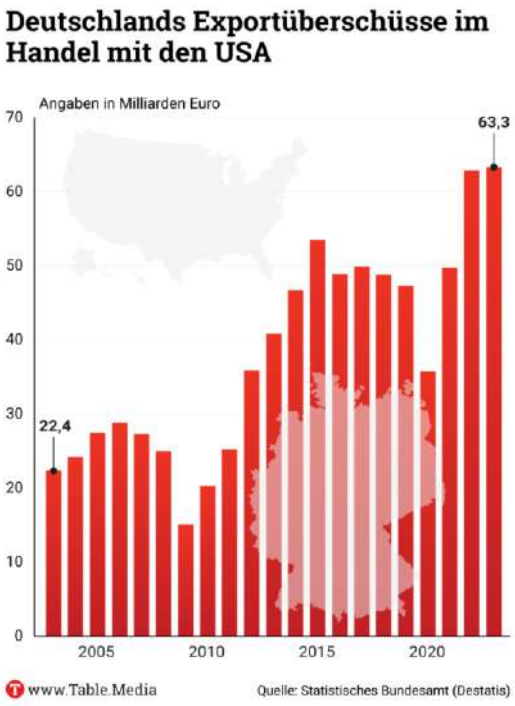


US-Zölle: Jandura fordert Außenhandelskonferenz mit Trump

Von Thilo Boss

Im schwelenden **Handelskonflikt** zwischen der EU und **US-Präsident Donald** sieht der Präsident des **Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), Dirk Jandura**, Deutschland in einer guten Verhandlungsposition. „Ich habe den Eindruck gewonnen, dass Trump die **Zölle** nur als Druckmittel benutzt, mit dem er droht, um seine Positionen durchzusetzen. Das ist die Lehre, die wir aus dieser Woche in dem **Zollstreit der USA mit Mexiko und Kanada** ziehen sollten", sagte Jandura dem CEO.Table.

Laut dem BGA-Chef sind in den USA 5.975 deutsche Unternehmen aktiv. Das **deutsche Investitionsvolumen** betrage 620 Milliarden US-Dollar, was zwölf Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen entspreche. Deutsche Unternehmen beschäftigen circa 930.000 Mitarbeiter und seien nach **Japan** der zweitgrößte **ausländische Arbeitgeber.** Und die deutschen OEMs produzierten in eigenen Werken in den Vereinigten Staaten. „Wir argumentieren also nicht aus einer Position der Schwäche, sondern aus einer starken Position heraus", sagte Jandura weiter.



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen habe den richtigen Weg eingeschlagen. Sie signalisiere Gesprächsbereitschaft, aber auch Stärke. Eine Lösung des Streits um das Handelsdefizit könnte eine Handelskonferenz sein, um mit Donald Trump und den USA ein **Freihandelsabkommen** zu schließen. „Das dürfte dem Dealmaker Trump gefallen. Wenn alle Verhandlungsversuche nicht funktionieren, müssen wir dort Nadelspitzen setzen, wo es die USA am stärksten trifft", sagte Jandura.

So könne die EU Soja beispielsweise statt in den USA auch in Südamerika einkaufen, zumal wir hier vor der möglichen Ratifizierung des **Mercosur-Abkommen** stehen. „Auf jeden Fall sollten wir den Eindruck vermeiden, dass wir Angst vor ihm haben. Europa muss aus der Position der Stärke heraus argumentieren. Aber dazu müssen wir auch unsere Hausaufgaben machen und Europa wieder zu alter Stärke bringen. Das geht nur gemeinsam, wir müssen jetzt zusammenhalten", sagte Jandura.

US-Präsident Trump hatte am vergangenen Sonntag Importzölle auf mexikanische und kanadische Güter sowie zehn Prozent auf chinesische Einfuhren verhängt. Nach Gesprächen mit **Premier Justin Trudeau** und der **mexikanischen Präsidentin Claudia Scheinbaum**, die unter anderem Grenzsicherungsmaßnahmen zusagten, setzte Trump die Zölle vorerst für einen Monat aus. China reagierte mit Gegenmaßnahmen, u.a. mit 15 Prozent Zöllen auf Kohle und Flüssiggasimporte. Auf Landmaschinen oder Pkw mit großem Hubraum soll eine Abgabe von zehn Prozent erhoben werden.

Das gesamte Interview mit Dirk Jandura können Sie unter dem Link abrufen.

Bild.de vom 07.02.2025

Seite:	08:47:58	**Jahrgang:**	2025
Ressort:	BILD > Geld > Wirtschaft	**Nummer:**	0
Rubrik:	BILD > Geld > Wirtschaft	**Visits (VpD):**	18,27 (in Mio.) [1]
Mediengattung:	Online News	**Unique Users (UUpD):**	1,70 (in Mio.) [2]

Weblink: https://www.bild.de/geld/wirtschaft/wirtschaft-deutsche-exporte-2024-um-1-0-prozent-gesunken-67a5b07b094c8360edaf5076

[1] von PMG gewichtet 10-2024

[2] gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Statistisches Bundesamt teilt mit

Deutsche Exporte 2024 um 1,0 Prozent gesunken

Die deutschen Exporteure haben das Jahr 2024 mit einem Minus abgeschlossen. Waren „Made in Germany“ im Gesamtwert von 1.559,7 Milliarden Euro wurden im vergangenen Jahr ins Ausland geliefert und damit 1,0 Prozent weniger als ein Jahr zuvor.

Noch stärker sanken nach Angaben des Statistischen Bundesamtes die Einfuhren nach Deutschland mit einem Minus von 2,8 Prozent binnen Jahresfrist auf 1.318,5 Milliarden Euro.

Die aggressive Industriepolitik Chinas setzt der Exportwirtschaft ebenso zu wie – nach vorn geblickt – die Tatsache, dass US-Präsident Donald Trump seine Drohungen wahr macht und Einfuhren in den wichtigen US-Markt mit Zöllen erschwert.

Im Schlussquartal 2024 war der Export einer der Bremser für die in der Rezession feststeckende deutsche Wirtschaft: Die Ausfuhren von Waren „Made in Germany“ fielen „deutlich niedriger“ aus als im Vorquartal, wie die Wiesbadener Statistiker jüngst feststellten.

Im Dezember jedoch lagen die Exporte ausweislich der aktuellen Zahlen des Bundesamtes mit 131,7 Milliarden Euro sowohl höher als im November 2024 (plus 2,9 Prozent) als auch über dem Wert von Dezember 2023 (plus 3,4 Prozent). Auch die Importe mit 111,1 Milliarden Euro zogen in beiden Betrachtungszeiträumen an.

Der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) hatte mit Blick auf 2024 trotz solcher Lichtblicke zum Jahresende bereits von einem „verlorenen Jahr“ für den deutschen Außenhandel gesprochen.

Auch für das laufende Jahr fällt die Prognose trüb aus: Rund 80 Prozent der Exporteure erwarteten laut BGA einen weiteren Mengen- und Umsatzrückgang 2025, der Verband rechnet nach früheren Angaben mit einem Rückgang der Außenhandelsumsätze um 2,7 Prozent.

Das Ifo-Institut, das regelmäßig die Erwartungen der exportorientierten Branchen abfragt, stellte jüngst fest: Besonders düster sehe es für die Automobilindustrie aus. Auch in der Metallindustrie seien die Erwartungen seit mehr als einem Jahr negativ.

Abbildung:	In der deutschen Wirtschaft gibt es einen Rückgang der Exporte (Symbolfoto)
Fotograf/-in:	Hendrik Schmidt/dpa
Fotograf/-in:	Hendrik Schmidt/dpa
Wörter:	300
Urheberinformation:	(c) Axel Springer SE

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

abendzeitung-muenchen.de vom 07.02.2025 08:40

Autor/-in: dpa
Mediengattung: Online News
Visits (VpD): 0,252 (in Mio.) [1]
Unique Users (UUpD): 0,413 (in Mio.) [2]
Weblink: https://www.abendzeitung-muenchen.de/mehr/geld/deutsche-exporte-im-gesamtjahr-im-minus-art-1036583
[1] von PMG gewichtet 12-2020
[2] gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Deutsche Exporte im Gesamtjahr im Minus

Auch Zuwächse im Dezember retten die Jahresbilanz nicht. Der Außenhandelsverband BGA hat bereits von einem "verlorenen Jahr" für den deutschen Außenhandel gesprochen. Und die Aussichten sind trüb.

Wiesbaden
Deutschlands Exporteure haben das Jahr 2024 trotz Zuwächsen im Dezember mit einem Minus abgeschlossen. Waren "Made in Germany" im Gesamtwert von 1.559,7 Milliarden Euro wurden im vergangenen Jahr ins Ausland geliefert und damit 1,0 Prozent weniger als ein Jahr zuvor.
Noch stärker sanken nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes die Einfuhren nach Deutschland mit einem Minus von 2,8 Prozent binnen Jahresfrist auf 1.318,5 Milliarden Euro.

Schwierigkeiten in wichtigen Märkten

Die aggressive Industriepolitik Chinas setzt der Exportwirtschaft ebenso zu wie – nach vorn geblickt – die Tatsache, dass US-Präsident Donald Trump seine Drohungen wahr macht und Einfuhren in den wichtigen US-Markt mit Zöllen erschwert.
Im Schlussquartal 2024 war der Export einer der Bremser für die in der Rezession feststeckende deutsche Wirtschaft: Die Ausfuhren von Waren "Made in Germany" fielen "deutlich niedriger" aus als im Vorquartal, wie die Wiesbadener Statistiker jüngst feststellten.

"Verlorenes Jahr" für den deutschen Außenhandel

Im Dezember jedoch lagen die Exporte ausweislich der aktuellen Zahlen des Bundesamtes mit 131,7 Milliarden Euro sowohl höher als im November 2024 (plus 2,9 Prozent) als auch über dem Wert von Dezember 2023 (plus 3,4 Prozent). Auch die Importe mit 111,1 Milliarden Euro zogen in beiden Betrachtungszeiträumen an.
Der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) hatte mit Blick auf 2024 trotz solcher Lichtblicke zum Jahresende bereits von einem "verlorenen Jahr" für den deutschen Außenhandel gesprochen.

Trübe Aussichten

Auch für das laufende Jahr fällt die Prognose trüb aus: Rund 80 Prozent der Exporteure erwarteten laut BGA einen weiteren Mengen- und Umsatzrückgang 2025, der Verband rechnet nach früheren Angaben mit einem Rückgang der Außenhandelsumsätze um 2,7 Prozent. Das Ifo-Institut, das regelmäßig die Erwartungen der exportorientierten Branchen abfragt, stellte jüngst fest: Besonders düster sehe es für die Automobilindustrie aus. Auch in der Metallindustrie seien die Erwartungen seit mehr als einem Jahr negativ.
Hinweis: Diese Meldung ist Teil eines automatisierten Angebots der nach strengen journalistischen Regeln arbeitenden Deutschen Presse-Agentur (dpa). Sie wird von der AZ-Onlineredaktion nicht bearbeitet oder geprüft. Fragen und Hinweise bitte an feedback@az-muenchen.de

Abbildung: Weniger Waren "Made in Germany" ins Ausland geliefert (Archivbild)
Fotograf/-in: © Christian Charisius/dpa
Wörter: 361

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

FAZ.NET vom 02.02.2025 11:47

Frankfurter Allgemeine

Autor/-in: dpa
Mediengattung: Online News
Visits (VpD): 1,68 (in Mio.) [1]
Unique Users (UUpD): 0,367 (in Mio.) [2]
Weblink: https://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/aussenhandelsverband-us-zoelle-werden-teuer-fuer-amerikaner-110270946.html

[1] von PMG gewichtet 10-2024

[2] gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Mögliche US-Zölle gegen die EU

Außenhandelsverband: US-Zölle werden teuer für Amerikaner

US-Präsident Donald Trump schneidet sich mit den jüngst verhängten US-Zöllen nach Einschätzung des Außenhandelsverbands BGA ins eigene Fleisch. «Trumps Entscheidung wird die Amerikanerinnen und Amerikaner teuer zu stehen kommen, Zölle wirken immer auf beiden Seiten», sagt BGA-Präsident Dirk Jandura.

Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder würden einen «Handelskonflikt zwischen den Nationen» noch verschärfen, warnte er. «Die Verlierer sind immer die Endverbraucher, die die Preissteigerungen an der Kasse spüren. Ich würde mir wünschen, dass die Zölle noch abgewendet werden können.»

Mögliche US-Zölle gegen die EU

Jandura sorgt sich auch um mögliche Zölle gegen die EU: «Wir dürfen nicht erstarrt abwarten, bis auch die EU oder Deutschland mit Zöllen belegt werden.» Die Europäische Union müsse wieder ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsraum werden.

Die USA verhängten am 1. Februar weitreichende Zölle gegen Kanada, Mexiko und China. Die drei Länder kündigten umgehend Gegenmaßnahmen an. Die EU könnte die nächste sein: «Absolut», sagte der Präsident zuletzt auf die Frage, ob er auch Zölle auf Produkte aus der EU erheben werde.

Wörter: 158

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

express.de vom 02.02.2025 14:52

Autor/-in: dpa
Mediengattung: Online News
Visits (VpD): 0,939 (in Mio.) [1]
Unique Users (UUpD): 0,202 (in Mio.) [2]
Weblink: https://www.express.de/dpa/trumps-handelskrieg-hat-viele-verlierer-954749

[1] von PMG gewichtet 10-2024
[2] gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Auswirkungen für Europa

USA verhängen Zölle Trumps Handelskrieg hat viele Verlierer

Donald Trump führt den Handelskrieg weiter, den er in seiner ersten Amtszeit begonnen hat: Hohe Zölle sollen China, Kanada und Mexiko schaden. Die Folgen reichen allerdings viel weiter.

Der Handelskrieg des US-Präsidenten gegen China, Kanada und Mexiko reicht bis nach Deutschland. Zwar ist die EU nicht direkt von Donald Trumps neuen Einfuhrabgaben betroffen - noch nicht. Aber vor allem die deutsche Autoindustrie dürfte die Auswirkungen der erhobenen Zölle gegen die beiden US-Nachbarn und den großen Rivalen in Fernost bald zu spüren bekommen.
Die USA verhängen auf Importe aus den Nachbarländern Mexiko und Kanada 25 Prozent Zölle, nur auf Energie-Einfuhren aus Kanada 10 Prozent. Auf alle Einfuhren aus China werden ebenfalls zusätzlich 10 Prozent fällig. Und die EU könnte die nächste sein: „Absolut“, sagte der Präsident zuletzt auf die Frage, ob er auch Zölle auf Produkte aus der EU erheben werde.
Dabei wirken sich schon die Zölle gegen Kanada, China und Mexiko auf Europa aus, vor allem letztere. Die großen deutschen Auto-Hersteller und auch viele Zulieferer nutzen Mexiko als billigen Produktionsstandort - und bedienen von dort aus den US-Markt. VW, Audi und BMW haben in dem Land eigene Fabriken, Mercedes-Benz produziert in einem Gemeinschaftswerk mit Nissan.

Auswirkungen für Europa

Dirk Jandura, Präsident des deutschen Außenhandelsverbands BGA, sieht in den neuen US-Zöllen bereits ein deutliches Zeichen an die EU und Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen. „Wir dürfen nicht erstarrt abwarten, bis auch die EU oder Deutschland mit Zöllen belegt werden“, warnt Jandura in einer Reaktion auf die US-Zölle.
Der deutsche Bundeskanzler klingt selbstbewusster. Auf die Frage nach möglichen europäischen Gegenmaßnahmen sagte Olaf Scholz, die EU sei ein starker Wirtschaftsraum und habe „ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten“. Auf dieser Stärke aufbauend, wolle man die wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA fortsetzen. Aber es gehe erst mal darum, dass „wir jetzt nicht die Welt aufteilen durch viele Zollbarrieren“.

Deutsche Autobauer sind betroffen

Ein Volkswagen-Sprecher äußert sich am Tag nach der Zoll-Ankündigung nur vorsichtig: „Als global agierender Automobilhersteller beobachten wir die Entwicklungen in den USA sehr genau und bewerten etwaige Effekte auf die Automobilindustrie und unser Unternehmen, die in Folge der angekündigten Zölle für Importe aus Kanada und Mexico in die Vereinigten Staaten möglich sind“, sagte der Deutschen Presse-Agentur. Der Konzern werbe für offene Märkte und stabile Handelsbeziehungen, denn die seien essenziell für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und insbesondere für die Automobilbranche. Und die Hoffnung stirbt zuletzt: „Wir setzen darauf, dass konstruktive Gespräche zwischen den Handelspartnern geführt werden, um Planungssicherheit und wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten und einen Handelskonflikt zu vermeiden“, sagte der VW-Sprecher.

VW-Fabrik in Kanada geplant

Branchenexperte Stefan Hecht von der Unternehmensberatung Advyce & Company geht deutlich weiter. Er erwartet, dass die Hersteller zumindest einen Teil der Fertigung von Mexiko in die USA verlagern, wo VW, BMW und Mercedes ebenfalls Werke haben. Dazu äußerten sich die drei Hersteller zunächst nicht.
Auch zu den VW-Plänen einer neuen Batteriezellfabrik im kanadischen Ontario sagte der VW-Sprecher zunächst nichts. Die Fabrik soll die E-Auto-Werke des Konzerns in den USA beliefern.

Am Ende zahlt der Verbraucher

Die Menschen in den USA sieht Außenhandels-Experte Jandura als Verlierer der Zoll-Politik ihres Präsidenten: „Trumps Entscheidung wird die Amerikanerinnen und Amerikaner teuer zu stehen kommen, Zölle wirken immer auf beiden Seiten.“ Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder würden einen „Handelskonflikt zwischen den Nationen“ noch verschärfen, warnte er. „Die Verlierer sind immer die Endverbraucher, die die Preissteigerungen an der Kasse spüren. Ich würde mir wünschen, dass die Zölle noch abgewendet werden können.“
Wer letztlich für die Zölle aufkommt, hängt von den Lieferverträgen zwischen Käufer und Verkäufer ab. In der Regel sind es die Importeure, die höhere Kosten an Verbraucher weitergeben. Ein Beispiel: Wenn Autos wie in den USA von Zulieferungen aus Mexiko und Kanada abhängen und auf diese Teile

Zölle erhoben werden, werden die Autos teurer.

Betroffene Länder wehren sich

Noch in der gleichen Nacht, in der Trump die Zölle ausrief, kündigten Kanada, Mexiko und China Gegenmaßnahmen an. Kanada will ab Dienstag unter anderem Gegenzölle in Höhe von 25 Prozent auf US-Waren erheben. Auch Mexiko und China kündigten „entsprechende Gegenmaßnahmen“ an. Zudem will China eine Klage bei der Welthandelsorganisation (WTO) einreichen.

Ob das Land Recht bekommt, ist offen: Die 166 WTO-Mitgliedsländer haben sich zu fairem Handel und einem Abbau von Handelshemmnissen wie Zöllen verpflichtet. Nur unter bestimmten Voraussetzungen können Zölle WTO-konform über das beim Beitritt versprochene Niveau angehoben werden. Ein Argument wäre, dass sonst die nationale Sicherheit gefährdet ist. (dpa)

Abbildung:	US-Präsident Donald Trump ist Fan von Zöllen
Fotograf/-in:	Copyright: Evan Vucci/AP/dpa
Abbildung:	VW produziert in Mexiko
Fotograf/-in:	Copyright: Felix Marquez/dpa
Wörter:	717

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

lebensmittelpraxis.de vom 30.01.2025 08:52

Autor/-in: Theresa Kalmer **Mediengattung:** Online News
Weblink: https://lebensmittelpraxis.de/industrie-aktuell/42974-wirtschaftsstrategie-europa-eu-kommission-legt-plan-fuer-mehr-wettbewerbsfaehigkeit-vor.html

EU-Kommission legt neuen Plan vor – Lebensmittelpraxis.de

Die EU-Kommission will mit einem neuen Strategieplan die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken. Der „Kompass für Wettbewerbsfähigkeit“ setzt auf Innovation, Dekarbonisierung und neue Handelspartnerschaften.

Die Europäische Kommission hat einen umfassenden Strategieplan zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU vorgelegt. Der „Kompass für Wettbewerbsfähigkeit“ soll die EU zum Standort für künftige Technologien, Dienstleistungen und saubere Produkte machen sowie zum ersten klimaneutralen Kontinent. Das teilte die Kommission mit. Die Initiative ist die erste großangelegte Maßnahme der neuen Kommission.

Drei zentrale Handlungsschwerpunkte

Die EU sei in den vergangenen zwei Jahrzehnten aufgrund einer anhaltenden Lücke im Produktivitätswachstum hinter andere große Volkswirtschaften zurückgefallen, so die Kommission. Trotz talentierter Arbeitskräfte, Kapital und einer einzigartigen sozialen Infrastruktur müsse die EU umgehend Maßnahmen ergreifen. „Europa hat alles, was es braucht, um bei diesem Rennen zu gewinnen. Gleichzeitig müssen wir jedoch unsere Schwächen überwinden und wieder wettbewerbsfähig werden“, erklärte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.
Der Kompass definiert drei zentrale Handlungsschwerpunkte: Die Schließung der Innovationslücke, einen Fahrplan für Dekarbonisierung sowie die Verringerung von Abhängigkeiten. Im Innovationsbereich plant die Kommission KI-Gigafabriken und will Aktionspläne für Quantentechnologien, Biotechnologien und Weltraumtechnologien vorlegen. Eine neue Rechtsordnung soll die Expansion von Start-ups erleichtern, indem sie Aspekte des Gesellschafts-, Insolvenz-, Arbeits- und Steuerrechts vereinfacht.

EU-Kommission plant Deal für saubere Industrie

Für die Dekarbonisierung will die Kommission einen Deal für saubere Industrie und einen Aktionsplan für erschwingliche Energie entwickeln. Die Kommission bezeichnet hohe und volatile Energiepreise als eine der größten Herausforderungen. Besonders im Fokus stehen energieintensive Sektoren wie Stahl, Metall und Chemie.
Zur Verringerung von Abhängigkeiten plant die Kommission neue Handelspartnerschaften. Die EU verfügt nach eigenen Angaben bereits über Handelsabkommen mit 76 Ländern, auf die fast die Hälfte des EU-Handels entfällt.

BGA mahnt erneut Bürokratieabbau an

Der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) begrüßt die Initiative grundsätzlich. „Die angekündigten Maßnahmen des Wettbewerbskompasses der EU-Kommission sind endlich ein Schritt in die richtige Richtung“, so der BGA-Präsident Dirk Jandura. Der BGA fordert aber konkrete Fortschritte, insbesondere beim geplanten Bürokratieabbau. „Die Brüsseler Bürokratie ist längst zu einer kaum tragbaren Belastung geworden“, kritisierte Jandura.
Die Kommission hat einen umfassenden Bürokratieabbau angekündigt. Der Verwaltungsaufwand für Unternehmen soll um mindestens 25 Prozent und für kleine und mittlere Unternehmen um mindestens 35 Prozent sinken.

Kompass basiert auf Draghi-Bericht

Ein für Februar geplantes Omnibus-Gesetz soll bestehende Regelungen harmonisieren und reduzieren. Zudem plant die Kommission die Einführung einer Europäischen Spar- und Investitionsunion sowie eines Fonds für Wettbewerbsfähigkeit.
Der Kompass basiert auf einem Bericht des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, wie die Kommission mitteilte. Von der Leyen hatte Draghi in ihrer Rede zur Lage der Europäischen Union 2023 um diesen Bericht gebeten.

Abbildung: EU-Kommission legt neuen Plan vor
Wörter: 414

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Handelsblatt.com vom 28.01.2025

Handelsblatt

Autor/-in: Specht, Frank
Seite: online
Ressort: Politik / Deutschland /
Mediengattung: Online News
Visits (VpD): 0,807 (in Mio.) [1]
Unique Users (UUpD): 0,271 (in Mio.) [2]
Weblink: https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/wirtschaftswarntag-uns-unternehmern-reicht-es-mit-schlechter-politik/100103707.html

[1] von PMG gewichtet 10-2024

[2] gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Wirtschaftswarntag

„Uns Unternehmern reicht es mit schlechter Politik“

Bisher war die Straße vor allem das Feld der Gewerkschaften. Jetzt ruft auch ein breites Unternehmerbündnis um Marie-Christine Ostermann zu Kundgebungen auf. Das Ziel: den Standort retten.

Erstveröffentlichung: 2025-01-28 10:23:22 letzte Aktualisierung: 2025-01-28 12:57:42

Ein breites Bündnis aus Verbänden und Hunderten Unternehmen will mit einem Aktionstag auf die aus ihrer Sicht desolate Lage der Wirtschaft aufmerksam machen. Am Mittwoch sind Kundgebungen und Aktionen in Berlin, Hamburg, München, Stuttgart und Lingen geplant. Außerdem soll es dezentrale Aktionen in und von Betrieben geben.

„Ein solch breites Bündnis von zum Teil konkurrierenden Wirtschaftsverbänden hat es noch nie gegeben“, sagt Thorsten Alsleben, Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), die zu den Mitorganisatoren gehört. Das zeige, wie dramatisch die Lage in großen Teilen der Wirtschaft sei.

Die Verbände präsentieren einen Zehn-Punkte-Plan, wie Deutschland wieder wettbewerbsfähig werden kann. Zu den Forderungen gehören Bürokratieabbau, Steuererleichterungen für Unternehmen und Arbeitnehmer, eine Begrenzung der Sozialabgaben und der Energiepreise und eine Infrastrukturoffensive.

Denn nach zwei Rezessionsjahren sehen die Teilnehmer des Aktionsbündnisses weiter keinen Aufwärtstrend. Das Ifo-Geschäftsklima ist zwar im Januar leicht gestiegen, nachdem es im Dezember auf den tiefsten Stand seit der Coronakrise im Mai 2020 gestürzt war. Doch die deutsche Wirtschaft bleibe pessimistisch, sagte Ifo-Präsident Clemens Fuest. Aufträge fehlen, und die Kapazitätsauslastung liegt weiter unter dem Durchschnitt.

Namhafte Unternehmen wie die Autozulieferer ZF, Continental und Bosch, der Mischkonzern Thyssen-Krupp, der Softwarekonzern SAP, die Autohersteller VW, Audi und Ford oder die Deutsche Bahn und die Deutsche Bank bauen im großen Stil Stellen ab. In der Metall- und Elektroindustrie arbeiteten im November vergangenen Jahres rund 53.000 oder 1,3 Prozent weniger Beschäftigte als ein Jahr zuvor.

Dramatisch stellt sich die Lage in der Metall- und Elektroindustrie dar. In einer Mitgliederumfrage des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall gaben 93 Prozent der Befragten an, dass sich die Standortbedingungen in den zurückliegenden zehn Jahren verschlechtert hätten. Im Dezember plante gut jedes dritte Unternehmen aus der Metall- und Elektroindustrie den Abbau von Personal. „Wir sehen die Gefahr, dass wir massiv Industrie verlieren“, warnte Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Oliver Zander.

Am Montag hatte auch die Gewerkschaft IG Metall ihre Forderungen zur Sicherung von Industriearbeitsplätzen in Deutschland präsentiert. Dazu gehören ein massives Investitionsprogramm für die öffentliche Infrastruktur, dauerhaft wettbewerbsfähige Energiepreise und staatliche Investitionsanreize, die dann auch private Investitionen auslösen.

Passend zum „Wirtschaftswarntag“ der Verbände präsentiert Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) am Mittwoch den neuen Jahreswirtschaftsbericht. Nach Handelsblatt-Informationen aus Regierungskreisen erwartet er für das laufende Jahr nur noch ein Miniwachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,3 Prozent. Vor drei Monaten hatte die Regierung noch mit einem Plus von 1,1 Prozent gerechnet.

Um auf die desolate Lage aufmerksam zu machen, wollen die Wirtschaftsverbände die Straße nun offenbar nicht länger allein den Gewerkschaften überlassen. „Der Standort Deutschland ist in Gefahr“, warnte die Präsidentin des Verbands „Die Familienunternehmer“, Marie-Christine Ostermann.

Ohne Wirtschaftswachstum gebe es keine sicheren Arbeitsplätze und keine Rentenerhöhungen. „Uns Unternehmern reicht es mit schlechter Wirtschaftspolitik – die Zukunft unseres Landes steht gerade auf dem Spiel“, sagte Ostermann, die zu den Rednern bei der Kundgebung in Berlin gehört. Außerdem sollen unter anderem Gesamtmetall-Präsident Stefan Wolf, der Präsident von Unternehmer NRW, Arndt Kirchhoff, und die Chefs des Groß- und Außenhandelsverbands BGA und des Baugewerbeverbands ZDB, Dirk Jandura und Wolfgang Schubert-Raab, auftreten.

Die Initiatoren haben alle Bundestagsabgeordneten von SPD, Union, Grünen und FDP eingeladen. Ihre Teilnahme angekündigt haben unter anderem Unionskanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU), CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) und FDP-Generalsekretär Marco Buschmann.

Das Bündnis versteht sich aber als überparteilich, weshalb ihm auch keine Parteien oder parteinahen Wirtschaftsvereinigungen angehören. Auch sollen bei der Kundgebung in Berlin keine Politiker reden. Spannend dürfte sein, wie viele Menschen die Verbände und Unternehmer auf die Straße bringen. „Wir sind keine Massenorganisation im Arbeitgeberlager“, dämpfte Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Zander die

Erwartungen. „Erwarten Sie bitte keinen Aufmarsch wie am 1. Mai.“ Die Gewerkschaften, die am 1. Mai traditionell zu ihren Kundgebungen einladen, waren in die Vorbereitung des Wirtschaftswarntags nicht eingebunden – obwohl sie die wirtschaftliche Lage durchaus ähnlich kritisch sehen wie die Arbeitgeber.

Abbildung:	Marie-Christine Ostermann, Praesidentin des Verbandes der Familienunternehmer, aufgenommen im Rahmen eines Interviews in Berlin, 02.07.2024. FOTOCREDIT Foto: picture alliance / photothek.de
Wörter:	675
Urheberinformation:	Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2025: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Donaukurier Ingolstadt vom 27.01.2025

DONAUKURIER

Seite: 06 bis 06
Ressort: Wirtschaft
Rubrik: Donaukurier

Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung
Weblink: https://www.donaukurier.de

Jahrgang: 80
Nummer: 21
Auflage: 21.747 (gedruckt) [1] 19.420 (verkauft) [1] 19.810 (verbreitet) [1]
Reichweite: 0,076 (in Mio.) [2]

[1] von PMG gewichtet 01/2025
[2] von PMG gewichtet 7/2024

„Unternehmen mehr machen lassen“

Dirk Jandura, Präsident des Außenhandels- und Großhandelsverbandes, über den Wirtschaftswarntag

Berlin. Bei 900 Milliarden Euro Steuereinnahmen sollte der Staat weniger an den Einnahmen als an seinen Ausgaben arbeiten, meint Dirk Jandura, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), im Interview mit der Mediengruppe Bayern.

Sie haben mit anderen Verbänden am Mittwoch zum Wirtschaftswarntag aufgerufen. Was ist das Ziel dieses SOS-Rufes? **Dirk Jandura:**

Unser Eindruck ist, dass die wirtschaftliche Lage in unserem Land in der öffentlichen Wahrnehmung und im Wahlkampf nicht die gebührend große Rolle spielt. Angesichts dessen wollen wir signalisieren: So geht es nicht weiter! Nötig ist ein Kurswechsel hin zu einer wirtschaftsfreundlicheren Politik. Wir haben steigende Insolvenzen, eine wachsende Zahl von Arbeitslosen und vermutlich das dritte Rezessionsjahr vor uns. Das Land befindet sich in einer tiefen wirtschaftlichen Krise, die aber bei vielen noch nicht angekommen ist. Deshalb haben wir uns als Unternehmer entschlossen, jetzt aufzustehen und eine Umkehr zu fordern.

Was muss die neue Regierung tun, um den Außenhandel wieder auf Wachstumskurs zu bringen? **Jandura:**

Im Grunde geht es darum, wieder wettbewerbsfähig zu werden und die Rahmenbedingungen zu verbessern. Wir haben die letzten Jahre zu viel an Wettbewerbskraft verloren. Wir sind vor allem zu teuer, zu bürokratisch und zu langsam geworden. Und wir sind nicht fortschrittlich genug und hinken in der Digitalisierung hinterher. Daher müssen wir mit Reformen vor allem die Bürokratie verringern, digitalisieren und die Steuern senken, wie die Unternehmenssteuer, um international wieder wettbewerbsfähig zu werden. Zudem brauchen wir insgesamt gute Rahmenbedingungen am Wirtschaftsstandort Deutschland. Man muss die Unternehmen einfach mehr machen lassen, das ist mein Eindruck. Ich habe es einmal in einer Rede in Anwesenheit des Bundeskanzlers Olaf Scholz so formuliert: Er sollte uns nicht im Stich, aber uns mehr in Ruhe lassen. Denn die Regierung ist zuletzt sehr übergriffig geworden, und das hemmt. Man wirft uns ständig Stöckchen zwischen die Beine.

Sollte mit einer Änderung der Schuldenbremse mehr Raum für Investitionen geschaffen werden? **Jandura:**

Mit Steuereinnahmen von über 900 Milliarden Euro haben wir offen gestanden kein Einnahmeproblem, sondern ein Problem bei den Ausgaben. Auch der jüngste Vorstoß von Robert Habeck, die Kapitalerträge mit Sozialabgaben zu belegen, ist der falsche Ansatz. Der Minister sollte nicht an der Einnahmeseite arbeiten, sondern stärker bei den Ausgaben priorisieren. Für mich ist die entscheidende Frage, wofür wir mehr Investitionen brauchen: für mehr Subventionen an Großunternehmen oder für steigende Sozialausgaben? Nötig sind nachhaltige Investitionen, etwa in die Infrastruktur, in die Bildung und die Digitalisierung.

Nehmen Sie die Zoll-Drohungen des neuen US-Präsidenten Trump ernst? Und wie sollte man damit umgehen? **Jandura:**

Wir gehen davon aus, dass es nicht zu solch hohen Zöllen kommt. Ich bin kein Fan davon, sich von Drohungen zu sehr zu einschüchtern zu lassen. Denn in der letzten Amtszeit von Präsident Trump kam es auch nicht so schlimm wie angekündigt. Er ist ein Ankündigungsmeister und versucht, alle in Angst und Schrecken zu versetzen, um damit bessere Deals zu erzielen. Angesichts dessen sollte man aktuell nicht wie das Kaninchen vor der Schlange zittern, sondern selbstbewusst auftreten. Wir müssen ein aufmerksames Auge darauf haben, aber dürfen nicht in Panik verfallen, denn dann hätte Trump schon gewonnen. Besinnen wir uns auf unsere Stärken und prüfen, was wir ihm geben können, um am Ende einen guten Interessensausgleich zu erzielen. Deshalb bin ich gegenwärtig nur moderat besorgt. Der deutsche Export ist jedenfalls in den Jahren der Trump-Regierung trotz allem gestiegen.

Würden Sie notfalls mit Gegenzöllen reagieren und damit einen Handelskrieg riskieren? **Jandura:**

Bei einem Handelskrieg gibt es nur Verlierer. Zölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse schaden immer beiden Seiten und würden auch in den USA zu Preissteigerungen führen. Das ist nicht in Präsident Trumps Interesse. Trump will mit seinen Aktionen einseitig die Handelskonditionen für die amerikanische Wirtschaft verbessern. Aber zum Handel gehören immer zwei. Wir müssen also klären, was wir im Gegenzug wollen. Deshalb ist die Politik gut beraten, so schnell wie möglich den Kontakt zu den Entscheidern und Verhandlern in der US-Politik aufzubauen.

Kann man denn realistischerweise angesichts der vielen Herausforderungen im Außenhandel überhaupt optimistisch sein? **Jandura:**

Ja, durchaus. Weil die deutschen Produkte hervorragend sind, wir tolle Technologien haben und auch in Sachen KI keinesfalls hinten dran sind. Aber wir müssen sehen, dass wir unsere Exportstruktur diversifizieren und mit Freihandelsabkommen neue Vertriebskanäle erschließen und sichern. Wir brauchen also eine Politik, die auch deutsche

Außenhandelsinteressen besser auf dem Schirm hat und durchsetzt.mgbInter- view: Gernot Heller

Wörter: 708
Urheberinformation: (c) 2025 Passauer Neue Presse GmbH

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

WELT AM SONNTAG vom 26.01.2025

WELT AM SONNTAG

Autor/-in: VON KARSTEN SEIBEL
Seite: 18 bis 18
Rubrik: WIRTSCHAFT
Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Sonntagszeitung
[1] IVW 4/2024
[2] AGMA ma 2023 Pressemedien II

Jahrgang: 2025
Nummer: 4
Auflage: 282.632 (gedruckt) [1] 289.282 (verkauft) [1] 355.679 (verbreitet) [1]
Reichweite: 1,00 (in Mio.) [2]

Wirtschaft hadert mit Regierungsoptionen

Verbände warnen vor erneuter „Stillstandskoalition“ und Fortsetzung des „ideologischen Ping-Pongs“ nach der Bundestagswahl

Der Wirtschaft fällt es schwer, sich zwischen Schwarz-Rot und Schwarz-Grün zu entscheiden, wenn es um die bevorzugte Farbkombination der nächsten Bundesregierung geht. Das geht aus einer Umfrage bei mehr als 30 Wirtschaftsverbänden von WELT AM SONNTAG hervor. Gefragt wurde, welche der beiden aktuell wahrscheinlichsten Koalitionen besser für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts wäre. Kein einziger Verband wollte sich für das eine oder das andere Bündnis aussprechen.

Dahinter mögen taktische Überlegungen stecken. Jeder Lobbyist weiß, dass er am Ende mit der Regierung zusammenarbeiten muss, ganz gleich welche Parteien dieser angehören. Doch die Zurückhaltung liegt sicherlich auch daran, dass mangels Erfolgsphantasie angesichts der für die FDP ernüchternden Meinungsumfragen nach dem Lieblingsbündnis der Wirtschaft nicht gefragt wurde: nach Schwarz-Gelb. In einer eigenen Erhebung hatte der Groß- und Außenhandelsverband BGA im Dezember 4000 Mitgliedsunternehmen nach ihrer bevorzugten Koalition nach der Wahl am 23. Februar befragt. Immerhin 721 antworteten. Das Ergebnis: Fast jedes zweite Mitglied sprach sich für eine Koalition der Union und der Liberalen aus, genau waren es 47 Prozent. Lediglich 16 Prozent konnten sich ein Bündnis aus CDU/ CSU und SPD vorstellen, sogar nur 13 Prozent hielten eine Koalition aus CDU/CSU und Grünen für erfolgversprechend. „Nach zwölf Jahren von reinen Zweckbündnissen auf Bundesebene sehen wir, wohin uns diese Stillstandskoalitionen gebracht haben“, sagte BGA-Präsident Dirk Jandura dieser Zeitung zu den bislang unveröffentlichten Ergebnissen. Er wolle eine neue Bundesregierung, die konsequent auf angebotsorientierte Wirtschaftspolitik setze. „Wir brauchen einen Kurswechsel, sofort.“

Ingrid Hartges, Hauptgeschäftsführerin des Hotel- und Gaststättenverbandes, sagte, der Blick in die Wahlprogramme zeige, dass es deutliche Unterschiede zwischen Schwarz und Gelb auf der einen und Rot und Grün auf der anderen Seite gebe. SPD und Grüne hätten „deutlich Luft nach oben, wenn es um die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland“ gehe. Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger verwies darauf, dass Union und FDP „das beste Angebot“ für die Wirtschaft hätten.

Andere Verbände beschränkten sich auf allgemeine Appelle. „Wir erwarten, dass sich alle Parteien bewegen und aus der Reformlethargie herauskommen“, sagte Holger Schwannecke, Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks. Es sei allerhöchste Zeit, den Veränderungsnotstand in Deutschland zu überwinden. Wer nicht bereit sei, über seinen Schatten zu springen und mutige Reformen anzustoßen, habe den enormen Handlungsdruck nicht erkannt.

Ähnlich klingt dies bei der für Deutschland wichtigen Chemieindustrie. „Wir propagieren keine Wunschkoalition, sondern eine stabile Regierung. Wir erwarten Taten – von Schwarz, Rot, Grün oder Gelb“, sagte Wolfgang Große Entrup, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Chemischen Industrie. Wer an die Macht komme, müsse den „industriepolitischen Neustart zur Chefsache“ machen. Die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie verlangt vor allem mehr Verlässlichkeit. „Egal welche Koalition – die Unternehmen brauchen Planungssicherheit statt ideologisches Pingpong“, sagte Hauptgeschäftsführer Christoph Minhoff. Wirtschaft funktioniere nicht auf Zuruf. Wer Investitionen wolle, müsse den Rahmen dafür langfristig setzen.

Verbreitet ist in der Wirtschaft die Sorge, dass sich auch mit der Union in der Führungsrolle der künftigen Regierung wenig ändert. „Das Programm der CDU spricht den Leistungsträgern des Mittelstands aus der Seele“, sagte Christoph Ahlhaus, einst selbst aktiver CDU-Politiker, heute Geschäftsführer des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft. „Was fehlt, ist das Vertrauen, dass Friedrich Merz mit 30+x Prozent seine Wirtschaftsagenda – egal ob mit Rot oder Grün – auch wirklich auf die Straße bringt.“

Wörter: 534

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Handelsblatt.com vom 24.01.2025

Handelsblatt

Autor/-in: Neuerer, Dietmar/ Wiedau, Jannik
Seite: online
Ressort: Politik / Deutschland /
Mediengattung: Online News
Visits (VpD): 0,807 (in Mio.) [1]
Unique Users (UUpD): 0,271 (in Mio.) [2]
Weblink: https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/migrationspolitik-merz-vorstoss-zu-grenzkontrollen-beunruhigt-die-wirtschaft/100102897.html

[1] von PMG gewichtet 10-2024

[2] gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Migrationspolitik

Merz-Vorstoß zu Grenzkontrollen beunruhigt die Wirtschaft

Unions-Kanzlerkandidat Merz will für den Fall einer Regierungsübernahme eine härtere Migrationspolitik durchsetzen. Vor allem eine Maßnahme könnte die Wirtschaft empfindlich treffen.

Erstveröffentlichung: 2025-01-24 16:14:52 letzte Aktualisierung: 2025-01-24 23:12:41

Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) stößt mit seiner Ankündigung, im Fall eines Siegs bei der Bundestagswahl dauerhafte Kontrollen an deutschen Grenzen einzuführen, in Teilen der Wirtschaft auf Kritik.

Der wirtschaftliche Schaden von Grenzschließungen dürfte „noch größer sein als der durch die Strafzölle von Donald Trump auf deutsche Exporte“, sagte der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, dem Handelsblatt. Dahinter steht die Sorge, dass Grenzkontrollen Lieferketten gefährden und die Produktion behindern könnten. Das würde die Wirtschaft „empfindlich“ treffen, warnt Fratzscher.

Belastungen entstünden zudem durch eine Verschärfung des Arbeitskräftemangels, da viele Menschen über die Grenze zur Arbeit pendelten. „Das Letzte, was die deutsche Wirtschaft jetzt braucht, ist eine kurzsichtige Politik, die auf dem Rücken von Unternehmen und Bürgern versucht, im Bundestagswahlkampf zu punkten“, sagte Fratzscher.

Auch der Präsident des Außenhandelsverbands BGA, Dirk Jandura, sieht die Pläne des CDU-Chefs kritisch. „Einschränkungen der Personenfreizügigkeit wie von Friedrich Merz angekündigt, können für den Groß- und Außenhandel Verzögerung und damit auch Kostensteigerung bedeuten“, sagte Jandura dem Handelsblatt. Andererseits zeigte Jandura auch Verständnis für die Überlegungen. „Der Schutz des menschlichen Lebens hat immer Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen.“ Man müsse zudem auch sehen, um welche Art von Kontrollen es gehe. „Bei den stichartigen Kontrollen der letzten Schließung gab es kaum wirtschaftliche Auswirkungen.“

Bisher standen Wirtschaftsthemen und der Umgang mit Donald Trump im Fokus des Bundestagswahlkampfs. Durch die Messerattacke von Aschaffenburg mit zwei Toten ist nun die Migrationspolitik ein zentrales Wahlkampfthema geworden. Am Montag wollen sich die Innenminister von Bund und Ländern in einer Videoschalte beraten. Die Unionsfraktion kündigte zudem an, im Bundestag eigene Anträge zur Migrationspolitik zur Abstimmung zu stellen. Sie nimmt dabei in Kauf, dass es dann Mehrheiten mit der AfD geben könnte.

Schengener Grenzkodex erlaubt unter bestimmten Umständen Grenzkontrollen

Merz sieht dringenden Handlungsbedarf. Er wolle nicht hinnehmen, dass die Anschläge in Mannheim, Solingen und Aschaffenburg die neue Normalität in Deutschland würden. Unmittelbar nach der Tat in Aschaffenburg nannte er Maßnahmen, die er im Fall einer Regierungsübernahme umsetzen will.

Am ersten Tag seiner Amtszeit werde er das Bundesinnenministerium im Wege der Richtlinienkompetenz anweisen, „die deutschen Staatsgrenzen zu allen unseren Nachbarn dauerhaft zu kontrollieren und ausnahmslos alle Versuche der illegalen Einreise zurückzuweisen“, sagte Merz.

Er sprach von einem „faktischen Einreiseverbot“ in die Bundesrepublik für alle, „die nicht über gültige Einreisedokumente verfügen oder die von der europäischen Freizügigkeit Gebrauch machen“. Das gelte ausdrücklich auch für Personen mit Schutzanspruch, betonte der CDU-Chef. „Die europäischen Regeln – Dublin, Schengen, Eurodac – sind erkennbar dysfunktional – Deutschland muss daher von seinem Recht auf Vorrang des nationalen Rechts Gebrauch machen.“

Im Schengen-Raum, in dem mehr als 400 Millionen Menschen frei zwischen den beteiligten EU-Ländern reisen können, sind Binnengrenzkontrollen eigentlich nicht vorgesehen. Sie können aber zeitlich begrenzt angeordnet werden. Nicht aber, wie von Merz angestrebt, dauerhaft.

Der Schengener Grenzkodex gestattet nur im Fall außergewöhnlicher Umstände, etwa bei der Gefahr durch Terroranschläge oder organisierter Kriminalität, Kontrollen an bestimmten Binnengrenzen. Bislang schrieb der Kodex vor, dass diese höchstens sechs Monate dauern dürfen. Im vergangenen Jahr verständigte sich die EU auf neue Regeln, wonach Kontrollen von der EU-Kommission für die Dauer von bis zu drei Jahren erlaubt werden können.

Deutschland macht derzeit schon von der Möglichkeit Gebrauch, die Freizügigkeit an den deutschen Grenzen einzuschränken. Zur Bekämpfung illegaler Zuwanderung wurden im September für die Dauer von sechs Monaten laufende Grenzkontrollen im Osten und Süden des Landes auf den Westen und Norden ausgeweitet. Von der Ausweitung betroffen waren die Grenzen zu Dänemark, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg.

Spediteure halten etwaige Nachteile durch dauerhafte Grenzkontrollen für beherrschbar

Begründet wurden die Kontrollen mit Sicherheitsrisiken durch irreguläre

Migration und Schleusertum an den EU-Außengrenzen, wie bei der EU-Kommission nachzulesen ist. Diese führten zu vermehrten irregulären Grenzübertritten in Deutschland, was die ohnehin schon angespannte Situation bei der Unterbringung von Flüchtlingen verschärfe. Deutschland hat nach Angaben des Bundesinnenministeriums bereits mehr als eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen.

Als Gründe nannte das Ministerium zuletzt neben der Begrenzung der irregulären Migration auch den Schutz vor Bedrohungen durch islamistischen Terrorismus und grenzüberschreitende Kriminalität.

An der Grenze zu Frankreich wurde bereits wegen der Olympischen Spiele in Paris kontrolliert. An den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz gibt es Kontrollen seit Mitte Oktober 2024, an der deutsch-österreichischen Landgrenze wurden sie im Herbst 2015 im Zuge der Flüchtlingskrise eingeführt.

Der Bundesverband Spedition und Logistik (DSLV) hält etwaige Nachteile durch mögliche dauerhafte Grenzkontrollen für beherrschbar. Hauptgeschäftsführer Frank Huster verwies auf die während der Coronapandemie von der Europäischen Kommission eingeführte sogenannte „Green Lanes Policy" – eine Art Vorrangregelung für den Güterverkehr, um Engpässe in den Lieferketten zu vermeiden.

Spediteure nutzten seinerzeit mit ihren Fahrzeugen die „green lanes" („grüne Fahrbahnen") an den Grenzübergängen. Dies habe gewährleistet, „dass der grenzüberschreitende Warenverkehr am Ende weitgehend störungsfrei fließen konnte, während gleichzeitig effiziente Personenkontrollen durchgeführt wurden", sagte Huster.

Ebenso umsichtig sei die Bundespolizei während der Fußball-EM vorgegangen. „Auch hier gab es für den Güterverkehr an den deutschen Grenzen trotz Personenkontrollen keine nennenswerten Verzögerungen."

Rechtliche Vorbehalte gegen Pläne der Union für Zurückweisungen an den Grenzen

Dauerhafte Grenzkontrollen sind auch eine Voraussetzung für die von CDU und CSU geplanten Zurückweisungen, da diese Maßnahme nur direkt an der Grenze möglich ist. Damit soll verhindert werden, dass niemand nach Deutschland einreist, der ohnehin keinen Anspruch auf ein Asylverfahren hat. Denn nach der sogenannten Dublin-Verordnung ist in der Regel derjenige EU- oder Schengen-Staat für das Asylverfahren zuständig, in dem ein Asylbewerber erstmals europäischen Boden betritt. Deutschland hat keine Schengen-Außengrenze. Somit müssten die allermeisten Asylbewerber zunächst durch andere Staaten des Schengenraums gereist sein, bevor sie an der deutschen Grenze ankommen.

Der Speyrer Staatsrechtler Joachim Wieland gibt allerdings zu bedenken, dass die Dublin-Verordnung eine Zurückweisung von Schutzsuchenden an Deutschlands Grenzen nicht zulasse, sondern Deutschland verpflichte festzustellen, welcher Staat die Zuständigkeit für die Entscheidung über das Gesuch um Schutz hat.

Rechtliche Zweifel gibt es auch an dem von Merz genannten „faktischen Einreiseverbot". Ein solches Verbot für Personen mit Schutzanspruch sei weder mit dem deutschen Grundrecht auf Asyl noch mit der Genfer Flüchtlingskonvention vereinbar, sagte Wieland. „Das Rechtsstaatsprinzip lässt es nicht zu, sich einfach über Rechtsnormen hinwegzusetzen, sondern erfordert gegebenenfalls deren Änderung."

Auch der Chef des Bundeskanzleramts, Wolfgang Schmidt (SPD), hält den Vorschlag von Merz für „schlichtweg rechtswidrig". Er wies darauf hin, dass der Europäische Gerichtshof den „europäischen Notstand", den Merz für seine Maßnahme nutzen will, sehr restriktiv definiert.

Zudem hätten Verwaltungsgerichte wiederholt den Staat gezwungen, Zurückgewiesene wieder zurückzuholen. „Wir haben ein Grundrecht auf Asyl, das steht im Grundgesetz. Wir haben ein europäisches Recht, und wir haben die europäische Menschenrechtskonvention und die Genfer Flüchtlingskonvention", sagte Schmidt.

Merz lässt sich indes nicht beirren. Er machte sogar deutlich, dass die angestrebten migrationspolitischen Verschärfungen auch Bedingungen für mögliche Koalitionspartner seien. „Mir ist es völlig gleichgültig, wer diesen Weg politisch mitgeht."

Abbildung:	24.01.2025, Berlin: Friedrich Merz, CDU-Bundesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, nimmt an einem Rundgang durch die Hallen der Grünen Woche teil. Foto: Hannes P. Albert/dpa +++ dpa-Bildfunk +++ FOTOCREDIT Foto: Hannes P. Albert/dpa
Abbildung:	15.02.2021, Bayern, Kiefersfelden: Zwei Bundespolizisten kontrollieren die Dokumente von aus Österreich kommenden LKW-Fahrern an der Autobahn A93 bei Kiefersfelden in Richtung Deutschland. Die verschärften deutschen Einreiseregeln an der Grenze zum österreichischen Bundesland Tirol zum Schutz vor gefährlichen Varianten des Coronavirus sind in der Nacht zu Sonntag in Kraft getreten. Foto: Matthias Balk/dpa +++ dpa-Bildfunk +++ FOTOCREDIT Foto: dpa
Wörter:	1234
Urheberinformation:	Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2025: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Berliner-Zeitung.de vom 23.01.2025 13:44

Autor/-in: Lukas Kuite [https://www.berliner-zeitung.de/autoren/lukas-kuite--li.2242297]
Visits (VpD): 0,116 (in Mio.)
Mediengattung: Online News
Weblink: https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/trump-als-vorteil-fuer-deutsche-wirtschaft-experte-fachkraefte-von-den-us-unis-abwerben-li.2290472

Elektroindustrie und optische Geräte: Diese deutschen Branchen profitieren von Trump

Es herrscht der Eindruck, dass der deutschen Wirtschaft durch Trump nur Schaden droht. Wie könnte sie von seiner Amtszeit dagegen profitieren?

Der Machtwechsel in Washington verunsichert die ohnehin strauchelnde deutsche Wirtschaft. „Die neue US-Regierung bringt zunächst viel Unsicherheit, und das ist nicht gut für die deutsche Wirtschaft“, sagt etwa der Präsident des Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW), Moritz Schularick. Im Falle einer Zollerhöhung drohe ein Rückgang der Exporte aus Deutschland in die USA um „langfristig zehn bis 15 Prozent“.
EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen warnte den neuen US-Präsidenten gar vor einem Handelskrieg mit Europa. „Es gibt keine anderen Volkswirtschaften in der Welt, die so eng miteinander verflochten sind wie wir“, betonte die Spitzenpolitikerin beim Weltwirtschaftsforum in Davos.
Die Ängste der Unternehmen vor möglichen Importzöllen in den USA sind zwar berechtigt. Doch stimmt es, dass US-Präsident Trump der deutschen Wirtschaft nur schaden wird? Oder bieten sich durch diesen Machtwechsel auch neue Chancen und Möglichkeiten an?

Wie deutsche Exporteure von Trump profitieren können

„Trumps Handelspolitik, insbesondere gegen China, könnte zusätzliche Marktsegmente in den USA für deutsche Exporteure schaffen“, sagt Dirk Jandura, Präsident des Bundesverbandes Groß- und Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) der Berliner Zeitung auf Anfrage. Jandura verweist auf die Studie des IfW über die Auswirkungen der US-Handelspolitik. Diese sagt einerseits Produktionsrückgänge in den Schlüsselindustrien wie der Automobil- und der pharmazeutischen Branche voraus. Andererseits aber würden im Falle einer rigorosen Zollpolitik auch Vorteile für deutsche Exporteure entstehen. Dies könnte im Falle einer Eskalation zwischen den USA und China vor allem auf die deutsche Elektronikindustrie und Hersteller von optischen Produkten zutreffen.
Ein weiterer, möglicher Effekt könnte sein, dass durch Trumps Zölle die Einfuhr von Vorprodukten in die USA künstlich verteuern würden, so der BGA-Präsident. „Dadurch würden Waren ‚made in US‘ einen Nachteil erleiden, was einen Preisvorteil für deutsche Produkte auf dem Weltmarkt schaffen könnte.“ Jandura betont: „Zölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse schaden immer beiden Seiten.“ Wohlstand gehe mit Wachstum einher, und dieser brauche einen freien, globalen Handel, was auch im Interesse der USA liege.
Ferner ist laut Jandura möglich, dass Trumps Politik die EU dazu anregt, ihre Kapazitäten in Bereichen wie Verteidigung und Technologie auszubauen. „Das könnte langfristig neue Geschäftsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen schaffen.“ Schließlich sei zu erwarten, dass der amerikanische Druck dazu führe, „endlich letzte bestehende Schranken im EU-Binnenmarkt zügig abzubauen“. Denn Europa sei mit 60 Prozent der Exporte weiterhin der wichtigste Markt für deutsche Lieferanten und Außenhändler.

Deutsche Autobauer erwarten Aufschwung in den USA

Selbstsicher blickt die Automobilindustrie dem Machtwechsel in Washington entgegen. Mit Blick auf die Daten und Fakten könne man „selbstbewusst agieren“, sagt ein Sprecher des Verbands der Automobilindustrie (VDA) auf Anfrage. „Das BMW-Werk in Spartanburg (South Carolina) beispielsweise ist das größte BMW-Werk weltweit.“ Hier würden 90.000 Jobs bei Zulieferern und 48.000 bei Automobilherstellern für Beschäftigung in den USA sorgen. Die Produktion der deutschen Autobauer in den USA sei bereits jetzt auf Rekordniveau.
Unternehmen der deutschen Autobranche haben insgesamt mehr als 2100 Standorte mit rund 140.000 Arbeitsplätzen in den USA. „Die Unternehmen könnten dort auch potenziell von angekündigten Maßnahmen zur Belebung der US-Wirtschaft und der Automobilkonjunktur profitieren“, so der Sprecher.
Im Umgang mit der neuen US-Administration wird laut VDA „wirtschaftliche Stärke“ zum entscheidenden Element. Weitere Chancen können laut VDA zudem in einer verstärkten und engeren Zusammenarbeit mit den USA liegen, etwa bei der Sicherung und Diversifizierung der Rohstofflieferketten. Die deutschen Autobauer setzen also auf „too big to fail“ und mehr Zusammenarbeit. Und sie könnten im Land der unbegrenzten Möglichkeiten einen weiteren Vorteil genießen.

Forscher sehen Steuervorteile auch für deutsche Unternehmen

Trump hatte in seinem Wahlkampf oftmals eine Steuersenkung für Unternehmen angekündigt. „Die könnte auch ein möglicher Vorteil für deutsche Firmen werden“, sagt Lisandra Flach, Leiterin des Ifo-Zentrums für Außenwirtschaft, auf Anfrage. „Auf Kosten wachsender

Budgetdefizite könnte die Steuersenkung den US-Markt für ausländische Unternehmen attraktiver machen und amerikanische Güterimporte steigern.“ Wirtschaftsforscher Max Steinhardt vom John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin (FU) bestätigt diese Annahme. „Deutsche Unternehmen, die Technologien, Maschinen oder andere Vorleistungen liefern, könnten von einer steigenden Nachfrage nach ihren Produkten profitieren“, sagt Steinhardt der Berliner Zeitung. Inwieweit die Steuersenkungen die negativen Auswirkungen der geplanten höheren Zölle auf deutsche Unternehmen verringern würden, hängt laut beiden Forschern aber vom Umfang der Steuersenkungen ab.

Experte schlägt Deutschland vor: „Fachkräfte von den US-Unis abwerben“

Laut Lloyle Campbell, dem Experten für Energiesicherheit und Energiewende beim Zentrum für Klima und Außenpolitik von der deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (GDAP), hängen die Auswirkungen der zweiten Trump-Regierung auf die deutsche Wirtschaft von zwei Dingen ab: „Einmal, welche Politik da tatsächlich kommt, und zweitens, wie schnell und effektiv Deutschland darauf reagiert.“
Aufgrund der fehlenden Reformlust und langsamer Bürokratie sieht der Forscher hierzulande wenig Hoffnung. Aber: „Deutsche Universitäten müssten jetzt Top-Talente, also spätere Fachkräfte, abwerben, die bisher in die USA gegangen sind.“ Denn unter Trumps erster Amtszeit sei die Zahl der ausländischen Studenten an amerikanischen Universitäten enorm zurückgegangen. Dies könnte der deutschen Wirtschaft langfristig zugutekommen. „Jeder Student, der die finanziellen Möglichkeiten und Noten hat, um in den USA zu studieren, ist für uns interessant, da er in der Regel hoch qualifiziert ist.“ Außerdem liege in der neu ausgerichteten Haushaltspolitik von Trump großes Potenzial für Deutschland.
„Wenn Trump die Investitionen in grüne Technologien in den USA zu aggressiv kürzt, könnte dies zu einer Abwanderung von Kapital und Spitzenkräften führen.“ Ein Rückgang der Green-Tech-Investitionen auf dem US-Markt wäre schlecht für das Klima insgesamt. „Und für die deutschen Green-Tech-Exporte in die USA hat es ebenfalls Auswirkungen.“ Sollte die neue Bundesregierung gute Bedingungen für Unternehmen und qualifizierte Arbeitskräfte schaffen, könnte das vermehrt sowohl Unternehmen als auch Fachkräfte nach Deutschland anziehen, sagt Campbell.

Parteien reagieren in Wahlkampfmanier auf Trump-Beginn

Nach der Vereidigung Trumps äußern sich die deutschen Parteien in Wahlkampfmanier. Laut Julia Klöckner, wirtschaftspolitischer Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wird der US-amerikanische Markt attraktiver, auch für deutsche Unternehmen. Gerade deshalb müssten Deutschland und die EU wettbewerbsverzerrende Überregulierung abbauen. „Für Deutschland heißt das eine Agenda 2030 mit niedrigeren Unternehmenssteuern, Arbeitsanreizen und Bürokratieabbau“, so Klöckner auf Anfrage. Die Handelsbeziehungen zu den USA müssten daher vertieft werden. Dies habe die vergangene Regierung versäumt.
Verena Hubertz von der SPD-Bundestagsfraktion wirbt auf Anfrage für einen stärkeren EU-Markt: „Das gemeinsame Einstehen für eine europäische Handelspolitik kann uns starkmachen und auch ganz neue Energie entfachen, unseren Kontinent gemeinsam zu gestalten.“ Wenn Europa es schaffe, neue Märkte stärker an sich zu binden, „mit Südamerika, Indien oder Australien“, dann würde ebenfalls eine größere Krisenfestigkeit entstehen, so das Mitglied des Wirtschaftsausschusses. Generell sei eine boomende Wirtschaft in den USA auch keine schlechte Nachricht für deutsche und europäische Unternehmen.
Die Grünen im Bundestag gehen auf Konfrontationskurs: Welche konkreten Auswirkungen die zweite US-Präsidentschaft Trumps auf die deutsche Wirtschaft haben wird, „bleibt abzuwarten“, meint Deborah Düring aus dem auswärtigen Ausschuss. „Unsere Antwort auf seinen (Donald Trump, Anm. d. Red.) Protektionismus und ‚America first‘ steht jedoch fest: ‚Europe united‘.“ Die AfD sieht in Trump ein Vorbild für die Veränderung von Rahmenbedingungen in Deutschland. Der wirtschaftspolitische Sprecher Leif-Erik Holm schlägt auf Anfrage vor, den Bürokratieabbau „gerne auch mit einen deutschen Musk als Sonderbeauftragten“ anzugehen.
Haben Sie Feedback? Schreiben Sie uns! briefe@berliner-zeitung.de

Abbildung:	Gute Stimmung am Markt: Die Dax-Kurve stieg im Handelssaal der Frankfurter Wertpapierbörse während Donald Trump seine Vereidigung als US-Präsident feierte.
Fotograf/-in:	Arne Dedert/dpa
Abbildung:	Mitarbeiter des BMW-Werks in Spartanburg, South Carolina.
Fotograf/-in:	FSean Rayford/AP
Abbildung:	Container werden am Hamburger Hafen gelagert und verladen. Die USA haben China als wichtigster deutscher Handelspartner überholt. Bleibt das so?
Fotograf/-in:	Christian Charisius/dpa
Wörter:	1186

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

agrarzeitung online vom 23.01.2025 12:00

Autor/-in: Redaktion LZ (LZ) **Visits (VpD):** 6.553 [1]
Mediengattung: Online News
Weblink: https://www.agrarzeitung.de/nachrichten/wirtschaft/bundestagswahl-2025-grosshandelsverband-fordert-wirtschaftspolitischen-kurswechsel-116918
[1] von PMG gewichtet 10-2024

Bundestagswahl 2025

Großhandelsverband fordert Kurswechsel

Mehr als ein Drittel der Firmen aus dem Groß- und Außenhandel hat in den vergangenen Monaten weniger investiert. Das zeigt eine Umfrage des Branchenverbandes BGA. Verbandschef Jandura wendet sich mit Forderungen an die Politik.

Der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) hat in seiner Jahresauftakt-Pressekonferenz ein düsteres Bild der aktuellen Wirtschaftslage in Deutschland gezeichnet. Präsident Dirk Jandura sagte mit Blick auf hohe Insolvenzzahlen: "Hier bröckelt das Fundament der deutschen Wirtschaft. Wenn der Mittelstand dicht macht, erholt sich dieses Land nicht mehr."

Der BGA fordert einen wirtschaftlichen "Neustart" nach der Bundestagswahl und richtete die Mahnung an die Parteien, Wirtschaftsthemen mehr in den Wahlkampf aufzunehmen, das "kommt uns völlig zu kurz". Er verwies auf eine geplante Kundgebung am Brandenburger Tor. Rund 50 Verbände haben demnach für den 29. Januar zu einem "Wirtschaftswarntag" aufgerufen. Zentrale Forderungen sind weniger Steuern, ein Abbau der Bürokratie und geringere Energiekosten. Deutschland stecke in einer tiefen Rezession fest, so Jandura: "Dass wir in dieser Lage über sichere Renten und 15 Euro Mindestlohn diskutieren, ist angesichts der Lage völlig deplatziert. Bei der Bundestagswahl muss es um unsere Wirtschaft gehen. Ohne Wachstum keine Wirtschaft. Ohne Wirtschaft kein Sozialstaat."

„Der Mittelstand hat das Vertrauen in Deutschlands Zukunft verloren."
Dirk Jandura, BGA-Präsident

Der BGA hat zum Jahreswechsel 2024/2025 bei den Unternehmen des Großhandels die traditionelle Konjunkturumfrage durchgeführt. Zwei Drittel der Großhändler verzeichneten im vergangenen halben Jahr sinkende Umsätze, für 2025 rechnen 40 Prozent mit einem weiteren Umsatzrückgang. Jandura stellte fest: "Der Mittelstand hat das Vertrauen in Deutschlands Zukunft verloren." 36 Prozent der Unternehmer hätten in den vergangenen Monaten weniger investiert. Das liege einerseits an der schwachen Nachfrage, andererseits aber auch an einer fehlenden Perspektivlosigkeit. Besorgniserregend ist demnach auch: 30 Prozent aller Unternehmen der Außenhandelsbranche werden laut Umfrage 2025 Stellen abbauen müssen.

Der BGA-Präsident konstatiert: "Unsere Produkte sind nicht ausreichend wettbewerbsfähig, unsere Mitbewerber ziehen links und rechts an uns vorbei. Denn sie schleppen keinen Bremsklotz aus starren Vorschriften und hohen Steuerbelastungen hinter sich her." Ohne einen deutlichen Politikwechsel ab dem 23. Februar seien die Herausforderungen nicht mehr lange zu schultern. Überregulierung aus Berlin und Brüssel etwa liege "wie eine Schlinge um den Hals von uns Unternehmerinnen und Unternehmern. Jede neue Vorschrift, jedes neue Gesetz zieht sie enger zu".

Europa alter Stärke als Antwort auf Trump

Jandura mahnt zudem eine Unternehmenssteuerreform an, die die Rahmenbedingungen modernisiert. Der Gesamtsozialversicherungsbeitrag müsse wieder die Zielmarke von maximal 40 Prozent unterschreiten, fordert der BGA-Präsident. Er nennt einen weiteren Standortnachteil: "Wir sind auch immer noch nicht vorbereitet auf die Transformation hin zur Elektromobilität."
Die Antwort auf Donald Trump sollte nicht Panik, sondern ein widerstandsfähiges Europa sein. Jandura: "Ich möchte, dass Deutschland unter einer neuen Bundesregierung wieder eine Führungsrolle in Europa einnimmt." Es brauche eine Rückkehr zu einem Europa alter Stärke, ohne "unendliche Regeln und Vorschriften". Zölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse würden nicht weiterhelfen, sie schadeten immer beiden Seiten. (dgl)

Dieser Text erschien zuerst auf www.lebensmittelzeitung.net.

Abbildung: Dirk Jandura ist Präsident des Bundesverbands Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen.
Fotograf/-in: BGA/Kamil Janus
Wörter: 483

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Spiegel.de vom 09.01.2025

DER SPIEGEL

Autor/-in:	Jan Petter	**Jahrgang:**	2025
Seite:	0	**Nummer:**	0
Rubrik:	Wirtschaft	**Visits (VpD):**	5,82 (in Mio.) [1]
Mediengattung:	Online News	**Unique Users (UUpD):**	0,882 (in Mio.) [2]

Weblink: https://www.spiegel.de/wirtschaft/donald-trump-deutsche-exporte-steigen-vor-amtsuebernahme-dank-geschaeft-mit-usa-a-5e36556e-ec3d-46eb-9237-8a3d89f79fc4

[1] von PMG gewichtet 10-2024

[2] gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Zahlen für November

Deutsche Exporte steigen – dank der USA

Die deutsche Wirtschaft schwächelt seit Monaten. Doch ausgerechnet beim Export meldet das Statistische Bundesamt nun eine Verbesserung. Dem künftigen US-Präsidenten Donald Trump dürfte diese Entwicklung allerdings kaum gefallen.

Die deutsche Wirtschaft hat im vergangenen November mehr exportiert als in jedem vorherigen Monat des Jahres. Das berichtet das Statistische Bundesamt. Die Exporte wuchsen um 2,1 Prozent zum Vormonat auf gut 127 Milliarden Euro. Zugleich sanken die Importe um 3,3 Prozent auf 107,6 Milliarden Euro. Noch im Oktober hatten die Exporteure einen kräftigen Dämpfer hinnehmen müssen. Gute Nachrichten gab es auch bei der Industrieproduktion.

Gesteigert wurden vor allem die Exporte in Länder außerhalb der Europäischen Union. Die meisten Exporte gingen im November erneut in die USA : Sie stiegen nach einem Einbruch im Oktober nun um 14,5 Prozent auf 14 Milliarden Euro.

Deutsche Exporte könnten für Ärger mit Trump sorgen

»Dieser satte Exportzuwachs dürfte allerdings Donald Trump ein Dorn im Auge sein, schließlich sollen die Außenhandelsdefizite der USA gegenüber den wichtigsten Handelspartnern deutlich reduziert werden«, kommentierte Thomas Gitzel, Chefvolkswirt bei der VP Bank. Trump, der am 20. Januar ins Weiße Haus einzieht, hatte mit hohen Zöllen auf Einfuhren aus der EU gedroht.

Deutliche Zuwächse gab es auch bei den Exporten nach Großbritannien , die um 8,6 Prozent zunahmen. Dagegen sanken Ausfuhren in die EU um 1,7 Prozent auf 67,8 Milliarden Euro sowie nach China um 4,2 Prozent.

Da Deutschland insgesamt erneut mehr exportierte als importierte, wuchs der Außenhandelsüberschuss auf 19,7 Milliarden Euro.

Deutsche Exporte insgesamt weiter geschwächt

Insgesamt bleiben die deutschen Exporte dennoch geschwächt. Trotz des relativen Anstiegs im November blieben die Ausfuhren im Jahresvergleich 3,5 Prozent niedriger. In den ersten elf Monaten summierten sich die Exporte auf knapp 1,43 Billionen Euro, ein Minus von 1,4 Prozent zum Vorjahreszeitraum.

Der Außenhandelsverband BGA sprach von einem »verlorenen Jahr«. »Die momentane Lage im Groß- und Außenhandel ist besorgniserregend«, sagte Präsident Dirk Jandura. Auch andere Wirtschaftsvertreter warnten zuletzt immer wieder vor neuen Problemen und forderten größere Veränderungen.

Bereits im Dezember hatten sich die Exporterwartungen der Unternehmen eingetrübt, wie das Ifo-Institut ermittelte. »Die deutsche Wirtschaft rechnet mit einem rückläufigen Auslandsgeschäft.« Am stärksten sei die Metallindustrie betroffen.

Hoffnungsschimmer in der Industrie

Einen Hoffnungsschimmer inmitten der Wirtschaftskrise gab es bei der Industrieproduktion. Im November wuchs die Fertigung nach zwei Minus-Monaten in Folge um 1,5 Prozent zum Vormonat. Ein großes Plus verzeichnete das Statistische Bundesamt bei der Energieerzeugung und im »sonstigen Fahrzeugbau«, zu dem die Produktion von Flugzeugen, Schiffen, Zügen und Militärfahrzeugen zählt. Auch das Baugewerbe legte zu.

Trotz des jüngsten Anstiegs gebe es seit 2018 einen negativen Trend, so VP-Bank-Chefvolkswirt Gitzel. »Die Industrieproduktion ist seither um knapp 20 Prozent gefallen.«

Auch Carsten Brzeski, Chefvolkswirt bei der Bank ING, zeigte sich mit Blick auf die deutsche Wirtschaft verhalten. »Die jüngste Erholung in der deutschen Industrieproduktion und bei den Exporten ist eine willkommene Erleichterung. Aber sie kommt zu spät, um ein weiteres Quartal der Stagnation zu verhindern.«

jpe/dpa

Abbildung: Autos auf einem Rangierbahnhof im Bremer Stadtteil Gröpelingen

Abbildung: Autoindustrie in Stuttgart

Wörter: 504

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Handelsblatt.com vom 01.01.2025

Handelsblatt

Autor/-in: , Reuters
Seite: online
Ressort: Unternehmen / Industrie /
Mediengattung: Online News
Visits (VpD): 0,807 (in Mio.) [1]
Unique Users (UUpD): 0,271 (in Mio.) [2]
Weblink: https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/konjunktur-deutsche-wirtschaft-fordert-im-neuen-jahr-kompletten-neustart/100097945.html

[1] von PMG gewichtet 10-2024

[2] gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Konjunktur

Deutsche Wirtschaft fordert im neuen Jahr „kompletten Neustart“

Angesichts der ökonomischen Schwierigkeiten in Deutschland fordern mehrere Wirtschaftsverbände umfassende Reformen von einer neuen Bundesregierung.

Erstveröffentlichung: 2025-01-01 10:43:37 letzte Aktualisierung: 2025-01-01 12:29:08

Weniger Bürokratie, geringere Steuern, billigerer Strom: Führende Wirtschaftsverbände fordern im neuen Jahr einen Kurswechsel von der künftigen Bundesregierung nach der Neuwahl am 23. Februar. „Ohne Reformen gibt es kein Wachstum und ohne Wachstum können wir einpacken“, sagte der Präsident des Bundesverbands Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), Dirk Jandura, der Nachrichtenagentur Reuters. „Wir brauchen deshalb einen kompletten Neustart, vor allem für den Mittelstand.“

Milliardenschwere staatliche Subventionsprogramme oder Investitionsprämien seien dazu nicht notwendig, sondern Freiraum für Unternehmen, selbst zu handeln und zu entscheiden. So müsse die Körperschaftsteuer auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau gedrückt und der Solidaritätszuschlag vollständig abgeschafft werden. Auch solle das deutsche Lieferkettengesetz wegfallen, bis eine einheitliche europäische Regelung gefunden ist.

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) fordert einen glaubwürdigen wirtschaftspolitischen Kurs, der Bedingungen für Investitionen und Wachstum verbessert. „Deshalb sollte eine neue Bundesregierung ihre Agenda nach der Maxime ausrichten: Wirtschaft first“, sagte DIHK-Präsident Peter Adrian. „Unser Land muss nach Jahren des Stillstands endlich wieder auf einen Wachstumspfad kommen.“ Deshalb seien spürbare Veränderungen notwendig. „Beim Thema Bürokratie kann es auf absehbare Zeit nur eine Richtung geben: runter, runter, runter“, sagte Adrian.

Zudem müsse Strom viel günstiger werden, etwa durch einen Zuschuss bei den Netzentgelten über den Bundeshaushalt. Die längst überfällige Reform des Vergaberechts müsse vor allem Infrastrukturleistungen drastisch vereinfachen – statt immer neue Vorgaben bei öffentlichen Aufträgen zu schaffen. Auch sei eine Unternehmensteuerreform mit starken Anreizen für mehr Investitionen geboten.

„Weltweit ganz vorn mitspielen“

Der Digitalverband Bitkom fordert von der künftigen Bundesregierung einen Schwerpunkt auf Digitalpolitik und Deregulierung. „Deutschland muss künftig den Anspruch haben, nicht nur in der digitalen Wirtschaft weltweit ganz vorn mitzuspielen und in Schlüsseltechnologien wie der digitalen Medizin, der smarten Mobilität und der IT-Sicherheit den Spitzenplatz zu erreichen“, sagte Bitkom-Präsident Ralf Wintergerst. „Unsere Verwaltungen müssen durchgängig und ausschließlich digital arbeiten und ihre Dienste für Unternehmen und Privathaushalte durchgängig digital anbieten.“

Echter Fortschritt werde dabei aber nur erreicht, wenn es innerhalb der nächsten Bundesregierung einen Antreiber für die Digitalthemen gebe. „Wir fordern daher einen echten Digitalminister – oder eine Digitalministerin – keinen Teilzeitminister fürs Digitale“, sagte Wintergerst. Das neue Digitalministerium müsse mit allen nötigen Rechten und Ressourcen ausgestattet werden.

Tiefgreifende strukturelle Reformen, mehr Leistungsanreize und Entlastungen hält der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) für unerlässlich, um wieder wettbewerbsfähiger zu werden. Dazu gehörten ein für die Unternehmen spürbarer Bürokratieabbau, niedrigere Energiekosten und eine verlässliche Energieversorgung, Entlastungen bei Steuern und Sozialabgaben und eine Stärkung der beruflichen Bildung zur Fachkräftesicherung.

Ähnlich sieht es der Verband der Familienunternehmer. „Die neue Bundesregierung sollte zuerst ein Moratorium für neue Bürokratielasten beschließen, dann die Steuerlast für Unternehmen und für Arbeitnehmer auf den EU-Durchschnitt senken und gleichzeitig für langfristig stabile und bezahlbare Energiepreise sorgen“, so deren Präsidentin Marie-Christine Ostermann.

Abbildung: A gantry crane loads shipping containers aboard the panamax container ship Antwerpen Express, operated by Hapag-Lloyd AG, at Hamburger Hafen und Logistik AGAPOSTROPHEs HHLA Container Terminal Altenwerder (CTA) shipping terminal at Hamburg port in Hamburg, Germany, on Tuesday, June 2, 2015. Container lines have battled overcapacity after a boom in ship orders coincided with the collapse of Lehman Brothers Holdings Inc. in September 2008. Photographer: Krisztian Bocsi/Bloomberg via Getty Images FOTOCREDIT Foto: Bloomberg/Getty Images

Wörter: 540

ZEIT ONLINE vom 01.01.2025

ZEIT ONLINE

Autor/-in: Henrik Oerding
Seite: 0
Mediengattung: Online News
Nummer: 1
Visits (VpD): 2,23 (in Mio.) [1]
Unique Users (UUpD): 0,390 (in Mio.) [2]
Jahrgang: 2025
Weblink: https://www.zeit.de/wirtschaft/2025-01/deutsche-wirtschaft-verbaende-kurswechsel

[1] von PMG gewichtet 10-2024

[2] gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Deutsche Wirtschaft

Verbände fordern neuen Kurs für die Wirtschaftspolitik

Es brauche einen "kompletten Neustart", sagen führende deutsche Wirtschaftsverbände. Sie fordern Bürokratieabbau, Steuersenkungen und günstigere Energiepreise.

Führende deutsche Wirtschaftsverbände fordern von der künftigen Bundesregierung einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. "Ohne Reformen gibt es kein Wachstum und ohne Wachstum können wir einpacken", sagte der Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), Dirk Jandura, gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters. "Wir brauchen deshalb einen kompletten Neustart, vor allem für den Mittelstand." Subventionen seien nicht notwendig, vielmehr müsse die Körperschaftssteuer gesenkt und der Solidaritätszuschlag vollständig abgeschafft werden. Auch solle das deutsche Lieferkettengesetz wegfallen, bis eine einheitliche europäische Regelung gefunden ist.

"Wirtschaft first", fordert die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK). "Unser Land muss nach Jahren des Stillstands endlich wieder auf einen Wachstumspfad kommen", sagte der DIHK-Präsident Peter Adrian. Seiner Meinung nach könne eine Reform des Vergaberechts Infrastrukturleistungen drastisch vereinfachen. Zudem müsse Strom günstiger werden und die Unternehmenssteuer reformiert werden. Adrian sagte außerdem: "Beim Thema Bürokratie kann es auf absehbare Zeit nur eine Richtung geben: Runter, runter, runter." Auch der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) fordert einen spürbaren Bürokratieabbau, niedrigere Energiekosten und Entlastungen bei Steuern und Sozialabgaben. Für den Verband seien darüber hinaus eine verlässliche Energieversorgung und eine Stärkung der beruflichen Bildung zur Fachkräftesicherung wichtig.

Nach Vorstellung des Digitalverbandes Bitkom geschieht der Bürokratieabbau künftig durch Digitalisierung. "Unsere Verwaltungen müssen durchgängig und ausschließlich digital arbeiten und ihre Dienste für Unternehmen und Privathaushalte durchgängig digital anbieten", sagte Bitkom-Präsident Ralf Wintergerst. Dafür brauche es in der nächsten Bundesregierung "einen echten Digitalminister – oder eine Digitalministerin – keinen Teilzeitminister fürs Digitale". Deutschland müsse den Anspruch haben, in der digitalen Medizin, der smarten Mobilität und der IT-Sicherheit weltweit führend zu werden.

Wörter: 255

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

mit Content von DOWJONES NfA

Nachrichten für
Außenhandel

MÄRKTE | TRENDS | GESCHÄFTSCHANCEN

www.maerkte-weltweit.de Montag, 6. Januar 2025 | 84. Jahrgang | 5068 | Nr. 2

DEUTSCHLAND / AUSSENHANDEL

Freiheit für den Handel

Von Dr. Dirk Jandura, Präsident des BGA

Liebe Leserinnen und Leser,

„Wir stehen selbst enttäuscht und sehen betroffen, den Vorhang zu und alle Fragen offen“ - das Jahr 2024 lässt uns Händler, wie Brecht es treffend beschrieb, einigermaßen atemlos und mit fragendem Blick zurück.

Begann das Jahr mit düsteren wirtschaftlichen Aussichten angesichts einer schwächelnden Weltwirtschaft und anhaltenden Konflikten, endete es mit dem Paukenschlag des Ampel-Scheiterns. Bis zuletzt hatten wir im Verband gehofft, dass sich die Koalitionäre zusammenreißen und doch noch einige dringend benötigte Entlastungen für den Mittelstand beschließen.

Nun beginnt 2025 mit einer Neuwahl, die als fernes Licht am Horizont eine dringend benötigte Wende in der Wirtschaftspolitik zumindest erhoffen lässt.

Dies wäre für uns alle auch bitter nötig, zu tief hängen auch zu Beginn des Jahres wieder die dunklen Wolken und trüben die Aussichten ein.

Mit dem Amtsantritt von Donald Trump droht die (Handels-)Welt, wie wir sie kennen, zu Ende zugehen. Wie hoch auch immer die Zölle ausfallen werden, die er für den Beginn seiner Amtszeit weitreichend angekündigt hat, der Konflikt zwischen den USA und China wird sich verschärfen. Keine gute Nachricht für eine Außenhandelsnation in der Rezession. Die Herausforderung wird sein, eine Balance zwischen wirtschaftlicher Kooperation mit China und der geopolitischen Allianz mit den USA zu finden. Auch Trumps Abneigung gegen die WTO ist kein Geheimnis, sodass ich schwere Zeiten für den regelbasierten Welthandel anbrechen sehe.

Verschärft sich der Konflikt mit China, droht eine Blockbildung - USA und der Westen vs. BRICS + X. Dies macht es für deutsche Unternehmen komplizierter, die Volatilität des Geschäftes nimmt zu.

Aus meiner Sicht kann die einzige Antwort auf diese Situation lauten: Einigkeit und Stärke in Europa.

Die Vertiefung des EU-Binnenmarktes muss in Brüssel ganz oben auf die Agenda. Gerade unsere EU-Nachbarn wie Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, aber auch Spanien, bieten große Potenziale für unsere Schlüsselbranchen Maschinenbau und Automobil.



Eine Vertiefung des EU-Binnenmarkts wäre die Antwort auf globale Herausforderungen

Neben der Stärke des eigenen Marktes müssen wir Europäer aber zwingend auch auf möglichst diversifizierte Lieferketten bauen können. Damit das gelingt, muss sich in Brüssel dringend die Haltung zum Umgang mit Freihandelsabkommen ändern. Die EU muss sich wieder auf die wesentliche Funktion der Handelspolitik rückbesinnen und den Austausch von Waren und Dienstleistungen in das Zentrum ihrer handelspolitischen Aktivitäten rücken. Das heißt konkret: Handelspolitik muss wieder die Geschäftstätigkeiten von Unternehmen flankieren und darf nicht nur Mittel zur Verwirklichung anderer Zwecke sein. Verhandlungen, die maßgeblich dadurch scheitern, dass wir unsere Partner auf etwas verpflichten wollen, was wir für moralisch richtig erachten, können wir uns nicht mehr leisten. Wenn wir beispielsweise 2025 nicht die Verhandlungen zu dem immens wichtigen Freihandelsabkommen mit Indien beerdigen wollen, >>

CHINA / WIRTS. UND POL.

Mehr Verbrauchersubventionen zur Stimulierung des Konsums

DOW JONES--China wird sein Subventionsprogramm für Verbraucher auf Smartphones, Tablets und Smartwatches ausweiten. Dies ist Teil der Bemühungen, den gedämpften Konsum in der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt zu beleben.

Die oberste Wirtschaftsplanungsbehörde des Landes kündigte an, dass Beijing sein bestehendes Programm, das die Verbraucher derzeit ermutigt, Fahrzeuge und Haushaltsgeräte einzutauschen und aufzurüsten, auf Elektronik, Sicherheitsprodukte und mehr ausweiten wird. Einzelheiten sollen in Kürze veröffentlicht werden, so die Behörde.

Im vergangenen Jahr führte China Programme zur Inzahlungnahme von Haushaltsgeräten und Autos ein, die insbesondere in den letzten Monaten des Jahres die Nachfrage nach Fahrzeugen erfolgreich ankurbelten.

In den Jahren 2009 und 2010 hatte das Reich der Mitte ähnliche Umtauschprogramme zur Ankurbelung des Konsums durchgeführt.

KASACHSTAN
Samsung verlagert Produktion
SEITE 3

SÜDKOREA
Regierung senkt Wachstumsprognose
SEITE 4

ÄGYPTEN
Nahrungsmittelexporte mit Rekordwachstum
SEITE 6

MATFLIXX
Rohstoffpreise à la carte

>> müssen sich die Anspruchshaltung der EU substantiell ändern und die Handlungsfähigkeit erhöhen. Ein notwendiger Schritt dahin wäre auch, neue Handelsabkommen nur noch als EU-Only-Abkommen zu behandeln.

Deutschland muss dringend wieder eine Führungsrolle in der EU übernehmen. Nur so können die eben angesprochenen Veränderungen auch rechtzeitig durchgesetzt werden. Die neue Bundesregierung ist gut beraten, sich auf das langjährige wirtschaftliche Erfolgsmodell Deutschlands zurückzubesinnen - wir sind und bleiben eine Exportnation.

Und auch, wenn die Zeit der Wunschzettel nun vorbei ist. Zum Abschluss möchte ich die Forderungen formulieren, die uns Händlern im kommenden Jahr, vor allem auch langfristig, die Arbeit sehr erleichtern würden:

• Der Unionszollkodex (UZK) darf erst dann weiter reformiert werden, wenn die Probleme der Umsetzung der aktuellen Fassung behoben sind und ausreichend Umsetzungskapazitäten unter Einbeziehung der Wirtschaft geschaffen wurden.

• Der deutsche Zoll muss modernisiert sowie personell und technisch hinreichend ausgestattet werden.

• Die klimapolitischen Sektorleitlinien für die Exportkreditgarantien müssen ansatzlos gestrichen werden.

• Die Handhabung der Exportkontrolle muss vereinfacht werden, die Verhängung von Sanktionen muss maßvoll erfolgen, sie stellt idealerweise das letzte Mittel dar.

• Die Einordnung von Gütern als Dual-Use-Güter und die entsprechende Ausweitung der nationalen Ausfuhrliste sind zu vermeiden. Stattdessen sollten die Einordnung und Kontrolle ausschließlich durch die dafür auf EU-Ebene vorgesehene Dual-Use-Verordnung erfolgen.

Auch wir Unternehmer/innen müssen unsere Hausaufgaben machen. Ein firmenindividuelles Risk-Management/-Monitoring kann helfen, geopolitische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf den Handel frühzeitig zu erkennen und damit Absatzmärkte zu sichern sowie Lieferketten resilient zu gestalten. Wir können die Rohstoffrückgewinnung durch Recycling steigern, denn Ressourcensouveränität ist in Zeiten dramatischer Abhängigkeiten von Rohstoffen erfolgskritisch.

Und natürlich sind die eigenen Strukturen laufend zu hinterfragen, ist weiter an der Automatisierung der Prozesse und der Optimierung der Systeme zu arbeiten.



Sanktionen in Maßen und vereinfachte Exportkontrollen fordert der BGA

Doch lassen Sie mich positiver schließen, als ich angefangen habe. Die vergangenen Jahre mit ihren Krisen haben gezeigt, dass die deutschen Händler/innen mit Unternehmergeist, Einfallsreichtum und Flexibilität auch sehr schwere Zeiten durchgestanden haben. Politisch scheint sich nach drei sehr wechselhaften Jahren endlich der Wind hin zu mehr Wirtschaftskompetenz zu drehen. Lassen Sie uns gemeinsam optimistisch ins neue Jahr starten!

Ich wünsche Ihnen, Ihren Mitarbeitern und Familien einen guten und gesunden Start ins neue Jahr und freue mich weiterhin auf den Austausch mit Ihnen,
Ihr Dirk Jandura

CHINA / WIRTS. U. POL.

Beijing verschärft Sanktionen gegen US-Verteidigungsfirmen

DOW JONES--China hat das neue Jahr mit einer Breitseite gegen die US-Rüstungsindustrie gestartet und damit auf die von der Biden-Administration angekurbelten Waffenverkäufe nach Taiwan reagiert. Das chinesische Handelsministerium setzte 10 Unternehmen auf eine schwarze Liste „unzuverlässiger Unternehmen“, die von Geschäften in China ausgeschlossen sind. Dazu kündigte es an, weitere 28 Firmen vom Kauf nicht näher bezeichneter Komponenten, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können, auszuschließen.

Die meisten der genannten Rüstungsunternehmen waren zuvor bereits von China sanktioniert worden und betreiben nur wenig Handel mit dem Land, im Gegensatz zu den hunderten chinesischen Firmen mit US-Geschäften, die von Washington sanktioniert wurden, wie beispielsweise Huawei Technologies.

Auch wenn die unmittelbaren Auswirkungen wahrscheinlich minimal sein dürften, sind sie wichtig als symbolische Erinnerung an die Art von Maßnahmen, die China bei künftigen Konflikten in größerem Umfang gegen US-Unternehmen ergreifen könnte.

Bei den 10 Unternehmen, die nun als unzuverlässig eingestuft wurden, handelt es sich um Gesellschaften der Rüstungsunternehmen General Dynamics, Lockheed Martin und RTX (Raytheon). Einige gehören zu denjenigen, die jetzt für den Kauf von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck ausgeschlossen wurden, ebenso wie die Bereiche Verteidigung, Raumfahrt und Sicherheit von Boeing, die schon früher von Beijing ins Visier genommen wurden.

IMPRESSUM

Nachrichten für Außenhandel

Redaktion: +49 (0) 69 / 66 56 32 25
Internet: www.maerkte-weltweit.de

Abo-Service: Ann-Karin Heyer
+49 (0) 69 / 2710760 -12
E-Mail: abo@maerkte-weltweit.de

Anzeigen: Thomas Buck
+49 (0) 82124280 -21
thomas.buck@mwm-medien.de

Herausgeber und Verlag:
MBM GmbH, Rudolfstraße 22-24,
60327 Frankfurt am Main;
HRB 89510 Frankfurt

Geschäftsführer: Martin Brückner
Chefredaktion: Martin Brückner
Redaktion: redaktion@maerkte-weltweit.de
Jesko Neeb
Martin Klingsporn
Lisa Wick
Maximilian Kling
Andrea Kraus
Grafiken: Muhammet Simsek

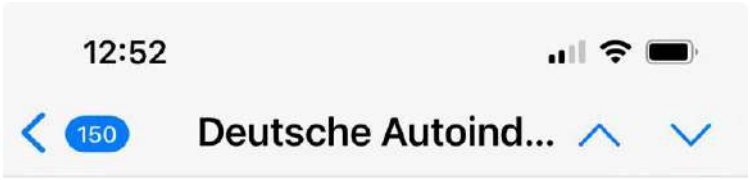
Bildernachweise: Shutterstock, Freepik

Die NfA stützen sich neben umfangreicher Eigenberichterstattung auch auf Dow Jones Newswires und weitere Nachrichtenagenturen, bei Charts und Kursen auch auf AID sowie auf Berichte der Germany Trade and Invest - Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH. Inhalt nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr.

Alle Rechte vorbehalten. Es wird darauf hingewiesen, dass hinsichtlich der Inhalte Urheberschutz besteht. Kopien, Nachdrucke, Weitergaben im Umlauf, Übersetzungen, Bearbeitungen, Auswertungen oder Vervielfältigungen bzw. Verbreitung oder Nutzung für Verbreitungen in allen Medien (gedruckt oder elektronisch) sind nur mit vorheriger Genehmigung durch MBM GmbH gestattet. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt!

Unter Verwendung von Berichten der GTAI GERMANY TRADE & INVEST

Table Media 29. Dezember 2024



CEO.Quote



Anmeldung

Der CEO.Table ist die Samstagsausgabe für die Table.Briefings-Community. Wenn Ihnen

Handelsblatt.com vom 29.12.2024

Autor/-in: , Reuters
Seite: online
Ressort: Politik / Konjunktur /
Mediengattung: Online News
Visits (VpD): 0,807 (in Mio.) [1]
Unique Users (UUpD): 0,271 (in Mio.) [2]
Weblink: https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/konjunktur-wirtschaftsverbaende-erwarten-kaum-impulse-durch-ezb-zinssenkungen/100097443.html

[1] von PMG gewichtet 10-2024

[2] gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Konjunktur

Wirtschaftsverbände erwarten kaum Impulse durch EZB-Zinssenkungen

Die Zentralbank hat die Zinsen 2024 mehrfach gesenkt, was Kredite und Investitionen verbilligt. Doch die großen Branchenverbände halten den Effekt für begrenzt. Sie fordern etwas anderes.

Erstveröffentlichung: 2024-12-29 09:45:37 letzte Aktualisierung: 2024-12-29 10:37:17

Die deutsche Wirtschaft rechnet trotz der Aussicht auf weitere Zinssenkungen durch die Europäische Zentralbank (EZB) im neuen Jahr nicht mit starkem Rückenwind durch die gelockerte Geldpolitik.

„Solange unsere Regierung ihre Hausaufgaben nicht macht und die strukturellen Probleme nicht beseitigt, kann die EZB die Zinsen senken so viel sie will – es wird trotzdem nichts passieren“, sagte der Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), Dirk Jandura, der Nachrichtenagentur Reuters. Für Unternehmer sei entscheidend, ob sich eine Investition rechne und wie schnell sie umgesetzt werden könne. „An beidem krankt es signifikant.“

Der Verband der Familienunternehmer sieht das ganz ähnlich. „Die Finanzierung ist für die meisten Unternehmen zurzeit kein limitierender Faktor“, sagte deren Verbandspräsidentin Marie-Christine Ostermann. Die Effekte der jetzt begonnenen Zinssenkungsschritte hielten sich sehr in Grenzen – „vor allem, weil das Vertrauen der Marktteilnehmer in eine gute Wirtschaftspolitik nicht vorhanden ist“. Ohne grundlegende Verbesserungen der Standortbedingungen dürften niedrigere Zinsen allein die Wirtschaft nicht nachhaltig beleben.

Inflation sinkt

Die EZB hat im zu Ende gehenden Jahr ihren Leitzins viermal gesenkt – auf aktuell 3,0 Prozent. Ökonomen gehen davon aus, dass er angesichts nachlassender Inflationsrisiken 2025 schrittweise auf 2,0 Prozent gedrückt wird. „Die Zinspolitik der EZB kann nicht die Wirtschaftspolitik ersetzen“, sagte auch der Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), Peter Adrian. Die DIHK rechne auch für 2025 „mit Null-Wachstum“. Die EZB könne mit ihrer Politik zwar Investitionen erleichtern. Aber die großen Wachstumsimpulse müssten von der Wirtschafts- und Finanzpolitik kommen.

Der EZB-Kurs der geldpolitischen Stabilität könne für mehr Sicherheit bei Investitionsentscheidungen der Unternehmen sorgen. „Das sorgt im Zweifel für zarte Impulse im privaten Konsum, auch im Bausektor könnten sich weitere Zinssenkungen positiv auswirken“, sagte Adrian. Niedrigere Bauzinsen hätten insbesondere im privaten Wohnungsbau positive Effekte auf die Nachfrage.

„Die Erfahrungen zeigen, dass niedrigere Kreditzinsen allein nicht dazu führen, bei den Betrieben einen Investitionsboom auszulösen“, hieß es beim Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH). Die Investitionszurückhaltung der Betriebe habe ihre Ursache nicht in zu teuren Krediten oder fehlendem Geld, sondern in strukturellen Problemen und Standortdefiziten und einer insgesamt sinkenden Wettbewerbsfähigkeit – auch im Handwerk.

Abbildung: ARCHIV - 11.09.2024, Hessen, Frankfurt/Main: Die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main. (zu dpa: «EZB-Aufsicht mahnt Geldhäuser zu erhöhter Wachsamkeit») Foto: Boris Roessler/dpa +++ dpa-Bildfunk +++ FOTOCREDIT Foto: Boris Roessler/dpa

Wörter: 408

Urheberinformation: Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2024: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.12.2024

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Seite: 17 bis 17
Rubrik: Wirtschaft
Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung
[1] IVW 3/2024
[2] AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Jahrgang: 2024
Nummer: 302
Auflage: 145.460 (gedruckt) [1] 179.554 (verkauft) [1] 182.763 (verbreitet) [1]
Reichweite: 0,852 (in Mio.) [2]

Wirtschaftsverbände blicken pessimistisch auf 2025

Verbandsumfrage: Lage schlecht wie selten zuvor / Nur vier Verbände sind optimistisch

mas. Berlin. Zu Silvester ist es die Frage aller Fragen: Wie wird das neue Jahr?

Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) befragt traditionell zum Jahresausklang die Verbände nach der Situation und den Erwartungen.

Kurzgefasst lautet das aktuelle Ergebnis: Lage schlecht wie selten, Aussichten besser. Die Aufhellung wird aber im Wesentlichen auf die zuvor ungewöhnlich üble Lage zurückgeführt.

Aktuell bewerten 31 der 49 teilnehmenden Verbände die Lage in ihrem Wirtschaftsbereich schlechter als vor einem Jahr, obwohl sie schon damals als schlecht galt. „Nur vier Verbände sprechen von einer Besserung binnen Jahresfrist. Der Saldo aus positiven und negativen Lagebewertungen ist weiter ins Negative abgedriftet“, heißt es in dem Report. Unter den wenigen Branchen mit einer besseren Lage findet keine aus der im Industrie. Auch bei den Dienstleistungen gebe es viele Bereiche, in denen sich die Geschäfte verschlechtert hätten.

Doch die Aussichten hellen sich offenkundig auf. „Der Anteil der pessimistisch gestimmten Verbände ist zuletzt wieder deutlich unter die 50-Prozent-Schwelle gesunken. Gleichzeitig hat der Anteil der zuversichtlichen Verbände zugenommen“, schreibt Michael Grömling, der beim IW den Cluster Makroökonomie und Konjunktur leitet. Gleichwohl erwarten 20 Verbände eine rückläufige Produktion. 13 Verbände gehen in ihrem Segment von einer gleichbleibenden Wirtschaftsleistung aus. Die Zahl der Optimisten stieg auf 16 Verbände.

Positive Ausblicke gibt es in der Energie- und Wasserwirtschaft, der Entsorgungswirtschaft und der Landwirtschaft. „In der Industrie hat vor allem die Pharmaindustrie wesentlich höhere Produktionszahlen vor Augen als in diesem Jahr, das insgesamt von einem Rückgang geprägt war“, heißt es. Auch die Eisen- und Stahlindustrie blicke mit mehr Zuversicht auf das Jahr 2025. Als insgesamt positiv werden die Erwartungen der Papierfabriken, der Automobilindustrie, der Elektroindustrie sowie der Gummiverarbeitung beschrieben. „Hier müssen gleichwohl immer auch die zum Teil starken

Rückgänge in den letzten Jahren relativierend angeführt werden“, gibt Grömling zu bedenken. Das aktuelle Erwartungsbild vergleicht der Ökonom mit 2002, als sich Deutschland ebenfalls in einer Strukturkrise befand.

Der Saldo aus positiven und negativen Bewertungen ist weiterhin negativ, was seit der Wiedervereinigung nur in sieben Jahren der Fall war. Aber im Vergleich mit den beiden vorhergehenden Verbandsumfragen ist der negative Saldo deutlich zurückgegangen. Grömling sieht in dem Ergebnis der jüngsten Befragung keinen Beleg für eine nennenswerte konjunkturelle Wende im kommenden Jahr. „Es lässt sich vielmehr daraus ableiten, dass die deutsche Wirtschaft auch im Jahr 2025 nicht von der Stelle kommt.“

Die staatliche Förderbank KfW kann ebenfalls keine Aufhellung der Stimmung im Mittelstand erkennen. Vor allem dürften die vielen Nachrichten von Stellenstreichungen in deutschen Konzernen die Stimmung belastet haben, heißt es im jüngsten KfW-Ifo-Mittelstandsbarometer. Die negativen Erwartungen in praktisch allen Branchen belasteten wiederum die Beschäftigungsabsichten der Unternehmen und die Investitionspläne.

Der Groß- und Außenhandel dringt auf bessere Rahmenbedingungen. „Wir stehen in Deutschland dicht am Abgrund. Wir haben eine anhaltende Rezession, eine marode Infrastruktur, internationale Krisen und dazu eine Wirtschaftspolitik, die auf staatliche Subventionen statt auf unternehmerische Freiheit setzt“, sagte Verbandspräsident Dirk Jandura. Er setzt nach eigenem Bekunden auf den dringend benötigten Neustart. „Die momentane Situation im Mittelstand ist die schlimmste, die ich in meiner Zeit als Unternehmer je erlebt habe“, betonte er. „Wenn die Politik das Ruder nicht herumreißt, droht ein weiterer Anstieg der ohnehin bereits auf hohem Niveau befindlichen Insolvenzen.“ Die Stärkung des Standorts müsse oberstes Ziel sein. Konkret forderte er eine Reform der Unternehmensbesteuerung, Investitionen in die Infrastruktur, die Modernisierung der Verwaltung und Maßnahmen gegen die steigenden Sozialversicherungsbeiträge.

Wörter: 565

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Merkur.de (Münchner Merkur) vom 28.12.2024 05:08

Autor/-in: Richard Strobl [https://www.merkur.de/autoren/5280/]
Mediengattung: Online News
Visits (VpD): 10,12 (in Mio.) [1]
Unique Users (UUpD): 3,93 (in Mio.) [2]
Weblink: https://www.merkur.de/wirtschaft/deindustrialisierung-und-fataler-sogeffekt-drohen-bankrott-erklaerung-fuer-den-wirtschaftsstandort-zr-93486616.html

[1] von PMG gewichtet 10-2024
[2] gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Deindustrialisierung und fataler Sogeffekt drohen: „Bankrott-Erklärung für den Wirtschaftsstandort“

Deutschland droht die Abwanderung etlicher Firmen. Schuld sind laut Wirtschaft politische Rahmenbedingungen. Es gibt klare Hausaufgaben vor den Neuwahlen.

München – Deutschland steckt in einer wirtschaftlichen Krise. Auch an den ökonomischen Problemen und den divergierenden Lösungsideen von SPD, Grünen und FDP ist die Ampel-Koalition gescheitert. Und während alle Parteien vor den Neuwahlen für ihre Ideen werben, ziehen in der Wirtschaft offenbar viele jetzt schon ihre Schlüsse – und packen die Koffer.

„Die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland hat schon begonnen“, gab jetzt der Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), Dirk Jandura, gegenüber Reuters zu Protokoll. „Die Großunternehmen verlagern, der Mittelstand leidet oder macht dicht. Das ist eine Bankrott-Erklärung für den Wirtschaftsstandort Deutschland“, so das harte Fazit von Jandura.

„Bankrott-Erklärung“ für deutsche Wirtschaft: Unternehmen vor Abwanderung

Die Gründe für die Entwicklung sind seiner Ansicht nach struktureller Natur und die Entwicklung deshalb auch absehbar. Abwandern würden vor allem die energieintensiven Branchen, wie Maschinenbau, Chemie oder Metall. Für diese Industrien seien die „Kosten hier einfach zu hoch“, so Jandura.

Doch nicht nur die großen Unternehmen sitzen auf gepackten Koffern. Auch Familienunternehmer befürchten den Abgang von vielen Betrieben. „Wenn nach der Bundestagswahl nicht sofort die Wirtschaftswende eingeleitet wird, werden die Unternehmen verstärkt ins Ausland abwandern“, sagte Verbandspräsidentin Marie-Christine Ostermann. Neben energieintensiven Branchen sei auch das verarbeitende Gewerbe am stärksten gefährdet. Sie nennt neben den hohen Kosten auch die regulatorischen Hürden, mit denen viele Unternehmen kämpfen würden. Dann droht ein Sogeffekt: Durch den Verlust von Arbeitsplätzen und von Einkommen werden alle Branchen heruntergezogen, die vom Konsum abhängen.

Auch die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) spricht von einer strukturellen Krise und zeigt mit dem Finger auf die gleichen Probleme - vielmehr Rahmenbedingungen, durch die Deutschland als Wirtschaftsstandort nicht mehr wettbewerbsfähig sei. „Die Unternehmen hierzulande müssen in den letzten Jahren viele neue Belastungen und zu viele staatliche Eingriffe verkraften“, sagte DIHK-Präsident Peter Adrian.

„Vertrauen auf Tiefpunkt“: Deutsche Wirtschaft ruft nach Hilfe - Rahmenbedingungen fatal

„Ihr Vertrauen in den Standort ist daher auf einem Tiefpunkt.“ Das zeige sich gerade bei den Investitionen, die in diesem Jahr etwa sechs Prozentpunkte unter dem Vor-Corona-Niveau lägen. „Und die Tendenz ist weiter fallend“, betont BGA-Präsident Jandura. Unter Bezug auf eine DIHK-Umfrage fügte er hinzu: „Ein Drittel der Unternehmen plant, seine Investitionen zu reduzieren. Das sind keine guten Aussichten für zukünftiges Wachstum.“ Denn fast 90 Prozent der Investitionen erbringe in Deutschland die Privatwirtschaft.

„Wir müssen aufpassen, dass Deutschland sich nicht weiter nach hinten durchreicht“, sagte DIHK-Chef Adrian. „Beim Wachstum sind wir Schlusslicht in Europa.“ Für 2025 rechnet die DIHK mit Null-Wachstum. „Das wäre das dritte Jahr in Folge ohne realen Zuwachs unseres Bruttoinlandsproduktes – eine in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einmalige wirtschaftliche Durststrecke“, sagte der DIHK-Präsident. Mit den richtigen Entscheidungen und einer Zeitenwende in der Wirtschaftspolitik bestünden aber die Chance, auf einen guten Wachstumspfad zu kommen.

Deutschlands Wirtschaft am Boden: Drei Hausaufgaben für die Politik im Fokus

Der Digitalverband Bitkom fordert dafür ein Umsteuern durch die Politik. „Um Unternehmen zu halten und Investitionen anzuregen, braucht es gezielte politische Maßnahmen“, sagte Bitkom-Präsident Ralf Wintergerst. Dazu zählten der **Abbau von Bürokratie** und die Digitalisierung der Verwaltungen inklusive der Schaffung digitaler Identitäten für juristische Personen. „Auch brauchen wir Maßnahmen gegen den IT-Fachkräftemangel und einen Abbau der überbordenden Regulierungen.“ Die im internationalen Vergleich **sehr hohen Energiepreise** schreckten insbesondere energieintensive Unternehmen wie beispielsweise Rechenzentren ab. „Dabei brauchen wir sie dringend für eine verlässliche und sichere digitale Infrastruktur“, sagte Wintergerst. „Alles in allem brauchen wir einen digitalpolitischen Boost.“

Der BGA sieht Wettbewerbsnachteile durch hohe **Energiepreise**, **Unternehmenssteuersätze** und **Arbeitskosten**. „Und zugleich müssen Sie als Lkw-Fahrer ein mulmiges Gefühl haben, wenn

Sie eine deutsche Brücke überfahren“, sagte BGA-Präsident Jandura. „Unsere Infrastruktur ist nicht für morgen, sondern von gestern.“ (reuters/rjs)

Abbildung:	Deutschlands Wirtschaft steckt in der Krise. (Collage aus Symbolbildern)
Fotograf/-in:	© dpa/Federico Gambarini//dpa/Hendrik Schmidt
Wörter:	594

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

lebensmittelzeitung.net vom 27.12.2024

Lebensmittel Zeitung

Seite: online
Ressort: Industrie

Visits (VpD): 0,039 (in Mio.) [1]
Unique Users (UUpD): 0,017 (in Mio.) [2]

Mediengattung: Online News

[1] von PMG gewichtet 10-2024

[2] gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Konjunktur: Wirtschaftsverbände blicken skeptisch auf 2025

Hohe Kosten für Energie, Arbeit und Material sowie Bürokratie belasten die Unternehmen. Auch für die kommenden zwölf Monate erwarten viele Branchenverbände keine Besserung, wie aus einer Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft hervorgeht.

In vielen Wirtschaftsbereichen ist die Stimmung derzeit schlecht, und auch für das neue Jahr sieht es nicht besser aus. Das geht aus einer Befragung unter Branchenverbänden hervor, die das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) regelmäßig zum Jahreswechsel durchführt. Den jüngsten Ergebnissen zufolge beschreiben 31 von 49 Wirtschaftsverbänden die aktuelle Lage schlechter als noch vor einem Jahr, wie es heißt.

"Die Gründe sind vielfältig: Hohe Kosten für Energie, Arbeit, Material und überbordende Bürokratie belasten die Unternehmen und sorgen dafür, dass sie im internationalen Vergleich kaum noch mithalten können", teilen die Ökonomen mit. Die unsichere Weltlage hemme Exporte, das politische Chaos im eigenen Land die Investitionen und wer nicht wisse, wohin die Politik die nächsten Jahre steuert, investiere seltener in neue Maschinen, Technologien oder Fahrzeuge.

Schlechte Stimmung wirkt sich auf den Arbeitsmarkt aus Auf das neue Jahr blicken die befragten Verbände überwiegend skeptisch bis pessimistisch. 20 von 49 befragten Branchenvertretern rechneten mit einer geringeren Produktion, nur 16 mit einem Anstieg. Die schlechte Stimmung dürfte sich vor allem auf den Arbeitsmarkt auswirken, wie es heißt: 25 Verbände erwarten laut dem IW in ihren Branchen für das kommende Jahr einen Stellenabbau, nur sieben Branchenverbände rechnen mit mehr Beschäftigten.

"Die deutsche Wirtschaft kommt auch 2025 nicht von Stelle", sagt IW-Direktor Michael Hüther. Besonders besorgniserregend sei die Vielzahl der Probleme, mit der die Unternehmen konfrontiert sind. Frühere Krisen hätten oft direkte Auslöser gehabt, seien weniger raumgreifend und dadurch einfacher zu bewältigen gewesen jetzt sei die Lage im Inland wie im Ausland ungewiss. "Die kommende Bundesregierung muss wieder eine nachhaltige wirtschaftliche Perspektive schaffen. Nur so finden wir wieder den Anschluss an Wettbewerber."

BGA fordert "dringend benötigten Neustart" Ähnlich äußert sich zum Jahresende auch der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA). "Wir stehen in Deutschland dicht am Abgrund. Wir haben eine anhaltende Rezession, eine marode Infrastruktur, internationale Krisen und dazu eine Wirtschaftspolitik, die auf staatliche Subventionen statt auf unternehmerische Freiheit setzt. Ich erhoffe mir vom neuen Jahr und einer neuen Regierung den dringend benötigten Neustart", lässt sich BGA-Präsident Dirk Jandura zitieren. Die momentane Situation im Mittelstand sei die schlimmste, die er in seiner Zeit als Unternehmer je erlebt habe, so Jandura weiter. "Wenn die Politik das Ruder nicht herumreißt, droht ein weiterer Anstieg der ohnehin bereits auf hohem Niveau befindlichen Insolvenzen." Als Ansatzpunkte nennt er eine Unternehmenssteuerreform, die Modernisierung der Infrastruktur und der Verwaltung sowie eine Stärkung des Arbeitsmarktes. (ruh)

Wörter: 421

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Stuttgarter Zeitung Stadtausgabe vom 17.12.2024

STUTTGARTER ZEITUNG

Autor/-in: AFP
Seite: 9
Ressort: WIRT

Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung

Verbände fordern Wirtschaftswahl

Wirtschaftsorganisationen fordern Steuer- und Abgabesenkungen und einen Abbau der Bürokratie.

Berlin Während Kanzler Olaf Scholz (SPD) in Berlin die Vertrauensfrage stellt und damit den Weg für Neuwahlen im Februar freimacht, haben mehrere Verbände in Deutschland einen auf die Wirtschaft ausgelegten Wahlkampf gefordert. „Die Bundestagswahl muss eine Wirtschaftswahl werden, wir brauchen eine Wirtschaftswende – jetzt“, erklärte der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) stellvertretend für die 19 Wirtschaftsorganisationen. Auch eine Demo vor dem Reichstagsgebäude fand statt.

Die Verbände verlangten Konzepte von den Parteien, „die Deutschland wieder zum Aufschwung-Land und attraktiven Investitionsstandort machen“. Zentrales Thema der Wahl müsse die Rettung der Wirtschaft durch bessere Rahmenbedingungen sein. Den Appell unterzeichneten unter anderem der Verband der Familienunternehmer, der Einzelhandelsverband HDE und der Arbeitgeberverband Gesamtmetall.

„Bevor Wirtschaftsverbände gemeinsam demonstrieren, muss viel passieren", erklärte Thorsten Alsleben, Geschäftsführer der wirtschaftsnahen Denkfabrik Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), die ebenfalls zu den Unterzeichnenden gehörte. Alsleben wertete den Zusammenschluss als „Alarmsignal, wie schlecht es um die Wirtschaft steht und wie sehr die bisherige Wirtschaftspolitik versagt hat“.

Die Verbände forderten Steuer- und Abgabesenkungen, einen Abbau der Bürokratie und eine „Flexibilisierung des Arbeitsrechts“.

Am Montagnachmittag steht die Abstimmung zur Vertrauensfrage im Bundestag an. Damit will der Kanzler nach dem Bruch der Ampel-Koalition den Weg für Neuwahlen am 23. Februar freimachen. AFP

Wörter: 208

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.12.2024

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Autor/-in: dpa.
Seite: 22 bis 22
Rubrik: Wirtschaft

Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung

Jahrgang: 2024
Nummer: 292
Auflage: 145.460 (gedruckt) [1] 179.554 (verkauft) [1] 182.763 (verbreitet) [1]
Reichweite: 0,852 (in Mio.) [2]

[1] IVW 3/2024
[2] AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Exporte sinken deutlich

dpa.

WIESBADEN. Im Oktober haben die deutschen Exportunternehmen deutlich weniger Waren ins Ausland geliefert. Die Exporte schrumpften um 2,8 Prozent zum September auf 124,6 Milliarden Euro, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte. Das war der stärkste Rückgang im laufenden Jahr. Zum Vorjahresmonat gingen die Ausfuhren ebenfalls um 2,8 Prozent zurück. Dabei brachen die Exporte in die USA, den größten Zielmarkt für deutsche Ausfuhren, im Monatsvergleich um gut 14 Prozent auf 12,2 Milliarden Euro ein. Die Ausfuhren nach China gingen zugleich um 3,8 Prozent zurück. Im Handel mit EU-Staaten sanken die Exporte um 0,7 Prozent. Der Branchenverband BGA zeigt sich alarmiert. „Unsere Exporte sind nicht wettbewerbsfähig, und für Importe fehlt die Nachfrage. Wir haben in Deutschland eine echte Krise. Und zwar nicht vorübergehend, sondern strukturell“, sagte Verbandspräsident Dirk Jandura. Wenn nicht schnell gegengesteuert werde, drohten Wohlfahrtsverluste und Arbeitsplatzabbau. Jandura verlangte eine Modernisierung des Zolls sowie das weitere Vorantreiben des Mercosur-Abkommens mit Südamerika. Nach zehn Monaten im laufenden Jahr steht der deutsche Außenhandel damit bei Gesamtexporten von 1,3 Billionen Euro, was einem Rückgang um 1,2 Prozent zum Vorjahreszeitraum entspricht. Die Importe schrumpften in dieser Zeitspanne um 3,6 Prozent auf 1,1 Billionen Euro. Im Oktober sanken die Einfuhren im Vergleich zum September um 0,1 Prozent. Unter dem Strich blieb ein Überschuss in der Außenhandelsbilanz von 13,4 Milliarden Euro.

DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier glaubt nicht mehr an ein schnelles Anspringen des Exportmotors. Die deutsche Industrie stecke in einer handfesten Strukturkrise und habe international an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Treier sagt: „In diesem Jahr wird es kein Exportwachstum geben. Für das kommende Jahr ist allenfalls mit einer Stagnation zu rechnen.“ Die Bundesbank rechnet erst im Verlauf des kommenden Jahres mit einer leichten Erholung der Exportindustrie. Ebenso geht die Zentralbank davon aus, dass die Wirtschaftsleistung 2025 nur um 0,2 Prozent wachsen wird. „Etwas stärker“ wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2026 zulegen – um 0,8 Prozent. Trotz schwacher Konjunktur könnte die Inflation auf 2,4 Prozent im nächsten Jahr sinken.

Wörter: 336

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Berliner Zeitung vom 29.11.2024

Berliner Zeitung

Autor/-in: Lukas Kuite
Seite: 15 bis 15
Ressort: Wirtschaft
Rubrik: WIRTSCHAFT
Mediengattung: Tageszeitung
[1] IVW 1/2021
[2] AGMA ma 2021 Tageszeitungen

Jahrgang: 2024
Nummer: 0
Auflage: 57.334 (gedruckt) [1] 81.613 (verkauft) [1] 82.579 (verbreitet) [1]
Reichweite: 0,278 (in Mio.) [2]

Balsam für die Export-Seele

Mercosur: Die deutsche Wirtschaft hofft auf das Freihandelsabkommen mit Südamerika

Mercosur: Die deutsche Wirtschaft hofft auf das Freihandelsabkommen mit Südamerika

Die deutsche Exportwirtschaft steht unter enormem Druck. Hohe Energiepreise, Fachkräftemangel und kostspielige Nachhaltigkeitsauflagen der EU machen dem auswärtigen Warenhandel zu schaffen. Exporte im Wert von 1,5 Billionen Euro werden jedes Jahr in die Welt verkauft. Doch die Zahl war schon höher. Firmen zahlen an den Außengrenzen Chinas und der USA immer höhere Zölle. Diese Entwicklung wird sich durch die rigorose Handelspolitik von Donald Trump („America First“) vermutlich nicht abschwächen, so sagen Experten.

Als umso unverzichtbarer sieht die EU-Kommission ein Freihandelsabkommen mit Südamerika. Die Mercosur-Gruppe, bestehend aus Argentinien, Bolivien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, wäre sofort dabei. Doch Frankreich, Österreich und Polen stellen sich quer. Das schicksalhafte Abkommen, an dessen Ausarbeitung zwei Jahrzehnte lang gearbeitet wurde, steht vor einem Treffen der Südamerika-Länder in der kommenden Woche an einem wichtigen Wendepunkt. Dabei geht es um Fleisch.

Der französische Präsident Emmanuel Macron, größter Gegner des Abkommens, hält seine Landwirte für ungerecht behandelt, weil sie geringere CO2-Ausstöße vorweisen müssten als die südamerikanischen Bauern. Der französische Einzelhändler Carrefour stellte vergangene Woche sogar den Fleischverkauf aus Mercosur ein. Die Produkte würden „nicht den französischen Standards entsprechen“, hieß es vom Vorstandsvorsitzenden.

Polnische Händler in Angst

Dieser Schritt führte dazu, dass große brasilianische Fleischverpacker den Verkauf an die über 1000 Geschäfte des Unternehmens in Brasilien vorübergehend einstellten – eine Maßnahme, die vom Landwirtschaftsminister öffentlich unterstützt wurde. Auch Polen, Europas größter Geflügelhändler, hat Angst. Ministerpräsident Donald Tusk sagte am Dienstag, dass er die Mercosur-Verträge „in ihrer jetzigen Form“ nicht akzeptieren könne. Österreich ist ebenfalls gegen den Pakt, während die Niederlande eine skeptische Haltung einnehmen.

Doch die Allianz muss ein großes Land wie Italien gewinnen, um im Falle eines Vertragsabschlusses erfolgreich gegen das Abkommen stimmen zu können. „Das Signal Polens und Frankreichs ist bedauerlich. Denn Europa braucht Abkommen, um nicht erneut den Fehler zu machen, einseitige Handelsmaßnahmen zu erheben“, sagt Rolf Langhammer, Handelsforscher am Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW), der Berliner Zeitung auf Anfrage. Berlin pocht indessen auf eine Einigung. Auch die deutsche Wirtschaft macht Druck.

Dirk Jandura, Präsident des Bundesverbandes des Groß- und Außenhandels (BGA), warnt vor Fehlern aus der Vergangenheit: „Wir sehen angesichts der Drohungen der künftigen US-amerikanischen Regierung, welch ein historischer Fehler es war, das Transatlantische Freihandelsabkommen scheitern zu lassen. So etwas darf uns nicht noch einmal passieren.“ In Deutschland herrscht Angst. Die EU-Mercosur-Allianz würde einen Markt schaffen, der 780 Millionen Menschen umfasst. Der bilaterale Handel könnte laut Experten um bis zu 30 Prozent wachsen – Balsam für die deutsche Exportseele in der Krise.

„Mit weit über 200 Milliarden Euro ist Mercosur ein wichtiger Markt für chemisch-pharmazeutische Produkte“, sagt Wolfgang Große Entrup, Hauptgeschäftsführer des Verbands der chemischen Industrie (VCI) auf Anfrage. Zulieferer aller wichtigen Industriebranchen, ob Auto, Bau oder auch Landwirtschaft, würden profitieren. Beim Import liege das besondere Augenmerk auf Rohstoffen (Lithium, Kupfer, Silber und Zink).

Für die kriselnde deutsche Automobilindustrie wäre Mercosur ebenfalls eine Chance. Hohe Zölle auf Kfz-Teile (16 Prozent) und Fahrzeuge (35 Prozent) würden wegfallen. „Hier gibt es also noch deutliches Potenzial, diese Exporte zu steigern“, sagt der Verband der Automobilindustrie (VDA) auf Anfrage. Gerade einmal 20.000 Pkw haben deutsche Hersteller nach Brasilien und Argentinien exportiert. Mehr baut man vor Ort; Deutschland könnte viel Geld in Südamerika machen. „Der Mercosur-Markt ist stark an europäischen Maschinen und Fahrzeugen interessiert, da lokale Produktionskapazitäten oft nicht ausreichen, um die Nachfrage nach Hightech-Produkten zu decken“, sagt BGA-Präsident Jandura.

Auch Schokolade, Zuckerwaren und Feine Backwaren würden vom zollfreien Zugang profitieren. Beispiele für hohe Zölle in diesem Bereich: Olivenöl und Malz (10-14 Prozent), Wein, Spirituosen und Pralinen (20-35 Prozent) sowie Pfirsichkonserven (55 Prozent). Der Bundesverband der deutschen Süßwarenindustrie kritisiert, dass die EU nicht so viel Zucker importieren will. Zollfrei würden ohnehin nur Importe von Rohrzucker sein, Zucker, der nicht direkt der Süßwarenindustrie angeboten werden kann.

Kritiker des Abkommens befürchten zudem eine Zunahme von Umweltschäden oder die Verdrängung von heimischen Produkten durch umweltschädlich erzeugte. Umweltschutzverbände bemängeln, dass unter anderem deut-

sche Chemiekonzerne wie Bayer oder BASF im Falle eines Abkommens verstärkt Pestizide in die Mercosur-Staaten exportieren würden. Diese würden in Südamerika weiterverarbeitet und auf Umwegen wieder in die deutschen Supermärkte gelangen – eine Verletzung des Lieferkettengesetzes. Handelt die EU wieder zu kleinteilig? Der Direktor des IfW-Forschungszentrums „Internationaler Handel und Investitionen“ Holger Görg findet, dass diese Bedenken nicht unbedingt in dem Abkommen geklärt werden müssten.

Rolf Langhammer, ebenfalls Forscher am IfW, findet, dass Brüssel seine Vorstellungen von „nachhaltig und fair“ anderen Ländern zu einseitig aufoktroyieren würde. „Wer mit Europa verhandelt, bekommt einen Vortrag, wie zum Beispiel mit der Entwaldungsverordnung. Wer mit China verhandelt, bekommt einen Hafen“, sagt der ehemalige Vizepräsident des IfW. China baut im peruanischen Chancay einen großen Containerhafen. Dadurch sollen sich die Frachtzeiten von China an Lateinamerikas Westküste halbieren. Peking sei schon dabei, die gesamten Handelsrouten zu erschließen, so Langhammer.

Vorsichtig optimistisch

„Wenn die Anschlussprojekte für eine Eisenbahnstrecke, Tunnel und Straßen in Richtung Brasilien abgeschlossen sind, wird sich der gesamte lateinamerikanische Handel mit Asien weg vom Atlantik und der Route durch den USnäheren Panamakanal direkt zum Pazifik verschieben.“ Wenn Frankreich, Polen, Österreich und Italien gegen Mercosur seien, dann würden das auch die Autokratien der Welt sehen und für sich nutzen. „Die sagen dann, wir haben es mit einer gespaltenen EU zu tun, wieso sollen die ihr dann noch entgegenkommen? Dann gehen wir eben nach Brasilien und bezollen Brüssel.“

BGA-Präsident Jandura bleibt trotz der Gegenwehr vorsichtig optimistisch. „Wir sehen auf europäischer Ebene oft den Versuch, die eigene Stimme teuer zu verkaufen, um in anderen Bereichen für wichtige Wählergruppen von der EU Zusagen zu erhalten.“ Die Argumente für das Mercosur-Abkommen liegen auch bei den Nachbarländern in Summen beziffert auf dem Tisch. „Ich gehe davon aus, dass hier bis zum Gipfel in der nächsten Woche die Vernunft siegt.“ Für Deutschland wäre es sicher gut.

Wörter: 956
Urheberinformation: BLZ

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Westdeutsche Allgemeine WAZ Essen vom 28.11.2024

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE WAZ

Autor/-in: Dirk Hautkapp
Seite: 4
Ressort: Politik
Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung
[1] von PMG gewichtet 10/2024
[2] von PMG gewichtet 7/2024

Jahrgang: 2024
Nummer: 277
Auflage: 19.800 (gedruckt) [1] 21.587 (verkauft) [1] 21.871 (verbreitet) [1]
Reichweite: 0,121 (in Mio.) [2]

Die Angst der Autobauer vor Trumps Strafzöllen

VW und Co. befürchten, ins Visier des künftigen US-Präsidenten zu geraten. Was das für die deutsche Wirtschaft bedeutet

Dirk Hautkapp

Washington Die Adressaten waren Mexiko, Kanada und China. Aber Donald Trumps Winken mit dem Strafzoll-Fallbeil auf sämtliche Importe sorgt auch in Berlin für Angst. Die auf Export angewiesene deutsche Wirtschaft, die jedes Jahr Waren im Wert von rund 160 Milliarden Euro in die USA liefert und dort mit Tausenden Betrieben eng in die Lieferketten eingebettet ist, schwächelt. Jeder Prozentpunkt zusätzlicher Zölle auf deutsche Produkte könnte nach Einschätzung von Experten in Washington hierzulande „eine Rezession begünstigen“.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) spricht von einem „lauten Weckruf“. Wirtschaftsminister Robert Habeck sagt, man müsse Trump „ernst nehmen“, das Gespräch suchen und mit der Europäischen Union eine „gemeinsame Antwort“ finden. Die Zeit drängt. In knapp sieben Wochen startet der Republikaner in seine zweite Amtszeit. Ist Deutschland für Trumps Protektionismus mit Ansage gerüstet? Tendenz: eher nein.

Der Schaden in Zahlen wäre beträchtlich. Würde Trump die Zölle auf China-Waren auf 60 Prozent und für den übrigen Teil der Welt auf 20 Prozent anheben, brächen die deutschen Exporte nach Amerika über alle Branchen hinweg um 15 Prozent ein (gleich: Verlust von 33 Milliarden Euro pro Jahr), kalkuliert das Ifo-Institut. Auf Trumps Amtszeit gerechnet wären das über 130 Milliarden Euro. Die Kollegen vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln ermitteln noch höhere Horrorzahlen: minus 127 Milliarden Euro über vier Jahre bei Strafzöllen von zehn Prozent und 180 Milliarden Dollar bei 20 Prozent.

Zum Hintergrund: Die Vereinigten Staaten sind der mit Abstand wichtigste Abnehmer deutscher Produkte. Zehn Prozent der hiesigen Exporte gehen in die USA. Bereits die angedrohten 25 Prozent für Waren aus Mexiko würden die deutsche Auto-Industrie, die dort wie VW teils seit 50 Jahren mit Werken und Zulieferern vertreten ist, laut Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) hart treffen. Deutsche Firmen beschäftigen in Mexiko 200.000 Mitarbeiter.

In Washington besteht noch Uneinigkeit darüber, ob Trump anders als 2016 bereits harte Fakten schaffen will – oder in seiner typischen Verhandlungstaktik einen Eröffnungsschachzug wagt, um zu sehen, was vor der Amtseinführung am 20. Januar geht.

Konkret: Trump verlangt im Sinne seiner „America First“-Wahlkampfversprechen von Mexiko, Kanada und China spürbares Entgegenkommen bei der Eindämmung der illegalen Einwanderung und dem Schmuggel von Fentanyl. US-Drogenfahnder weisen regelmäßig auf Chemikalienlieferungen aus China hin, die in Mexiko zu Opioiden verfeinert, von den Kartellen über die Grenze geschmuggelt und pro Jahr in den USA zu rund 75.000 Todesfälle führen. Werden Peking und Ottawa hier tätig, mutmaßen republikanische Kreise in Washington, „könnte es vorerst bei einer Androhung bleiben“. Was Deutschland angeht, wird erwartet, dass Trump höhere Verteidigungsausgaben für die Nato zum Testfall für wirtschaftliche Strafaktionen machen wird.

Für Trump ist die Europäische Union eine Art „Mini-China“

Zölle als Waffe einzusetzen, würde etliche Branchen in Deutschland massiv treffen. Rund ein Viertel aller deutschen Pharma-Exporte landete 2023 in Amerika. Der Maschinenbau exportiert 13 Prozent seiner Geräte in die Vereinigten Staaten. Bei Autos und Autoteilen sind es 12,5 Prozent. Die Produzenten von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen sowie optischen Erzeugnissen haben in den USA einen Exportanteil von rund zehn Prozent.

Nach einer Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft gibt es möglicherweise Ausreißer. Optische Linsen, Computerchips und Spezialelektronik, die sowohl in Deutschland als auch in China hergestellt werden, könnten durch hohe chinesische Zölle für US-Kunden so teuer werden, dass deutsche Firmen kostengünstiger anbieten können. Davon würden bekannte Namen wie Siemens oder Carl Zeiss profitieren. Ob dies Verluste an anderer Stelle ausgleichen kann, ist jedoch fraglich.

Denn noch nicht eingepreist ist die Tatsache, dass unter Trump ein noch härterer Anti-China-Kurs gefahren wird. Sein Kabinett ist voll von Strategen (Wirtschaftsminister Howard Lutnick, Außenminister Marco Rubio etc.), die Peking hart angehen wollen. Das zwinge Berlin schon bald dazu, „Farbe zu bekennen und sich auf eine Seite zu schlagen“, erklärte ein Vertreter der deutschen Wirtschaft in Washington. Nicht einfach angesichts von über 5000 deutschen Firmen, die in China aktiv sind. Es wird in Washington daran erinnert, dass Trump seine Abneigung gegenüber Deutschland im Wahlkampf nicht verborgen hat. Die EU mit Berlin als größter Volkswirtschaft sei eine Art „Mini-China“, das die USA nur ausnut-

zen wolle, hatte der Republikaner mehrfach gesagt.

Leise Hoffnungen setzt man in Berlin auf den neuen Finanzminister Scott Bessent. Der milliardenschwere Finanzinvestor ist pro Zölle, plädiert aber für eine behutsame Einführung.

Während Trump Zölle als Segen für die Staatskasse bezeichnet, aus der er Steuersenkungen für Unternehmen refinanzieren will, weisen US-Ökonomen reihenweise darauf hin, dass am Ende US-Firmen, die Produkte im Ausland ordern, diese Zölle bezahlen und weitergeben werden. „Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Verbraucher höhere Preise zahlen“, bestätigte bereits die größte US-Supermarktkette Walmart. Das renommierte Peterson-Institut in Washington hat errechnet, dass ein pauschaler 20-prozentiger Zollaufschlag US-Haushalte mittleren Einkommens mit 2600 Dollar im Jahr belasten würde.

Video zum Artikel:

Abbildung:	Vor allem Volkswagen könnte unter möglichen US-Strafzöllen leiden. Auch weil das Unternehmen seit rund 50 Jahren in Mexiko produziert. DPA
Fotograf/-in:	DPA Images / dpa
Abbildung:	Setzt Strafzölle als Waffe ein: Donald Trump, designierter US-Präsident. Triballeau AFP
Fotograf/-in:	AFP / ZRB, ZRB
Wörter:	791
Ort:	Washington

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

DVZ.de (Deutsche Verkehrs-Zeitung) vom 20.11.2024 00:00

Autor/-in: | von Frank Hütten **Visits (VpD):** 3.214
Mediengattung: Online News
Weblink: https://www.dvz.de/politik/detail/news/eu-staaten-wollen-anti-entwaldungsverordnung-nicht-aendern.html

EU-Staaten wollen Anti-Entwaldungsverordnung nicht ändern

D er EU-Ministerrat will nicht über die vom Europäischen Parlament gewünschten nachträglichen Änderungen an der Anti-Entwaldungsverordnung verhandeln. Bleibt das Parlament hart, dann wird die Anwendung auch nicht vom 31. Dezember 2024 um ein Jahr verschoben – was beide EU-Institutionen eigentlich wollen.

Die EU-Botschafter der Mitgliedsstaaten haben am Mittwoch ihre Position zur seit Juni 2023 geltenden Anti-Entwaldungsverordnung noch einmal bekräftigt: Sie unterstützen den Vorschlag der EU-Kommission, deren Anwendung wegen mangelnder Vorbereitungszeit für die Unternehmen vom 31. Dezember 2024 um ein Jahr zu verschieben (für kleine Unternehmen sogar um 18 Monate). Über die Änderungswünsche des Europäischen Parlaments an dem Gesetz will der Ministerrat aber nicht diskutieren. Einigen sich die beiden gesetzgebenden EU-Institutionen nicht rechtzeitig vor Jahresende, bleibt es dabei, dass die Regeln der Verordnung ab dem 31. Dezember 2024 angewendet werden müssen.

Unternehmen, die unter die Verordnung fallen, müssen sich künftig von ihren Lieferanten versichern lassen, dass zur Herstellung der Produkte nach 2020 kein Wald abgeholzt oder Urwald in Waldplantagen umgewandelt wurde. Dies muss durch einen Herkunftsnachweis mit Geodaten zur Anbaufläche dokumentiert werden. Zur Überwachung der Vorschriften drohen Importeuren und ihren Spediteuren verstärkte Kontrollen, wobei sich die Häufigkeit von Stichproben nach dem Risikograd der Erzeugerländer richtet. Betroffen sind Rinder, Kakao, Kaffee, Palmöl und einige Palmölderivate, Soja und Holz, Holzkohle, Kautschuk und Druckerzeugnisse, zudem Produkte, die die genannten Rohstoffe enthalten, oder Erzeugnisse, die aus ihnen hergestellt wurden, wie etwa Reifen, Leder, Schokolade und Möbel.

Parlament will eine „Null-Risiko-Kategorie“

Das Parlament will nachträglich eine neue Kategorie von Ländern mit „Null-Entwaldungsrisiko“ schaffen, für die dann erheblich weniger Nachweispflichten gelten sollen. 25 von 27 Staaten – darunter Deutschland – lehnen nach dpa-Informationen Verhandlungen über inhaltliche Änderungen aber ab. Eine reine Verschiebung der Vorschriften reiche jedoch nicht aus, moniert die CDU-Europaabgeordnete Christine Schneider, die im EP als Berichterstatterin federführend für das Gesetz zuständig ist. „Die strukturellen Probleme der Verordnung bleiben bestehen, insbesondere die bürokratischen Lasten und Dokumentationspflichten, die vor allem kleine und mittlere Unternehmen überfordern“, sagte sie am Mittwoch. Schneider kritisierte SPD und Grüne dafür, dass sie selbst Vereinfachungen an dem Gesetz gefordert hätten, im EU-Ministerrat jetzt aber einen Bürokratieabbau blockierten.

BGA fordert Priorität für Verschiebung der Anwendung

Die Verschiebung des Gesetzes müsse Priorität haben, auch wenn sein Verband Änderungen begrüßen würde, sagte Dirk Jandura, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA). „Ein ungeregelter Start ohne ausreichende Vorbereitung hätte schwerwiegende Folgen: Chaos in der Umsetzung und eine Überforderung der Unternehmen.“ Besonders das Benchmarkingsystem, das Länder in Risikokategorien einteile und damit den Umfang der Sorgfaltspflichten definiere, sowie das zentrale EU-IT-System seien derzeit nicht einsatzbereit, erklärte Jandura.

Abbildung: Die Anti-Entwaldungsverordnung der EU soll sicherstellen, dass für die Herstellung der erfassten Produkte kein Wald gerodet wird. Das Foto zeigt Regenwald neben einem Soja-Feld in Brasilien. (Foto: picture alliance/AP Photo | Leo Correa)

Wörter: 440

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Westdeutsche Allgemeine WAZ Bochum vom 12.11.2024

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE
Zeitung für Bochum
WAZ

Autor/-in: Beate Kranz
Seite: 7
Ressort: Wirtschaft

Mediengattung: Tageszeitung
[1] IVW 3/2024
[2] AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Jahrgang: 2024
Nummer: 263
Auflage: 24.408 (gedruckt) [1] 28.111 (verkauft) [1] 28.422 (verbreitet) [1]
Reichweite: 0,111 (in Mio.) [2]

US-Zölle schaden nicht allen

Trumps Vorhaben bedrohen deutsche Unternehmen, doch Verbraucher könnten sogar profitieren

Beate Kranz

Berlin Donald Trump hat es geschafft. Der Republikaner wird im nächsten Jahr zum zweiten Mal als Präsident ins Weiße Haus einziehen. Nicht nur die Politik, auch die Wirtschaft steht damit voraussichtlich vor einem Kurswechsel. Ökonomen erwarten einschneidende Veränderungen – auch für Deutschland. Trump gilt als Verfechter des Protektionismus. Sein Ziel ist es, die heimische Wirtschaft zu stärken, auch auf Kosten alter Handelspartner und des Freihandels. So kündigte er in seinem Wahlkampf an, Einfuhrzölle von 10 bis 20 Prozent auf Produkte der Europäischen Union einzuführen. Chinesischen Unternehmen drohen sogar Zölle von bis zu 60 Prozent. Gleichzeitig soll die Einkommensteuer in den USA abgeschafft werden und deren Ausfälle durch die Zolleinnahmen ersetzt werden, so Trumps Ideen.

Top-Ökonomen sehen die Pläne für Zollerhöhungen für die Exportnation Deutschland mit großer Sorge. Dies würde „die exportorientierte deutsche Wirtschaft hart treffen“, sagt der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther, unserer Redaktion. „Vor allem exportintensive Branchen wie der Maschinenbau, die Automobil- und die Pharmaindustrie wären stark betroffen, da sie überdurchschnittlich hohe Exportquoten in die USA aufweisen.“

Teurere Produkte ließen sich schwerer verkaufen, niedrigere Absätze seien die Folge. „Die Zölle erhöhen die Kosten für importierte Produkte in den USA, wodurch deren Wettbewerbsfähigkeit gegenüber heimischen Erzeugnissen sinkt“, sagt Hüther. „Die ohnehin schwache deutsche Wirtschaft würde darunter erheblich leiden.“ Der Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), Dirk Jandura, fürchtet darüber hinaus Gegenreaktionen der EU: „Unter einem Handelskrieg mit gegenseitigen Handelsbarrieren würden beide Seiten leiden. Da gibt es keine Gewinner.“

Auch der Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Sebastian Dullien, ist überzeugt: „Zölle in einer solchen Höhe würden die Gewinnmargen deutscher Unternehmen deutlich belasten. In einigen Fällen dürften deutsche Exporte damit in den USA nicht mehr wettbewerbsfähig sein.“

Aktuell sind die USA für Deutschland ein wichtiger Handelspartner. Etwa zehn Prozent der deutschen Exporte gehen im Wert von rund 158 Milliarden Euro in die Vereinigten Staaten: insbesondere Pharmaprodukte, Maschinen, Autos, Kfz-Teile sowie Datenverarbeitungsgeräte und chemische Erzeugnisse. Bei Importen stehen die USA auf Platz 3 mit 94,7 Milliarden Euro – nach China und den Niederlanden. Für deutsche Firmen wird es aus Sicht von Dullien nicht leicht, neue Absatzmärkte als Ersatz für wegbrechende US-Exporte zu finden. So versuche China bereits, von Importen in den deutschen Schlüsselbranchen wie Automobil, Maschinenbau und Chemie unabhängiger zu werden. „Afrika oder Lateinamerika sind als Märkte nicht groß genug als Alternative“, meint der Volkswirt.

Eine Möglichkeit, um gegenzusteuern, wäre, den EU-Binnenmarkt zu stärken, etwa durch eine schnelle Umsetzung eines kreditfinanzierten öffentlichen Investitionsprogramms, schlägt Dullien vor: „Das hätte das Potenzial, den Zollschock zu einem beträchtlichen Teil abzufedern.“

Die Groß- und Außenhändler diversifizieren bereits seit mehreren Jahren ihre Lieferketten, um resilienter zu werden, sagt Jandura. Der BGA-Chef mahnt deshalb den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen an, wie Mercosur, um verlässlich planen und handeln zu können. Auch der Ausbau der eigenen wirtschaftlichen Stärke auf europäischer Ebene sei wichtig. Grundsätzlich hofft der BGA-Verbandspräsident auf weiter gute transatlantische Beziehungen: „Trotzdem müssen wir uns in Deutschland und Europa warm anziehen, der Gegenwind aus den USA wird schärfer wehen.“

Wachstum in Deutschlandwird geringer ausfallen

Der IW-Präsident erwartet unterdessen auch Auswirkungen auf die Konjunktur: „Eine Zollerhöhung von zehn Prozent auf alle Einfuhren und ein 60-prozentiger Zoll auf chinesische Einfuhren würde das BIP in Deutschland nächstes Jahr um ca. 0,3 Prozent und die Jahre danach um bis zu 1,2 Prozent reduzieren“, prognostiziert Hüther. Hinzu komme: Die Zollpolitik Trumps könnte auch die Bereitschaft deutscher Unternehmen, Betriebsstätten in die USA zu verlegen, weiter anheizen. In den Vereinigten Staaten locken neben Steuerbegünstigungen durch das milliardenschwere Investitionsprogramm IRA (Inflation Reduction Act) auch der Vorteil, durch eine Produktion in den USA Zölle zu vermeiden, so Hüther.

Für die Inflation geben die Ökonomen Entwarnung: „Es ist nicht zu erwarten, dass sich das Preisniveau stark erhöht, solange die Energiepreise stabil bleiben“, meint Hüther. „Werden die angedrohten Zollerhöhungen umgesetzt,

zeigen unsere Simulationen, dass die Inflation leicht sinken könnte. Dies wäre auf die geringere Nachfrage infolge des wirtschaftlichen Abschwungs und auf die Unterauslastung der Produktion aufgrund rückläufiger Exporte zurückzuführen.“

Auch Dullien rechnet durch die US-Zölle eher mit sinkenden Preisen in Deutschland. „Produkte, die – etwa aus China – wegen höherer Zölle nicht mehr in den USA verkauft würden, könnten auf den europäischen Markt strömen. Das würde die Preise in Europa eher drücken.“ Der IMK-Direktor glaubt deshalb: „Die US-Zölle sind schlecht für Unternehmen und Jobs in Deutschland, aber nicht für die Verbraucherinnen und Verbraucher beim Einkauf.“

Video zum Artikel:

Abbildung:	Deutschlands Exportwirtschaft würde unter Strafzöllen in den USA stark leiden. IMAGO stock IMAGO/diebildwerft
Fotograf/-in:	IMAGO/diebildwerft / ZRB, ZRB
Wörter:	746
Ort:	Berlin

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Mannheimer Morgen Stadtausgabe vom 08.11.2024

MANNHEIMER MORGEN

Autor/-in: [dpa]
Seite: 6 bis 6
Ressort: Wirtschaft
Rubrik: Mannheimer Morgen
[1] von PMG gewichtet 10/2024
[2] von PMG gewichtet 7/2024

Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 27.809 (gedruckt) [1] 34.083 (verkauft) [1] 34.419 (verbreitet) [1]
Reichweite: 0,138 (in Mio.) [2]

„Müssen Ruder herumreißen“

Ampel-Aus: Die Wirtschaft verlangt von einer neuen Bundesregierung ein grundlegendes Umsteuern

Von Sabine Rößing

Frankfurt. Das politische Berlin bebt, doch die Schockwellen an der Frankfurter Börse halten sich vorerst in Grenzen. Der Finanzplatz reagierte am Donnerstag auf das brachiale Ende der Ampel-Koalition eher gelassen. Der wichtigste deutsche Aktienindex Dax sowie der MDax legten bis zum späten Nachmittag zu. Am Tag zuvor hatte der Dax den Handelstag wegen des US-Wahlausgangs noch im Minus beendet. Der Euro handelte gegen den US-Dollar am Donnerstag etwas fester.

Am deutschen Aktienmarkt erkennen die Analysten eher eine gewisse Erleichterung: „Die Marktteilnehmer setzen offenbar darauf, dass eine künftige Regierung geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreift“, sagt der Chefvolkswirt der DZ-Bank, Michael Holstein.

Der Bruch der Regierungskoalition habe sich schon eine ganze Weile abgezeichnet, erklärt Florian Heider, Wissenschaftlicher Direktor am Leibniz-Institut für Finanzmarktforschung SAFE. Deshalb hätten die Märkte die Entwicklung bereits weitgehend eingepreist. Darüber hinaus seien die Probleme der deutschen Wirtschaft nicht akut, sondern struktureller Natur.

Es zeigt sich außerdem einmal mehr, dass die deutschen Unternehmen, vor allem die im Dax notierten Konzerne, weltweit aufgestellt sind. „Für die Märkte überwiegen aktuell eindeutig die Folgen der US-Präsidentschaftswahl“, sagt ein Sprecher der Union Investment. „Wir haben bislang auch keine größeren Anpassungen in den Portfolios als Reaktion auf das Aus der deutschen Regierung vorgenommen.“ Eine Reform der Schuldenbremse und die Aussicht auf eine wirtschaftsfreundlichere Regierung könne deutschen Aktien mittelfristig neue Impulse geben, erwartet der Vermögensverwalter DWS.

Bewegung gab es bei deutschen Staatsanleihen, deren Renditen von auf den höchsten Stand seit Juli kletterten. Beobachter erklären sich das unter anderem mit der anhaltenden Diskussion um eine Lockerung der Schuldenbremse. Dadurch stehe hinter den künftigen deutschen Staatsfinanzen zumindest ein kleines Fragezeichen, so die DZ-Bank.

Verbände fordern Neuwahlen zum frühestmöglichen Zeitpunkt

Dennoch eint Marktbeobachter und die Vertreter unterschiedlicher Wirtschaftsverbände die Forderung nach schnellen Entscheidungen in Berlin: Neuwahlen zum frühestmöglichen Zeitpunkt fordern etwa der Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (BVR), der Verband der Chemischen Industrie (VCI) oder der Bundesverband Großhandel, Außenhandel und Dienstleistungen (BGA).

Europas größte Volkswirtschaft brauche nach dem Bruch der Koalition schnellstmöglich eine handlungsfähige Regierung, fordert der BGA. Für Deutschlands Exporteure gab es am Donnerstag zusätzlich schlechte Nachrichten vom Statistischen Bundesamt: Demnach lieferten die Unternehmen nach einem Zwischenhoch im August im September wieder weniger Waren ins Ausland. Nach vorläufigen Zahlen lagen die Ausfuhren um 1,7 Prozent unter dem Niveau vom August. Deutschland sei als Außenhandelsnation international nicht mehr wettbewerbsfähig, kommentierte BGA-Präsident Dirk Jandura.

Schwächer als erwartet zeigte sich im September auch die Produktion in der deutschen Industrie: Der erneute Rückgang müsse als Warnsignal für eine bessere Wirtschaftspolitik gesehen werden, forderte der Außenwirtschaftschef der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), Volker Treier.

Auf der Wunschliste der Wirtschaftsvertreter ganz oben steht ein grundlegendes wirtschaftspolitisches Umsteuern. Deutschland brauche eine Wirtschaftswende: „Wir müssen das Ruder herumreißen, bevor die Wellen zu hoch werden“, mahnt Jandura. Für notwendig halten Industrievertreter auch ein Investitionsprogramm zur Modernisierung der deutschen Infrastruktur, welches auch privates Kapital mobilisiere oder die Reduzierung der Klimapolitik auf ihren effizienten Kern.

„Unsere Industrie braucht niedrige Energiepreise, ein wettbewerbsfähiges Steuersystem, schnellere Genehmigungen, weniger Bürokratie und bessere EU-Regulierung“, fordert der Chemieverband VCI. Kern stabiler Staatsfinanzen sei darüber hinaus ein solider Haushalt. „Es deutet sich an, dass es vor einer Neuwahl nicht gelingen wird, eine Mehrheit des Bundestages hinter einem Haushaltsentwurf zu versammeln“, warnt VCI-Chef Wolfgang Große Entrup.

Hohe Abgaben für Verbraucher behinderten den Konsum

Eine Entlastung der Unternehmen von steuerlichen und bürokratischen Auflagen hält auch DZ-Bank-Chefvolkswirt Holstein für notwendig. Die hohen Abgaben für Verbraucher behinderten den Konsum. Gefordert wurden am Donnerstag außerdem Beschäftigungs- und Leistungsanreize und eine Flexibilisierung des Renteneintrittsalters. „Fast 40 Prozent des Bundeshaushalts sind für Arbeit und Soziales eingeplant“, kritisiert Holstein. Das sei für einen ökonomischen Neustart zu viel.

„Es greift zu kurz, die Probleme auf das Einhalten der Schuldenbremse zu redu-

zieren“, sagt ZEW-Chef Wambach. Die Schuldenbremse sei Auslöser des Koalitionsbruchs, nicht die Ursache. Einen unternehmerischen Aufbruch forderte Verena Pausder, die Vorstandsvorsitzende des Start-up-Verbandes. dpa

Abbildung: Niedrigere Energiepreise und ein wettbewerbsfähiges Steuersystem sind wesentliche Forderungen der Wirtschaft an die Politik. BILD: Rolf Vennenbernd/dpa

Wörter: 652

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

ZEIT ONLINE vom 07.11.2024

ZEIT ONLINE

Autor/-in: Isabelle Daniel
Seite: 0
Mediengattung: Online News
Nummer: 47
Visits (VpD): 2,43 (in Mio.) [1]
Unique Users (UUpD): 0,390 (in Mio.) [2]
Jahrgang: 2024
Weblink: https://www.zeit.de/wirtschaft/2024-11/wirtschaftsverbaende-fordern-schnellere-neuwahl

[1] von PMG gewichtet 09-2024

[2] gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Koalitionsbruch

Wirtschaftsverbände fordern raschere Neuwahl

Olaf Scholz sprach bei der Verkündung des Ampel-Bruchs von einer Bundestagswahl bis spätestens Ende März. Große Wirtschaftsverbände warnen vor einer Hängepartie.

Nach dem Auseinanderbrechen der Ampelkoalition fordern mehrere Wirtschaftsverbände einen früheren Termin für die Vertrauensfrage im Parlament. "Wir brauchen jetzt schnell Klarheit. Eine monatelange Hängepartie und politischen Stillstand können wir uns nicht leisten", teilte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie, Wolfgang Große Entrup, mit. In diesen "herausfordernden Zeiten brauchen wir eine handlungsfähige und lösungsorientierte Bundesregierung". Es sei "richtig, Neuwahlen den Weg zu ebnen", fügte Große Entrup hinzu. "Sie müssen aber nun zum frühestmöglichen Zeitpunkt stattfinden."

Der Präsident des Verbands der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Russwurm, sagte: "Angesichts der weltpolitischen Lage und der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung des Standorts Deutschland brauchen wir jetzt so schnell wie möglich eine neue, handlungsfähige Regierung mit eigener parlamentarischer Mehrheit." Anhaltende Unsicherheit, wer Deutschland mit welchem Programm regiere, schade dem Land und dem Wirtschaftsstandort.

Auch der Außenhandelsverband BGA forderte eine Neuwahl, "und zwar so schnell wie möglich". Jeder weitere Tag mit dieser Bundesregierung sei ein verlorener Tag, teilte der Verband mit. Deutschland stecke fest, "mitten in einem grundlegenden strukturellen Umbruch".

Scholz will Vertrauensfrage erst im Januar stellen

Der Verband der Familienunternehmer äußerte sich ähnlich. "Jede Woche länger mit einer politisch gelähmten Regierung ist in dieser Wirtschaftskrise ein schwerer Fehler", teilte Verbandspräsidentin Marie-Christine Ostermann mit. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) müsse daher schon vor dem 15. Januar den Weg für eine Neuwahl bereiten.

Scholz hatte am Mittwoch Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) im Streit um die Haushalts- und Wirtschaftspolitik entlassen und für den 15. Januar die Vertrauensfrage im Bundestag angekündigt. Bis Ende März könnte es dann dem Kanzler zufolge Neuwahlen geben. Bis dahin will er in einer Minderheitsregierung mit den Grünen weiterregieren. Einen früheren Zeitpunkt für die Vertrauensfrage im Bundestag hat auch die Unionsfraktion gefordert. Deren Vorsitzender und CDU-Chef Friedrich Merz forderte, Scholz müsse die Vertrauensfrage spätestens Anfang kommender Woche stellen.

Mehr zum Bruch der Ampelkoalition in unserem Liveblog

Wörter: 302

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

t-online.de vom 07.11.2024 18:58

t-online.
Nachrichten für Deutschland

Autor/-in:	Jakob Hartung [jha/100402234]/ Frederike Holewik [fho/90392014]	**Mediengattung:**	Online News
Rubrik:	Wirtschaft	**Visits (VpD):**	14,85 (in Mio.) [1]
Kurztitel:	Wirtschaft reagiert auf das Ampel-Aus		
Weblink:	https://www.t-online.de/finanzen/aktuelles/wirtschaft/id_100525916/-sofort-neuwahlen-wirtschaft-reagiert-auf-die-krise-der-ampel.html		

[1] von PMG gewichtet 09-2024

Entschlossene Regierung gefordert

"Erbärmlich": Wirtschaft reagiert auf das Ampel-Aus

Wirtschaftsverbände zeigen sich von der politischen Krise in Berlin tief besorgt. Sie fordern von der deutschen Regierung Handlungsfähigkeit und eine klare Linie.

Die Ampelkoalition ist auch an ihrer Wirtschaftspolitik gescheitert. Nach Pandemie und Inflation befindet sich die Volkswirtschaft derzeit in einer hartnäckigen Stagnation. Weil Grüne, FDP und SPD sich nicht über ein gemeinsames Gegenmittel einigen konnten, ist die Regierung auseinandergebrochen. Dafür finden Verbände aus der Branche harte Worte.

"Baldmöglichst Neuwahlen"

Hildegard Müller, Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie, sagt zu t-online:
"In einer überaus schwierigen Welt- und Wirtschaftslage braucht Deutschland eine Regierung, die die Herausforderungen geschlossen und mit Ernsthaftigkeit angeht. Dass die Ampelkoalition dazu nicht mehr in der Lage ist, hatte sich zuletzt häufiger und immer deutlicher auf offener Bühne abgezeichnet." Ein gemeinsamer Kurs sei kaum mehr sichtbar gewesen und "die Verunsicherung bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft ist dadurch immer größer geworden."
Müller betont, dass "offene Handelsfragen mit China und der nicht wettbewerbsfähige Zustand des Wirtschaftsstandorts Deutschland schnellstmöglich eine maximal handlungsfähige und entschlossene Bundesregierung erfordern" würden. Abschließend fordert die VDA-Präsidentin, dass "im Interesse des ganzen Landes baldmöglichst Neuwahlen stattfinden" müssten.

Schuldenbremse aussetzen "ökonomisch falsch"

Der Mittelstandsverbund erklärt t-online, dass "die schnelle Umsetzung der notwendigen Wirtschaftswende" jetzt wichtiger sei, als "parteipolitisches Kalkül". Der Verband begrüßt vorgezogene Neuwahlen und behauptet, dass es "ökonomisch falsch gewesen wäre, die Schuldenbremse auszusetzen".
Eckhard Schwarzer, Präsident des Mittelstandsverbunds, sagt: "Ein Neuanfang für Deutschland ist überfällig!" Die neue Regierung solle Wachstum und wirtschaftliche Freiheit in den Mittelpunkt stellen. Bundeskanzler Scholz soll die Vertrauensfrage zudem umgehend stellen, denn "wir können uns angesichts der ernsten wirtschaftlichen Lage in Deutschland und unserer internationalen Herausforderungen weitere Monate Stillstand nicht erlauben."

Der Bundeskanzler gibt das Steuerrad aus der Hand

In einer Pressemitteilung beschreibt der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) das Problem bildlich: Deutschland stecke mitten in einem "grundlegenden strukturellen Umbruch", während sich "die Pole der Weltwirtschaft zwischen den USA und China neu justieren" würden. "Statt unser Land durch diese schwere See zu lenken, gibt der Bundeskanzler das Steuerrad aus der Hand. Die selbst ernannte Fortschrittskoalition hat Schiffbruch erlitten", erklärt der Exportverband. "Jeder weitere Tag mit dieser Bundesregierung ist ein verlorener Tag. Wir fordern Neuwahlen und zwar so schnell wie möglich", sagt BGA-Präsident Dr. Dirk Jandura.
Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates der CDU, meint, dass sich Deutschland keine Regierung leisten könnte, "die sich siechend dahinschleppt". Ihre Analyse des Wirtschaftsstandorts Deutschland fällt verheerend aus: "Schlusslicht beim Wachstum, Kapitalflucht und Regulierungs-, Strompreis- und Abgaben-Weltmeister", sagt sie t-online. Es sei nun ein Befreiungsschlag nötig, in der Art, wie Christian Lindner ihn mit seinem Wirtschaftspapier eingefordert hätte. "Die Reaktion des Bundeskanzlers darauf empfinde ich als erbärmlich: Man will nicht inhaltlich umsteuern und tritt dann stattdessen auf der persönlichen Ebene nach", sagt Hamker.

"Stabilität in den Rahmenbedingungen"

Gesamtmetall-Präsident Stefan Wolf hatte erst vor Kurzem im Interview mit t-online Neuwahlen gefordert. Entsprechend erfreut ist er über die aktuelle Entwicklung. Es brauche einen Befreiungsschlag für die Wirtschaft, sagt er. Lindner und die FDP haben aus seiner Sicht die richtigen Vorschläge dazu gemacht. "Aber SPD und Grüne waren offensichtlich nicht einmal bereit, darüber ernsthaft zu diskutieren", so Wolf. "Dass die FDP nach den Ereignissen vom gestrigen Abend nun die Bundesregierung verlassen hat, ist aus meiner Sicht nur folgerichtig und die absolut richtige Konsequenz."
Auch Industriepräsident Siegfried Russwurm fordert rasch stabile Verhältnisse. "Angesichts der weltpolitischen Lage und der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung des Standorts Deutschland brauchen wir jetzt so schnell wie möglich eine neue, handlungsfähige Regierung mit eigener parlamentarischer Mehrheit", sagt der Prä-

Spiegel.de vom 07.11.2024

DER SPIEGEL

Autor/-in:	Michael Kröger	**Jahrgang:**	2024
Seite:	0	**Nummer:**	0
Rubrik:	Wirtschaft	**Visits (VpD):**	6,21 (in Mio.) [1]
Mediengattung:	Online News	**Unique Users (UUpD):**	0,882 (in Mio.) [2]

Weblink: https://www.spiegel.de/wirtschaft/handelsverband-haelt-deutsche-wirtschaft-fuer-nicht-wettbewerbsfaehig-a-6277caf1-cf3b-4073-bb93-b1109aa4edee

[1] von PMG gewichtet 09-2024

[2] gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Führungslos vor einem Handelskrieg

Handelsverband hält deutsche Wirtschaft für »nicht wettbewerbsfähig«

Der Bruch der Koalition bereitet Wirtschaftsverbänden ebenso Kopfschmerzen wie der absehbare Handelskonflikt mit den USA. Der BGA zweifelt sogar, ob die deutsche Wirtschaft überhaupt noch mithalten kann.

Exportschwäche und rückläufige Produktion bringen die deutsche Wirtschaft in politisch unruhigen Zeiten in schwieriges Fahrwasser. Deutschland sei als Außenhandelsnation international nicht mehr wettbewerbsfähig, analysiert der Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), Dirk Jandura.

Europas größte Volkswirtschaft benötige nach dem Bruch der Ampelkoalition schnellstmöglich eine handlungsfähige Regierung – auch angesichts der Wiederwahl von Donald Trump zum US-Präsidenten und damit drohenden Importzöllen in einem der wichtigsten Absatzmärkte für deutsche Waren, mahnte Jandura: »Deutschland braucht eine Wirtschaftswende. Wir müssen das Ruder herumreißen, bevor die Wellen zu hoch werden.«

Exportwirtschaft tut sich schwer

Nach einem Zwischenhoch im August lieferten die Unternehmen im September wieder weniger Waren ins Ausland. Vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes zufolge lagen die Ausfuhren mit einem Gesamtwert von 128,2 Milliarden Euro um 1,7 Prozent unter dem Niveau von August 2024. Auch im Vergleich zum September 2023 gab es ein Minus – und zwar von 0,2 Prozent.

Wachsende Konkurrenz für deutsche Produkte auf den Weltmärkten zum Beispiel aus China sowie strukturelle Probleme der deutschen Industrie wie die im internationalen Vergleich hohen Energiepreise machen den Exporteuren seit geraumer Zeit zu schaffen. Von Januar bis einschließlich September des laufenden Jahres liegen die Ausfuhren nach Angaben der Wiesbadener Behörde mit 1175,5 Milliarden Euro kalender- und saisonbereinigt um 1,0 Prozent unter dem Wert des Vorjahreszeitraums.

Die Importe legten unterdessen im Monat September auf 111,3 Milliarden Euro zu – das ist ein Plus sowohl im Vergleich zum Vormonat (plus 2,1 Prozent) als auch zum Vorjahresmonat (plus 1,3 Prozent). Im Neun-Monats-Zeitraum Januar bis September summierten sich die Einfuhren nach Deutschland auf einen Wert von 988,6 Milliarden Euro, das waren 4,2 Prozent weniger als vor Jahresfrist.

Industrieproduktion sinkt unerwartet stark

Auch die Produktion in der deutschen Industrie schwächelt: Von August auf September des laufenden Jahres ging die Gesamtherstellung um 2,5 Prozent zurück und damit stärker als von Marktbeobachtern erwartet. Verglichen mit dem September 2023 betrug das Minus nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes sogar 4,6 Prozent. Den Rückschlag erklärten die Statistiker vor allem mit einem deutlichen Produktionsrückgang um 7,8 Prozent zum Vormonat in der Automobilindustrie.

Der erneute Rückgang der Industrieproduktion im September müsse als Warnsignal für eine bessere Wirtschaftspolitik gesehen werden. Mit den ebenfalls gesunkenen Exporten im selben Monat gebe es auch keine Impulse aus dem Ausland auf die inländische Konjunktur, bewertet der Außenwirtschaftschef der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), Volker Treier, die Lage. Trumps Wiederwahl und das Ende des Dreierbündnisses aus SPD , Grünen und FDP sorgten für weitere Unsicherheit.

»Der Rückgang der Industrieproduktion und der Exporte sind in Anbetracht des Sieges von Donald Trump eine Mahnung. Mehr US-Protektionismus heißt für das industrielastige Deutschland nichts Gutes«, prognostiziert der Chefvolkswirt der VP Bank, Thomas Gitzel.

Zweite Amtszeit Trumps bereitet Sorgen

Trump hatte im Wahlkampf angekündigt, hohe Importzölle zum Schutz der US-Wirtschaft einzuführen. Dies würde Waren aus deutscher Produktion im wichtigsten Absatzmarkt für Waren made in Germany verteuern. Im September waren die Vereinigten Staaten einmal mehr Abnehmerland Nummer eins für deutsche Produkte: Die Exporte in die USA erhöhten sich zum August 2024 um 4,8 Prozent auf einen Gesamtwert von 14,2 Milliarden Euro. Dagegen verringerten sich die Ausfuhren nach China um 3,7 Prozent auf 7,1 Milliarden Euro, die Exporte in das Vereinigte Königreich sanken um 4,9 Prozent auf 6,4 Milliarden Euro.

Ökonomen mahnen die heimische Politik, den Industriestandort Deutschland zu stärken, zum Beispiel durch den Abbau von Bürokratie. Doch der Bruch der Ampelkoalition macht rasche Entscheidungen unwahrscheinlicher, wie Commerzbank -Chefökonom Jörg Krämer zusammenfasst: »Deutschland steht vor einem schwierigen Winterhalbjahr, ohne dass es bereits politische Mehrhei-

Nürnberger Nachrichten vom 07.11.2024

NÜRNBERGER Nachrichten

Seite: 17
Ressort: Wirtschaft
Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung
[1] von PMG gewichtet 10/2024
[2] von PMG gewichtet 7/2024

Nummer: 258
Auflage: 159.343 (gedruckt) [1] 168.291 (verkauft) [1] 172.480 (verbreitet) [1]
Reichweite: 0,575 (in Mio.) [2]

Angst vor einem „Handelskrieg“ mit den USA

Trump-Wahlsieg Industrie und Außenhändler warnen vor Wirtschaftsbeschränkungen. Ökonomen befürchten Eskalation und weniger Wachstum.

Frankfurt/Berlin – Eine zweite Amtszeit Donald Trumps bereitet der deutschen Wirtschaft Sorgen und beflügelt zugleich Aktienmärkte. Befürchtet werden in der Exportnation Deutschland insbesondere Zölle, die der Republikaner im Wahlkampf zum Schutz der US-Wirtschaft angekündigt hatte. Ein Überblick der Reaktionen.

Die deutsche Industrie blickt mit Sorgen auf eine Rückkehr Trumps ins Weiße Haus. „Flächendeckende Zölle von zehn oder gar 20 Prozent auf alle Importe und von 60 Prozent auf Einfuhren aus China würden nicht nur Deutschland und der EU, sondern auch der US-Wirtschaft massiv schaden“, teilte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) mit.

„Die Welt braucht weniger und nicht mehr Handelsbeschränkungen“, hob auch der Präsident des Außenhandelsverbands BGA, Dirk Jandura, hervor. Die USA seien Deutschlands wichtigster Handelspartner und wichtigster Verbündeter in einer Zeit globaler Umbrüche. „Wir setzen auf eine Fortsetzung der traditionell guten transatlantischen Beziehungen.“ Der Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), Peter Adrian, betonte: „Falls Trump einen generellen Importzoll einführt, wäre dies ein herber Rückschlag für die deutsche Wirtschaft.“ Viele Unternehmen machten sich zudem Sorgen wegen des verschärften Umgangs der USA mit China. Ein Handelskonflikt zwischen Deutschlands wichtigsten Handelspartnern wäre eine weitere Belastung im internationalen Geschäft.

Ökonomen rechnen damit, dass Trump im nächsten Jahr zunächst nur selektive, schlagzeilenträchtige Zölle verhängen und weitere Maßnahmen androhen könnte. „Für sich genommen könnte eine solche Eskalation der Handelsspannungen dazu führen, dass wir unsere Wachstumsprognose für 2025 für Deutschland (derzeit 0,5 Prozent) um etwa 0,2 Prozentpunkte und unsere Prognosen für andere europäische Länder um etwa 0,1 Prozentpunkte senken“, teilten die Volkswirte der Berenberg-Bank mit. Würden die USA tatsächlich einen Zoll von zehn Prozent auf alle Importe aus Europa erheben, könnte der Schaden noch größer ausfallen. Auch der Chefvolkswirt der Commerzbank, Jörg Krämer, erklärte: „Die Zölle verteuern nicht nur deutsche Waren in den USA, sondern dürDie Sorgen in der Exportnation Deutschland sind auch wegen befürchteter Handelshemmnisse groß,ften auch zu Gegenzöllen der EU führen, was den Außenhandel weiter belasten würde.“ Nach Ansicht des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft ist das „Worst-Case-Szenario“ eingetreten. Es sagt einen „Handelskrieg“ voraus, der die deutsche Wirtschaft in vier Jahren bis zu 180 Milliarden Euro kosten könne.

Der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW), Moritz Schularick, wertete einen Trump-Sieg ebenfalls als negativ. Damit „beginnt der ökonomisch schwierigste Moment in der Geschichte der Bundesrepublik, weil zur inneren Strukturkrise nun massive außenwirtschaftliche und sicherheitspolitische Herausforderungen auf uns zukommen, auf die wir nicht vorbereitet sind.“

An der Frankfurter Börse hat Trumps Triumph zwischenzeitlich zu deutlichen Gewinnen geführt. Der deutsche Leitindex Dax büßte einen Großteil gegen Mittag aber ein und legte nur noch um 0,3 Prozent auf 19.320 Punkte zu. Während sich an den US-Aktienmärkten deutliche Gewinne abzeichneten, reagierten die größeren asiatischen Aktienmärkte unterschiedlich: In Japan ging es nach oben, die chinesischen Börsen verzeichneten Verluste. Die Krypto-Währung Bitcoin stieg auf ein Rekordhoch von etwas mehr als 75.000 Dollar. dpa

Abbildung: Die Sorgen in der Exportnation Deutschland sind nach dem Wahlsieg Donald Trumps auch wegen befürchteter Handelshemmnisse groß. Foto: Christian Charisius/dpa
Fotograf/-in: Christian Charisius / dpa
Wörter: 495
Urheberinformation: © Verlag Nürnberger Presse Druckhaus Nürnberg GmbH & Co. KG

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

FAZ.NET vom 07.11.2024 08:50

Frankfurter Allgemeine

Mediengattung: Online News

Unique Users (UUpD): 0,367 (in Mio.) [2]

Visits (VpD): 1,71 (in Mio.) [1]

Weblink: https://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/exportnation-deutschland-im-tief-nicht-wettbewerbsfaehig-110095499.html

[1] von PMG gewichtet 09-2024

[2] gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Exportnation Deutschland im Tief: «Nicht wettbewerbsfähig»

Exportschwäche und rückläufige Produktion bringen die deutsche Wirtschaft in politisch unruhigen Zeiten in schwieriges Fahrwasser. Deutschland sei als Außenhandelsnation international nicht mehr wettbewerbsfähig, kommentiert der Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), Dirk Jandura.
Europas größte Volkswirtschaft brauche nach dem Bruch der Ampel-Koalition schnellstmöglich eine handlungsfähige Regierung - auch angesichts der Wiederwahl von Donald Trump zum US-Präsidenten und damit drohenden Importzöllen im wichtigsten Absatzmarkt für Waren «Made in Germany», mahnte Jandura: «Deutschland braucht eine Wirtschaftswende. Wir müssen das Ruder herumreißen, bevor die Wellen zu hoch werden.»

Exportwirtschaft tut sich schwer

Nach einem Zwischenhoch im August lieferten die Unternehmen im September wieder weniger Waren ins Ausland. Vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes zufolge lagen die Ausfuhren mit einem Gesamtwert von 128,2 Milliarden Euro um 1,7 Prozent unter dem Niveau von August 2024. Auch im Vergleich zum September 2023 gab es ein Minus - und zwar von 0,2 Prozent. Wachsende Konkurrenz für deutsche Produkte auf den Weltmärkten zum Beispiel aus China sowie strukturelle Probleme der deutschen Industrie wie die im internationalen Vergleich hohen Energiepreise machen der Exportnation Deutschland seit geraumer Zeit zu schaffen. Von Januar bis einschließlich September des laufenden Jahres liegen die Exporte nach Angaben der Wiesbadener Behörde mit 1175,5 Milliarden Euro kalender- und saisonbereinigt um 1,0 Prozent unter dem Wert des Vorjahreszeitraums.
Die Importe legten unterdessen im September auf 111,3 Milliarden Euro zu - das ist ein Plus sowohl im Vergleich zum Vormonat (plus 2,1 Prozent) als auch zum Vorjahresmonat (plus 1,3 Prozent). Im Neun-Monats-Zeitraum Januar bis September summierten sich die Einfuhren nach Deutschland auf einen Wert von 988,6 Milliarden Euro, das waren 4,2 Prozent weniger als vor Jahresfrist.

Industrieproduktion sinkt unerwartet stark

Auch die Produktion in der deutschen Industrie schwächelt: Von August auf September des laufenden Jahres ging die Gesamtherstellung um 2,5 Prozent zurück und damit stärker als von Marktbeobachtern erwartet. Verglichen mit dem September 2023 betrug das Minus nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes sogar 4,6 Prozent. Den Rückschlag erklärten die Statistiker vor allem mit einem deutlichen Produktionsrückgang um 7,8 Prozent zum Vormonat in der Automobilindustrie.
Der erneute Rückgang der Industrieproduktion im September müsse als Warnsignal für eine bessere Wirtschaftspolitik gesehen werden. Mit den ebenfalls gesunkenen Exporten im gleichen Monat gebe es auch keine Impulse aus dem Ausland auf die inländische Konjunktur, bewertet der Außenwirtschaftschef der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), Volker Treier, die Lage. Trumps Wiederwahl und das Ende des Dreierbündnisses aus SPD, Grünen und FDP sorgen für weitere Unsicherheit.

Zweite Amtszeit Trumps bereitet Sorgen

«Der Rückgang der Industrieproduktion und der Exporte sind in Anbetracht des Sieges von Donald Trump eine Mahnung. Mehr US-Protektionismus heißt für das industrielastige Deutschland nichts Gutes», prognostiziert der Chefvolkswirt der VP Bank, Thomas Gitzel. Trump hatte im Wahlkampf angekündigt, hohe Importzölle zum Schutz der US-Wirtschaft einzuführen. Dies würde Waren aus deutscher Produktion im wichtigsten Absatzmarkt für Waren «Made in Germany» verteuern. Im September waren die Vereinigten Staaten einmal mehr Abnehmerland Nummer eins für deutsche Produkte: Die Exporte in die USA erhöhten sich zum August 2024 um 4,8 Prozent auf einen Gesamtwert von 14,2 Milliarden Euro. Dagegen verringerten sich die Ausfuhren nach China um 3,7 Prozent auf 7,1 Milliarden Euro, die Exporte in das Vereinigte Königreich sanken um 4,9 Prozent auf 6,4 Milliarden Euro.

Volkswirte: Reformen in Deutschland überfällig

Ökonomen mahnen die heimische Politik, den Industriestandort Deutschland zu stärken, zum Beispiel durch den Abbau von Bürokratie. Doch der Bruch der Ampel-Koalition macht rasche Entscheidungen unwahrscheinlicher, wie Commerzbank-Chefökonom Jörg Krämer zusammenfasst: «Deutschland steht vor einem schwierigen Winterhalbjahr, ohne dass es bereits politische Mehrheiten für notwendige Wirtschaftsreformen gäbe.»

Wörter: 586

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

FOCUS online vom 07.11.2024

Seite: online
Ressort: Finanzen
Rubrik: FOCUS online
Mediengattung: Online News
Visits (VpD): 6,92 (in Mio.) [1]
Unique Users (UUpD): 0,777 (in Mio.) [2]
Weblink: https://www.focus.de/finanzen/boerse/trump-sieg-und-ampel-aus-der-boersen-tag-wirtschaftsverbaende-attackieren-scholz-jede-woche-laenger-ist-schwerer-fehler_id_260459468.html

[1] von PMG gewichtet 09-2024

[2] gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Trump-Sieg und Ampel-Aus - der Börsen-Tag

Wirtschaftsverbände attackieren Scholz: "Jede Woche länger ist schwerer Fehler"

Turbulente Zeiten an der Börse: Erst der Wahlsieg von Donald Trump, dann das Aus der Ampel. Lesen Sie die Reaktionen der Börse und lesen Sie die Einschätzungen von Ökonomen und Kapitalmarkt-Experten.

Die wichtigsten Börsenkurse

So steht der Dollar zum Euro - So notiert der Gold-Kurs (in Dollar) - So viel kostet ein Barrel Öl (US-Sorte WTI) - Der Kurs des Bitcoin (in US-Dollar) - So steht der Dax

Mehrere Wirtschaftsverbände verlangen raschere Neuwahlen

Nach dem Auseinanderbrechen der Ampel-Koalition haben mehrere Wirtschaftsverbände einen früheren Termin für die Vertrauensfrage im Parlament gefordert. "Wir brauchen jetzt schnell Klarheit. Eine monatelange Hängepartie und politischen Stillstand können wir uns nicht leisten", erklärte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI), Wolfgang Große Entrup, am Donnerstagmorgen. In diesen "herausfordernden Zeiten brauchen wir eine handlungsfähige und lösungsorientierte Bundesregierung".

Es sei "richtig, Neuwahlen den Weg zu ebnen", fuhr der VCI-Hauptgeschäftsführer fort. "Sie müssen aber nun zum frühestmöglichen Zeitpunkt stattfinden." Für die Erneuerung des Wirtschaftsstandorts Deutschland dürfe keine Zeit verloren werden.

Auch der Außenhandelsverband BGA forderte Neuwahlen, "und zwar so schnell wie möglich". Jeder weitere Tag mit dieser Bundesregierung sei ein verlorener Tag. Deutschland stecke fest, "mitten in einem grundlegenden strukturellen Umbruch".

Der Verband der Familienunternehmer äußerte sich ähnlich. "Jede Woche länger mit einer politisch gelähmten Regierung ist in dieser Wirtschaftskrise ein schwerer Fehler", erklärte Verbandspräsidentin Marie-Christine Ostermann. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) müsse daher schon vor dem 15. Januar den Weg für Neuwahlen frei machen.

Abbildung: Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat Finanzminister Christian Lindner (FDP) entlassen.
Wörter: 247

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Express Köln vom 03.11.2024

Seite: 2
Rubrik: POLITIK
Seitentitel: Spätausgabe
Ausgabe: Hauptausgabe
[1] IVW 3/2024
[2] AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Mediengattung: Tageszeitung
Jahrgang: 2024
Auflage: 39.419 (gedruckt) [1] 24.238 (verkauft) [1] 24.310 (verbreitet) [1]
Reichweite: 0,189 (in Mio.) [2]

Heftiger Streit um Lindner-Papier: "An Nikolaus ist Ampel aus!"

Union läutet das "Totenglöckchen"

Berlin - Die Union wertet ein Lindner-Papier zur Wirtschaft als Bankrotterklärung (EXPRESS berichtete) für die Ampel-Koalition. Für CSU-Chef Söder gibt es nur einen Ausweg.

Nach dem Bekanntwerden eines Grundsatzpapiers von FDP-Chef Christian Lindner zur Wirtschaftspolitik fordert CSU-Chef Markus Söder eine vorgezogene Bundestagswahl. "Das Einzige, was jetzt zählt, sind Neuwahlen - sofort", sagte der bayerische Ministerpräsident der "Bild". "Es ist vorbei: Das Totenglöckchen der Ampel läutet. Eine Regierung, die gegeneinander Papiere verschickt, ist handlungsunfähig und eine Blamage für unser Land. Es ist Zeit, den Stecker zu ziehen und das unwürdige Schauspiel zu beenden. Jeder Tag länger schadet Deutschland", sagte Söder.

Sollte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nicht selbst die Kraft haben, seine Koalition zu beenden, müsse Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier einschreiten, forderte der CSU-Chef weiter. Auch CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann sagte der "Bild": "Wir können uns diese Wackelregierung nicht einen Tag länger leisten." CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt rechnet mit einem Zusammenbrechen des Regierungsbündnisses in den kommenden Wochen. Der "Bild" sagte Dobrindt: "An Nikolaus ist Ampel aus! Das sind die letzten Zuckungen einer restlos kaputten Ampel. Jeder weitere Ampel-Chaos-Tag vergrößert den Schaden und ist eine Blamage für Deutschland." Das Ampel-Projekt sei längst Geschichte und müsse jetzt beerdigt werden.

Lindner hatte mit einem Grundsatzpapier zur Wirtschaftspolitik für neuen Streit in der Ampel-Koalition gesorgt. Auch SPD und Grüne kritisierten die Forderungen des FDP-Chefs scharf. Die Arbeiterwohlfahrt warf Lindner "Klientelpolitik" vor. Aus der Wirtschaft kam inhaltlich Zuspruch, aber auch die Warnung vor weiterer politischer Unsicherheit.

Der Grünen-Fraktionsvize Andreas Audretsch kritisierte Lindner Vorstoß als "Nebelkerze". "Wichtiger wäre es, dass sich der Finanzminister um den Haushalt kümmert", sagte Audretsch zu t-online. "Die Lindner-Lücke liegt schon jetzt im zweistelligen Milliardenbereich." Durch Steuersenkungen würde sich das Haushaltsloch weiter vergrößern, sagte Audretsch. Es brauche "konstruktive Vorschläge" aus dem Bundesfinanzministerium.

Der SPD-Abgeordnete Nils Schmid bezeichnete Lindners Papier als "neoliberale Phrasendrescherei". Es fehlten Antworten auf drängende Fragen, etwa zur Senkung des Strompreises für die Industrie. Und dort, wo Lindner konkret werde, sei das Papier "nicht vereinbar mit Koalitionsvertrag", sagte Schmid dem "Tagesspiegel". SPD-Generalsekretär Matthias Miersch ging inhaltlich nicht auf die Vorschläge ein, er forderte die Koalition aber auf, für die Stabilisierung der Wirtschaft "konstruktiv und lösungsorientiert" zusammenzuarbeiten. Lindner hatte inmitten des Ampel-Streits über die Wirtschafts- und Finanzpolitik die Koalitionspartner mit einem Grundsatzpapier konfrontiert. Darin forderte er eine "Wirtschaftswende mit einer teilweise grundlegenden Revision politischer Leitentscheidungen". In dem 18-seitigen Papier finden sich in der "Ampel" umstrittene Maßnahmen wie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Zudem stellt Lindner mehrere vereinbarte Gesetzesinitiativen infrage. Nach Informationen der "Welt am Sonntag", die aus einer E-Mail Lindners an Parteifreunde zitierte, ruderte der Finanzminister etwas zurück und erklärte, das Papier sei nicht zur Veröffentlichung bestimmt gewesen. Es hätte zunächst nur im engsten Kreis der Bundesregierung beraten werden sollen, sei aber über eine "Indiskretion" öffentlich geworden.

FDP-Fraktionschef Christian Dürr sprach von einem "ehrlichen Angebot", das Linder gemacht habe. Es sei finanzierbar und entspreche "den Erwartungen der Unternehmen", sagte er den Senden RTL und ntv. "Darüber sollten wir jetzt innerhalb der Koalition sprechen." Michael Groß, Präsident der Arbeiterwohlfahrt, kritisierte hingegen, Lindner übe sich "einmal mehr" in "reiner Klientelpolitik auf Kosten der Mehrheit in diesem Land". Seine "erträumten massiven Kürzungen" würden vor allem Einkommensschwache und Familien treffen, "während Wohlhabende weiter entlastet würden".

Von Unternehmerseite kam zumindest inhaltlich Lob für Lindners Ideen. Sie wären "für den deutschen Mittelstand ein deutlicher Schritt nach vorne", erklärte Dirk Jandura, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA). "Das ist endlich eine Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft." Es brauche Steuererleichterungen und Entlastungen für alle Unternehmen statt Subventionen für einzelne.

Abbildung: Zwischen Lindner, Habeck und Scholz knirscht es.
Abbildung: Söder läutet die Glocke (Archiv)

stern.de vom 02.11.2024 13:04

Mediengattung: Online News
Unique Users (UUpD): 0,543 (in Mio.) [2]
Visits (VpD): 1,33 (in Mio.) [1]
Weblink: https://www.stern.de/news/lindner-laeutet-mit-neuem-wirtschaftspapier-naechste-runde-im-ampel-streit-ein-35193968.html

[1] von PMG gewichtet 10-2024
[2] gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Lindner läutet mit neuem Wirtschaftspapier nächste Runde im Ampel-Streit ein

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hat mit einem Grundsatzpapier zur Wirtschaftspolitik für neuen Streit in der Ampel-Koalition gesorgt. SPD und Grüne kritisierten die Forderungen des FDP-Chefs scharf. Die Arbeiterwohlfahrt warf Lindner am Samstag "Klientelpolitik" vor. Aus der Wirtschaft kam inhaltlich Zuspruch, aber auch die Warnung vor weiterer politischer Unsicherheit. Die Union forderte Neuwahlen.

Der Grünen-Fraktionsvize Andreas Audretsch kritisierte Lindner Vorstoß als "Nebelkerze". "Wichtiger wäre es, dass sich der Finanzminister um den Haushalt kümmert", sagte Audretsch dem Nachrichtenportal t-online. "Die Lindner-Lücke liegt schon jetzt im zweistelligen Milliardenbereich." Durch Steuersenkungen würde sich das Haushaltsloch weiter vergrößern, sagte Audretsch. Es brauche "konstruktive Vorschläge" aus dem Bundesfinanzministerium.

Der SPD-Abgeordnete Nils Schmid bezeichnete Lindners Papier als "neoliberale Phrasendrescherei". Es fehlten Antworten auf drängende Fragen, etwa zur Senkung des Strompreises für die Industrie. Und dort, wo Lindner konkret werde, sei das Papier "nicht vereinbar mit Koalitionsvertrag", sagte Schmid dem "Tagesspiegel". SPD-Generalsekretär Matthias Miersch ging inhaltlich nicht auf die Vorschläge ein, er forderte die Koalition aber auf, für die Stabilisierung der Wirtschaft "konstruktiv und lösungsorientiert" zusammenzuarbeiten.

FDP-Chef Lindner hatte inmitten des Ampel-Streits über die Wirtschafts- und Finanzpolitik die Koalitionspartner mit einem Grundsatzpapier konfrontiert. Darin forderte er eine "Wirtschaftswende mit einer teilweise grundlegenden Revision politischer Leitentscheidungen". In dem 18-seitigen Papier finden sich in der "Ampel" umstrittene Maßnahmen wie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Zudem stellt Lindner mehrere vereinbarte Gesetzesinitiativen infrage.

Nach Informationen der "Welt am Sonntag", die aus einer E-Mail Lindners an Parteifreunde zitierte, ruderte der Finanzminister etwas zurück und erklärte, das Papier sei nicht zur Veröffentlichung bestimmt gewesen. Es hätte zunächst nur im engsten Kreis der Bundesregierung beraten werden sollen, sei aber über eine "Indiskretion" öffentlich geworden.

FDP-Fraktionschef Christian Dürr sprach von einem "ehrlichen Angebot", das Linder gemacht habe. Es sei finanzierbar und entspreche "den Erwartungen der Unternehmen", sagte er den Senden RTL und ntv. "Darüber sollten wir jetzt innerhalb der Koalition sprechen."

Michael Groß, Präsident der Arbeiterwohlfahrt, kritisierte hingegen, Lindner übe sich "einmal mehr" in "reiner Klientelpolitik auf Kosten der Mehrheit in diesem Land". Seine "erträumten massiven Kürzungen" würden vor allem Einkommensschwache und Familien treffen, "während Wohlhabende weiter entlastet würden".

Von Unternehmerseite kam zumindest inhaltlich Lob für Lindners Ideen. Sie wären "für den deutschen Mittelstand ein deutlicher Schritt nach vorne", erklärte Dirk Jandura, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA). "Das ist endlich eine Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft." Es brauche Steuererleichterungen und Entlastungen für alle Unternehmen statt Subventionen für einzelne.

Auch der BGA-Chef mahnte jedoch, dass mittlerweile genügend Vorschläge auf dem Tisch lägen. Den Unternehmen würden am Ende aber nur Taten helfen. "Es wäre gut, wenn sich der Bundesfinanzminister und der Bundeswirtschaftsminister zügig auf ein gemeinsames Papier einigen könnten. (...) Noch mehr Verunsicherung kann sich unser Land nicht leisten."

Bayers Minister Präsident Markus Söder (CSU) forderte Neuwahlen. "Es ist vorbei: Das Totenglöckchen der Ampel läutet. Eine Regierung, die gegeneinander Papiere verschickt, ist handlungsunfähig und eine Blamage für unser Land", sagte er der "Bild". Auch CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann fordert eine Auflösung des Regierungsbündnisses. "Wir können uns diese Wackelregierung nicht einen Tag länger leisten", sagte er der Zeitung.

AFP

Wörter: 506

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Rheinische Post Düsseldorf vom 30.10.2024

RHEINISCHE POST

Seite: 1
Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung
Jahrgang: 2024
Auflage: 54.451 (gedruckt) [1] 59.242 (verkauft) [1] 60.910 (verbreitet) [1]
Reichweite: 0,200 (in Mio.) [2]

[1] IVW 2/2024
[2] AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Exportverband kritisiert Kanzler-Gipfel

Berlin (rtr) Der Außenhandelsverband BGA übt scharfe Kritik am Industriegipfel von Bundeskanzler Olaf Scholz. „Wenn 30.000 Arbeitsplätze bei VW in Gefahr sind, gibt es einen Gipfel im Kanzleramt“, sagte Dirk Jandura, Präsident des Bundesverbands Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), am Dienstag: „Wenn 30.000 Arbeitsplätze im Mittelstand verloren gehen, interessiert das niemanden.“ Die Bundesregierung müsse endlich aufhören, staatliche Subventionen an einzelne Unternehmen und Branchen zu verteilen. „Das ist der falsche Weg“, sagte Jandura. Viel wichtiger wäre es, die Rahmenbedingungen für alle Unternehmen zu verbessern.
Politik

Wörter: 86

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

junge Welt vom 30.10.2024

DIE TAGESZEITUNG junge Welt

Autor/-in: Susanne Knütter
Seite: 1
Rubrik: Inland
Weblink: https://www.jungewelt.de/artikel/486779.industriegipfel-wirtschaftsgipfel-ohne-wirtschaftsminister.html
Mediengattung: Tageszeitung
Jahrgang: 2024
Auflage: 18.909 (verkauft) [1]
[1] Verlag 11/2022

Industriegipfel

Wirtschaftsgipfel ohne Wirtschaftsminister

Bundeskanzler und Finanzminister hören Industrie parallel zu »Standortsorgen« an

Es ist Krise und Wahlkampf. Da ist es nur folgerichtig, dass es zwei Wirtschaftsgipfel gibt, einen von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), einen von Finanzminister Christian Lindner (FDP), und dass Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) bei keinem der beiden dabei ist. Bis Redaktionsschluss waren genaue Ergebnisse der am Dienstag tagenden »Expertenrunden« zur »Wirtschaftsflaute« zwar nicht bekannt. Wohin die Reise gehen soll, zeichnete sich aber ab. Auf allen Kanälen wurden die Forderungen von Kapitalverbänden rezipiert.

Angesichts fehlender Wettbewerbsfähigkeit forderte die Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie »jetzt Standortpolitik«. Wegen des Wandels zur Elektromobilität könnten bis 2035 weitere 140.000 Arbeitsplätze in der Branche wegfallen, warnte Hildegard Müller aus Anlass einer aktuellen Prognos-Studie am Dienstag. Die DIHK ging am Dienstag von einem Null-Wachstum für Deutschland aus.

Der Außenhandelsverband BGA kritisierte die Fokussierung der Bundesregierung auf einzelne große Konzerne der Automobilindustrie. Das Kabinett müsse endlich aufhören, staatliche Subventionen an einzelne Unternehmen und Branchen zu verteilen. »Das ist der falsche Weg«, sagte BGA-Präsident Dirk Jandura. Viel wichtiger wäre es, die Rahmenbedingungen für alle Unternehmen zu verbessern.

Wie das aussehen könnte, formulierte Gesamtmetall-Präsident Stefan Wolf: geringere Unternehmenssteuern und Energiepreise. Zudem könnten etwa die Entbürokratisierung und Sozialversicherungsbeiträge angegangen werden.

Für den Fall, dass die Bundesregierung die Produktionskosten des Standortes Deutschland nicht senkt, wurden schon einmal Drohungen formuliert: Immer mehr Unternehmen verschöben eigentlich geplante Investitionen in Deutschland oder strichen sie ganz, erklärte Müller in bezug auf die Prognos-Studie. Mehr als jedes dritte Unternehmen plane eine Investitionsverlagerung ins Ausland. »Positive Standortsignale sind jetzt entscheidend.«

Wörter: 244
Urheberinformation: (c) 2024 junge Welt

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

SPIEGEL+ vom 29.10.2024

Autor/-in:	Markus Becker/ Florian Gathmann/ Christoph Hickmann/ Christian Reiermann/ Timo Schober	**Mediengattung:**	Online News
Seite:	0	**Jahrgang:**	2024
Rubrik:	Wirtschaft	**Nummer:**	0
Weblink:	https://www.spiegel.de/wirtschaft/wirtschaftsgipfel-bei-olaf-scholz-und-christian-lindner-einfach-mal-dampf-ablassen-a-73379069-f298-4f32-90fc-20edcc6cb16f		

Wirtschaftsgipfel bei Scholz und Lindner

Einfach mal Dampf ablassen

Der Kanzler lädt die Großindustrie zum Gipfel, der Finanzminister den Mittelstand. Konkrete Ergebnisse gibt es nicht – stattdessen legen die Treffen die Zerstrittenheit der Ampel offen und frustrieren Teile der Wirtschaft.

Christian Lindner tat überrascht. »Was ist denn hier los?«, fragte der FDP -Chef und Bundesfinanzminister, als er das Presseaufgebot im Reichstagsgebäude erblickte. Als wäre die öffentliche Aufmerksamkeit nicht einer der Gründe gewesen, warum Lindner nur wenige Stunden vor dem Industriegipfel bei Bundeskanzler Olaf Scholz eine Art Gegengipfel steigen ließ.

Nach dem Treffen verkündete Lindner einen Erfolg: »Die wirtschaftspolitische Diskussion ist jetzt da, wo sie hingehört: nämlich ganz oben auf der Tagesordnung.«

Dort ist sie freilich nicht erst seit Lindners Gipfel, sondern spätestens, seit Putin Deutschland das Gas abgedreht hat. Laut Prognosen droht 2024 das zweite Rezessionsjahr in Folge. Die »Wachstumsinitiative« der Ampel soll neuen Schwung bringen, ist aber bisher nur zu kleinen Teilen umgesetzt.

Zählbare Ergebnisse, so viel vorweg, brachten weder Lindners Gipfel mit Vertretern des Mittelstands noch der von Kanzler Scholz (SPD) mit Bossen der Großindustrie wenige Stunden später. Stattdessen führten die beiden Treffen – und die Art, wie der nicht eingeladene Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) auf sie reagierte – vor Augen, wie zerrüttet das Verhältnis der Ampelspitzen mittlerweile ist. Zudem befeuerten sie Argwohn zwischen Mittelstand und Großkonzernen und nährten den Eindruck, dass die Bundesregierung nicht recht weiß, wie sie das Land aus der Krise führen soll.

Lindner und sein Fraktionschef Christian Dürr hatten in den »Clubraum« des Reichstags geladen, wo Abgeordnete sich früher zum Rauchen trafen. Doch statt wie früher dicke Zigarren gab es diesmal eher dicke Hälse. »Herr Lindner hat deutlich zu hören bekommen, was unsere Probleme sind«, sagte Reinhold von Eben-Worlée, der für den Verband der Familienunternehmer an dem Treffen teilnahm, dem SPIEGEL. »Es war schon Alarm, den wir dort ausgelöst haben.«

Neben Eben-Worlée hatten Rainer Dulger, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Jörg Dittrich, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), Stephan Hofmeister, Präsident des Bundesverbandes der Freien Berufe (BFB) und Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), an dem Gipfel teilgenommen.

Die Tagesordnung las sich wie eine Hitliste der Themen, die das Land seit Monaten umtreiben: Energie- und Klimapolitik, Arbeitsmarkt, Steuern und Sozialabgaben, Bürokratie und Regulierung, private und öffentliche Finanzen – zu besprechen in gerade einmal eineinhalb Stunden.

Mehrere Teilnehmer berichten dem SPIEGEL von einer ernsten Gesprächsatmosphäre. Man habe Lindner klar die Meinung gesagt und Reformen gefordert. Der Tenor: Man habe keine Zeit mehr zu verlieren, ein Weiter-so sei schlicht nicht mehr möglich, dafür sei die Situation zu besorgniserregend. »Ein Jahr Wahlkampf können wir uns nicht leisten«, hieß es von mehreren Teilnehmern.

In ihren Forderungen seien sie sich weitgehend einig gewesen: weniger Bürokratie, Steuern und Abgaben, schnelle Reformen. »Die hohen Lohnzusatzkosten und Steuern, die Bürokratie, die Berichtspflichten – das sind dicke Wackersteine in unserem Rucksack«, sagte Eben-Worlée. »Mit ihnen auf dem Rücken ein Hindernislaufen gegen die Konkurrenz aus anderen Ländern zu gewinnen, wird schwierig.«

ZDH-Präsident Jörg Dittrich warnte, dass allein im Handwerk mit dem Verlust von rund 80.000 Arbeitsplätzen zu rechnen sei. »Wir brauchen einen klaren, innerhalb der Regierung abgestimmten und umsetzbaren Plan, ein Machen! Keine weiteren Ankündigungen und eine Pläne-Kakophonie«, sagte Dittrich. Die gesamte Wirtschaft stehe wegen zu hoher Energiekosten, überbordender Bürokratie und zu hohen Steuern und Abgaben unter Druck. »Wir brauchen deshalb Reformen nicht nur für eine Branche. Sondern für alle.«

Ähnlich äußerte sich DIHK-Chef Martin Wansleben. »Die Regierung muss konkrete Schritte setzen und Handlungsfähigkeit beweisen.«

Arbeitgeberchef Dulger forderte die Ampelparteien nach dem Treffen auf, sich endlich zusammenzuraufen: »Sie muss gemeinsam – und ich betone gemeinsam – die richtige Wirtschaftspolitik machen, diesen Standort wieder wettbewerbsfähig zu machen.«

Immerhin soll Lindner auf seine Gäste einen entschlossenen Eindruck gemacht haben. Er habe klar und entschieden dargestellt, was seiner Meinung nach für den Standort Deutschland notwendig sei. Dazu gehöre, die Weichen in Richtung Wachstum zu stellen. Die Abgabenlast für die Unternehmen müsse sinken, bei gleichzeitiger Einhaltung der Schuldenbremse.

Falls die Koalitionspartner diesen Weg nicht mitgehen wollten, schließe er nichts aus. Teilnehmer interpretierten das so, dass Lindner eher bereit sei, in die Opposition zu gehen, als seine Positionen aufzugeben. Sie hatten nicht den Eindruck, dass er aktiv den Ausstieg

plane, sondern eher, dass er es darauf anlege, entlassen zu werden.

Grünen-Wirtschaftsminister Robert Habeck blieb dem Doppelgipfel dagegen fern – doch seine Reaktion auf die Treffen zeigte, dass die Nerven in der Ampel blank liegen.

»Ich brauche jetzt keinen Gipfel, ich bin permanent am Bergsteigen.«

»Ich selbst werde keinen Gipfel machen«, sagte Habeck Ende vergangener Woche am Rand einer Wirtschaftskonferenz in Indien . Er treffe sich ohnehin regelmäßig mit Wirtschaftsvertretern in zahlreichen Formaten. »Ich brauche jetzt keinen Gipfel, ich bin permanent am Bergsteigen«, sagte Habeck.

Auf die Frage, ob man in der Ampel überhaupt noch zusammenarbeite, wurde Habeck schmallippig: »Absolut, das tun wir.« Was das alles über den Zustand der Ampel aussage? Habeck: »Dass wir gut zusammenarbeiten.«

Dabei hatte der Wirtschaftsminister selbst noch direkt vor dem Abflug nach Indien ein Impulspapier lanciert , zentraler Inhalt: ein »Deutschlandfonds für Investitionen und Infrastruktur«. Es wäre ein Sondervermögen ähnlich wie das für die Bundeswehr , nur viel größer, von bis zu 400 Milliarden Euro war die Rede. Das Kanzleramt, Lindners Finanzministerium und andere Ressorts ließ Habeck erst wenige Stunden vor der Veröffentlichung informieren.

Beobachter sehen darin auch eine Retourkutsche an Scholz, der seinen Industriegipfel vor zwei Wochen im Alleingang ohne seine Koalitionspartner aufgleiste.

Mit ihren Einzelaktionen laufen die Ampelspitzen Gefahr, auch Teile der Wirtschaft gegeneinander aufzubringen. So hatte Scholz unter anderem die großen Autobauer, den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), den Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und die IG Metall eingeladen.

Prompt bat Lindner Vertreter des Mittelstands zu sich – eine klassische Klientel der FDP. Familienunternehmer-Vertreter Eben-Worlée warnte schon vor Beginn des Scholz-Gipfels vor Staatshilfen für Konzerne. »Neue Subventionen für Großbetriebe sind keine Rettungsmaßnahmen«, so Eben-Worlée. »Zum einen würden sie voll gegen den Mittelstand gehen, außerdem würden sie die strukturellen Probleme der Großindustrie nicht beseitigen.«

Fortsetzung folgt

Noch schärfer formulierte es Dirk Jandura, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA). »Wenn 30.000 Arbeitsplätze bei VW in Gefahr sind, gibt es einen Gipfel im Kanzleramt«, sagte Jandura. »Wenn 30.000 Arbeitsplätze im Mittelstand verloren gehen, interessiert das niemanden.«

Auch der Handelsverband Deutschland (HDE) kritisierte die Berliner Gipfel. »Unternehmen, Standorte, Innenstädte und Arbeitsplätze sind unter Druck und brauchen gesicherte Rahmenbedingungen«, zitierte die Nachrichtenagentur Reuters aus einem Schreiben des HDE an Scholz. »Wir erwarten von der Politik nicht zahlreiche Gipfel, sondern eine verantwortliche und zielgerichtete Umsetzung der strukturellen Maßnahmen.«

Wie genau das passieren soll, blieb aber offenbar unklar. »Es gab nichts Konkretes, was wir hätten mitnehmen können«, sagte Familienunternehmer-Vertreter Eben-Worlée.

Kanzler Scholz fand seinen Gipfel dagegen offenbar so gut, dass er mehr davon will: Mitte November soll es das nächste Spitzentreffen geben. Der Gipfel sei konstruktiv abgelaufen, erfuhr der SPIEGEL nach dem Gipfel im Kanzleramt. Es habe keine Schaufensterreden gegeben, die Stimmung sei gut gewesen. Die Teilnehmer hätten konkret über zwei Komplexe geredet: Energie und Energiepreise und das Thema Auto. Bis zur Fortsetzung am 15. November ist demnach ein Arbeitsprozess aufgesetzt, um die weiteren Gespräche vorzubereiten.

Abbildung:	Kanzler Scholz (beim Deutschen Arbeitgebertag am 22. Oktober): Der nächste Gipfel ist bereits geplant
Abbildung:	BDA-Präsident Rainer Dulger, Finanzminister Lindner, Familienunternehmer-Vertreter Reinhold von Eben-Worlée
Abbildung:	Markus Steilemann, Präsident des Verbands der Chemischen Industrie, auf dem Weg zum Gipfel mit Scholz: Keine Schaufensterreden
Abbildung:	FDP-Chef Lindner mit Mittelstandsvertretern: »Die wirtschaftspolitische Diskussion ist jetzt da, wo sie hingehört«
Wörter:	1241

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

ntv.de vom 29.10.2024 13:22

Ressort: Kurznachrichten **Mediengattung:** Online News
Weblink: https://www.n-tv.de/ticker/article25322764.ece

Kritik am Industriegipfel

Exportverband nennt Kanzlertreffen "Placebo-Politik"

Exportverband nennt Kanzlertreffen "Placebo-Politik"

Der Außenhandelsverband BGA übt scharfe Kritik am Industriegipfel von Bundeskanzler Olaf Scholz. "Wenn 30.000 Arbeitsplätze bei VW in Gefahr sind, gibt es einen Gipfel im Kanzleramt", sagte der Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), Dirk Jandura, am Dienstag.

"Wenn 30.000 Arbeitsplätze im Mittelstand verloren gehen, interessiert das niemanden." Die Bundesregierung müsse endlich aufhören, staatliche Subventionen an einzelne Unternehmen und Branchen zu verteilen. "Das ist der falsche Weg", sagte Jandura. Viel wichtiger wäre es, die Rahmenbedingungen für alle Unternehmen zu verbessern. "Das bringt Deutschland mittel- und langfristig viel mehr Wachstum als diese Placebo-Politik", erklärte der BGA-Präsident.

Auch der Handelsverband Deutschland (HDE) sieht den für den Nachmittag geplanten Gipfel im Kanzleramt kritisch. "Unternehmen, Standorte, Innenstädte und Arbeitsplätze sind unter Druck und brauchen gesicherte Rahmenbedingungen", heißt es in einem Reuters vorliegenden HDE-Schreiben an Scholz, das von Präsident Alexander von Preen und Hauptgeschäftsführer Stefan Genth unterzeichnet ist. "Wir erwarten von der Politik nicht zahlreiche Gipfel, sondern eine verantwortliche und zielgerichtete Umsetzung der strukturellen Maßnahmen."

Abbildung: Seinen Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grünen) und seinen Finanzminister Christian Lindner (FDP) hat Kanzler Scholz nicht zu dem Industriegipfel eingeladen.
Fotograf/-in: Michael Kappeler/dpa
Wörter: 184
Urheberinformation: "© ntv.de Alle Rechte vorbehalten"

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

manager-magazin.de vom 28.10.2024

manager magazin

Autor/-in:	Anna Driftschröer	**Jahrgang:**	2024
Seite:	0	**Nummer:**	0
Rubrik:	Unternehmen/Industrie	**Visits (VpD):**	0,323 (in Mio.) [1]
Mediengattung:	Online News	**Unique Users (UUpD):**	0,091 (in Mio.) [2]
Weblink:	https://www.manager-magazin.de/unternehmen/industrie/ifo-stimmung-der-exporteure-schlecht-wie-seit-jahresbeginn-nicht-mehr-a-7bd39168-c0b9-45a4-858b-b2d240ef10ab		

[1] von PMG gewichtet 05-2020

[2] gerundet agof ddf Ø-Tag 2020-05 vom 02.06.2020, Gesamtbevölkerung 16+

Ifo-Institut

Stimmung der Exporteure schlecht wie seit Jahresbeginn nicht mehr

Die Exporterwartungen in der deutschen Wirtschaft sinken den fünften Monat in Folge. Die größten Einbußen befürchten Autobranche und Metallindustrie. Einer der Gründe: Die preislich schlechtere Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen.

Die Stimmung unter den deutschen Exporteuren hat sich im Oktober den fünften Monat in Folge eingetrübt. Das Barometer für die Exporterwartungen in der Industrie sank auf minus 6,7 Punkte, von minus 6,5 Punkten im September, wie das Münchner Ifo-Institut am Montag zu seiner Umfrage mitteilte. Das ist der schlechteste Wert seit Januar. „Die Unternehmen profitieren gegenwärtig nicht von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in anderen Ländern“, sagte Ifo-Umfragechef **Klaus Wohlrabe** . „Die Durststrecke der Exportwirtschaft setzt sich somit weiter fort.“

Der Außenhandelsverband BGA zeigt sich von der negativen Entwicklung nicht überrascht. „Die Auftragsbücher füllen sich nicht“, sagte BGA-Präsident **Dirk Jandura** . „Gründe dafür sind die preislich schlechtere Wettbewerbsfähigkeit sowie der auch rein technisch immer geringere Vorsprung deutscher Güter.“ Energie-, Steuer- und Bürokratiekosten lasteten auf den Kalkulationen. Dazu komme, dass ausländische Wettbewerber zunehmend attraktivere Finanzierungspakete anböten. Der Standort Deutschland brauche weniger Bürokratie, mehr Vertrauen, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen, mehr Binnenmarkt und vor allem weniger Belastung.

Die Industrie rechnet den Angaben zufolge überwiegend mit einem rückläufigen Auslandsgeschäft. Die stärksten Einbußen befürchten dabei die Automobilbranche und die Metallindustrie. „Die Hersteller von Nahrungsmitteln und Getränken erwarten hingegen steigende Exporte“, so das Ifo-Institut. Auch die Papierhersteller planen demnach mit einer leicht positiven Tendenz. Merklich aufgehellt haben sich die Erwartungen der Hersteller von elektrischen Ausrüstungen: Nachdem sie zuletzt von Rückgängen ausgingen, erwarteten sie nun ein konstantes Exportgeschäft.

Die deutschen Ausfuhren sind von Januar bis August 2024 um 0,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gesunken – auf gut 1061 Milliarden Euro. „Die Auslandsnachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen erholt sich trotz moderat wachsender deutscher Absatzmärkte derzeit nur leicht“, schreibt die Bundesbank in ihrem Monatsbericht. „Dies deutet auf anhaltende Probleme mit der Wettbewerbsfähigkeit hin.“

Das maue Auslandsgeschäft ist ein Grund dafür, weshalb sich Europas größte Volkswirtschaft derzeit am Rande einer Rezession bewegt. Die Bundesregierung geht davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 0,2 Prozent schrumpfen wird. Es wäre das zweite Minus-Jahr in Folge. 2025 soll es dann zu einem Wachstum von 1,1 Prozent reichen, 2026 wird ein Plus von 1,6 Prozent erwartet.

dri/Reuters

Abbildung: Probleme mit der Wettbewerbsfähigkeit: Die Durststrecke der Exportwirtschaft setzt sich somit weiter fort.
Wörter: 376

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Sächsische Zeitung Dresden vom 24.10.2024

SÄCHSISCHE ZEITUNG

Autor/-in: Hannes Koch
Seite: 20 bis 20
Ressort: Wirtschaft
Ausgabe: Hauptausgabe
Weblink: https://www.saechsische.de

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 31.515 (gedruckt) [1] 33.213 (verkauft) [1] 34.449 (verbreitet) [1]
Reichweite: 0,102 (in Mio.) [2]

[1] von PMG gewichtet 07/2024
[2] von PMG gewichtet 7/2024

Indien als Alternative zu China?

Indien mit seinen 1,4 Milliarden Menschen ist für die deutsche Wirtschaft ein gigantischer Markt. Was für und was gegen enge Kooperationen spricht.

Noch existiert keine echte Wasserstoff-Wirtschaft, aber sie scheint zu kommen. Einer von vielen Startschüssen fiel kürzlich mit der Absichtserklärung des deutschen Energiekonzerns RWE und des indischen Unternehmens AMG, ab 2027 grünes Ammoniak zu produzieren und zu vermarkten. Bis zu 250.000 Tonnen des klimaneutralen Roh- und Brennstoffs will die Handelstochter der Essener Firma dann pro Jahr aus Indien beziehen.

Mehr solcher Beispiele könnten veröffentlicht werden, wenn ab Donnerstag die Asien-Pazifik-Konferenz der deutschen Wirtschaft in der indischen Hauptstadt Neu Delhi stattfindet. Teilnehmen werden unter anderen Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. Wobei es bei dieser Veranstaltung nicht nur um Kooperationen mit Indien geht, sondern weitere Staaten im Fokus stehen, etwa Vietnam, Indonesien und Singapur.

Angesichts der brisanten internationalen Lage handelt es sich nicht nur um eine von vielen Wirtschaftskonferenzen. Die Veranstaltung ist eingebettet in die Neudefinition deutscher und europäischer Kooperation weltweit. Im Hintergrund stehen der russische Angriff auf die Ukraine und die Bedrohung des unabhängigen Staates Taiwan durch die Volksrepublik China. Viele Firmenvorstände fragen sich, wie sie reagieren sollten, wenn der Konflikt zwischen den beiden Ländern eskalieren würde. Eine Antwort sind „China plus Eins“-Strategien: Die Unternehmen versuchen, ihre Aktivitäten in und mit der Volksrepublik auszubalancieren, indem sie bestimmte Geschäfte in andere Staaten verlagern oder dort neue ansiedeln. Hier kommt Indien ins Spiel.

Mehr Chancen als Risiken

„Indien gehört zu den am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt, was deutschen Unternehmen neue Chancen insbesondere in Bereichen wie Maschinenbau, Automobilindustrie, Informationstechnologie und erneuerbare Energien bietet“, erklärt der Bundesverband Groß- und Außenhandel (BGA). Momentan ist die wirtschaftliche Kooperation mit dem Subkontinent auf gutem Wege. 2023 wuchs das Handelsvolumen zwischen Deutschland und Indien auf rund 30 Milliarden Euro – um fünf Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die deutschen Importe von dort veränderten sich kaum, während die Exporte deutlich stiegen.

Wichtige deutsche Exportprodukte sind etwa Maschinen, Flugzeuge und Elektrotechnik. Importiert wurden aus Indien etwa viele chemische Erzeugnisse, Arzneimittel und Bekleidung. Die Kooperation im Bereich der erneuerbaren Energien nimmt zu. „Deutsche Unternehmen sind sehr daran interessiert, ihr Engagement in Indien zu vertiefen“, sagt Friedolin Strack vom Bundesverband der Deutschen Industrie. Nicht zu vernachlässigen ist auch, dass die Bundesregierung mehr Fachkräfte aus Indien nach Deutschland holen möchte, um hier den Personalmangel zu lindern. Für den verstärkten wirtschaftlichen Austausch spricht, dass Indien mittlerweile als Land mit der größten Bevölkerung weltweit eingestuft wird. Über 1,4 Milliarden Menschen leben dort, angeblich etwas mehr als in China. Der Markt des Subkontinents, der deutsche Produkte aufnehmen könnte, ist theoretisch also riesig. Technologisch befindet sich die indische Wirtschaft teilweise auf dem Stand Europas, was die Kooperation erleichtert. Und es handelt sich grundsätzlich um einen demokratischen Rechtsstaat.

Hinderlich auswirken könnte sich jedoch, dass Hunderte Millionen Inderinnen und Inder noch sehr arm sind. Teure deutsche Konsumgüter wie große Autos können sich die meisten nicht leisten. Außerdem ist die indische Verwaltung für ihre überbordende Bürokratie bekannt. Und teilweise versucht der Staat, ausländische Konkurrenzprodukte von seinem Binnenmarkt fernzuhalten.

Unter dem Strich sehen viele Experten jedoch mehr Chancen als Risiken.

Nicht nur die Bundesregierung will die Beziehungen voranbringen, auch die Europäische Union. Sie bereitet ein Freihandelsabkommen vor, um gegenseitige Zölle zu senken und den Austausch zu erleichtern.

Wirtschaftsverbände sprechen sich dafür aus, die Verhandlungen zu beschleunigen. „Dies ist ein Spiel, in dem es nicht nur um Märkte und strategische Rohstoffe geht. Es geht auch um Multilateralismus und Demokratie, um die geopolitische Balance“, sagt BGA-Präsident Dirk Jandura.

Aber mal sehen, wie schnell das Vorhaben vorankommt – das EU-Freihandelsabkommen mit Südamerika ist seit Jahren mehr oder weniger fertig, doch die Europäer können sich nicht durchringen, es endgültig anzunehmen.

Wörter: 611

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. © DDV Mediengruppe GmbH & Co. KG, Dresden

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.10.2024

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Autor/-in: Von Dirk Jandura
Seite: 18 bis 18
Rubrik: Wirtschaft

Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung
[1] IVW 2/2024
[2] AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Jahrgang: 2024
Nummer: 240
Auflage: 149.142 (gedruckt) [1] 182.775 (verkauft) [1] 186.177 (verbreitet) [1]
Reichweite: 0,852 (in Mio.) [2]

| Standpunkt |

Lassen Sie uns in Ruhe, aber nicht im Stich

Der offene, freie, weltweite Austausch ist für die Außenhandelsnation Deutschland und für Europa wichtiger denn je. Läuft der Handel, läuft es gut für Deutschland. Jeder vierte Arbeitsplatz in unserer Sozialen Marktwirtschaft hängt am Export. Doch beide, freier Handel und Soziale Marktwirtschaft sind aktuell unter Druck.

Wir erleben Rezession, bürokratischen Burn-out und Fachkräftemangel, staatlich gelenkte Wirtschaftspolitik und Transformation, wachsende Arbeitslosigkeit und die Rückkehr der Kurzarbeit. Und das Ganze im Angesicht von internationalen Umbrüchen, die wir seit 1989 so nicht erlebt haben.

Wir sprechen heute wieder über Krieg und Frieden. Über geschlossene Grenzen, über Ausgleichszölle, über De-Coupling und De-Risking. Der internationale Warenverkehr muss zum Teil militärisch abgesichert werden. Der weltweite Siegeszug von Demokratie und Marktwirtschaft – er ist kein Selbstläufer. Auch hier in unserem eigenen Land nicht.

Ohne den ungehinderten Zugang zu Märkten, ohne weltweit nutzbare Infrastruktur, ohne regelbasierten Austausch und Möglichkeiten zur Konfliktbeilegung wäre unsere Wirtschaft stillgelegt. Wie ein Tanker ohne Antrieb, bewegungslos inmitten der Wellen. Gerade mit Blick auf den Handelskonflikt zwischen China und den USA können wir auf eine funktionierende Welthandelsorganisation (WTO) nicht verzichten.

Viele klagen heute über China, und wie unfair es ist, dass chinesische Hersteller in Masse auf den europäischen Markt drängen. Aber sind das nicht dieselben Klagen, die früher uns Deutschen und unseren Exportüberschüssen entgegengebracht wurden? Ausgleichszölle sind vielleicht gerechtfertigt. Aber sind sie richtig? Bei einem globalen Handelskonflikt zwischen unseren beiden wichtigsten Handelspartnern verliert die Außenhandelsnation Deutschland am meisten.

> ESG, CSR, EUDR, CBAM, CSDDD: Das ist die Perfektionierung des Wahnsinns.

Natürlich muss auch China die Regeln des Wettbewerbs einhalten. Gelegentlich bedeutet das, auch mal handelspolitisch Zähne zu zeigen. Aber letztlich ist der Siegeszug Chinas für uns Ansporn, besser zu werden. Strategischer zu werden. Schneller zu handeln. Mutiger zu entscheiden. Den Wettbewerb annehmen und selber auch wettbewerbsfähiger werden.

Unsere Rahmenbedingungen, die uns in der Vergangenheit so viel Wohlstand beschert haben, passen nicht mehr zum heutigen Wettbewerb. Sie sind nicht für morgen, sondern von gestern. Deutschland muss hier schneller, flexibler und besser werden. Ein Jahrzehnt des Wohlstands ist weitgehend ungenutzt verstrichen.

Drei konkrete Vorschläge: *Erstens:* Der Staat sollte nicht in einzelne Unternehmen, sondern in die Infrastruktur und die Rahmenbedingungen investieren. Den Rest machen die mittelständischen Unternehmen schon selbst. Das bringt langfristig mehr Wachstum als die milliardenschwere Ansiedelung einzelner Großunternehmen. Nicht Tesla oder Intel, der Mittelstand ist Deutschlands Fels in der Brandung.

Zweitens: Deutschland muss mit aller Kraft für Freihandelsabkommen mit Mercosur, mit Indonesien, mit Indien kämpfen – notfalls auch gegen ein französisches Votum. Wir brauchen hier endlich Abschlüsse und nicht endlose Verhandlungen über handelsfremde Inhalte. Diversifizieren ohne Freihandelsabkommen ist wie Tiefseetauchen ohne Sauerstoffgerät. Irgendwann geht einem die Luft aus.

Drittens: Wir Mittelständler brauchen endlich einen echten Befreiungsschlag mit Blick auf die alles erdrückende Regulierung. So gut wie jedes Unternehmen hat in den vergangenen 24 Monaten Mitarbeiter neu einstellen müssen, nur um Berichtspflichten zu bearbeiten. ESG-Fragebögen. CSR-Richtlinie. Entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR). CBAM und demnächst die CSDDD. Das deutsche Lieferkettenfiasko mit seinen endlosen Fragebögen im Kettenbriefstil. Rechtsunsicherheit, Trickledown, Overcompliance und Umsetzungsprobleme, so weit das Auge reicht. Das sind die Abkürzungen des Horrors. Das ist die Perfektionierung des Wahnsinns. Wir brauchen dringend ein europäisches Moratorium, längere Umsetzungsfristen und eine europäische Überprüfung der schon beschlossenen Berichtspflichten. Die Entlastungen, die jüngst von der Bundesregierung vorgeschlagen wurden, können nur der Anfang gewesen sein.

In einem Satz zusammengefasst: Bitte lassen Sie uns in Ruhe. Aber lassen Sie uns nicht im Stich.

Dirk Jandura ist Präsident des Bundesverbands Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA).

Wörter: 565

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Münchner Merkur Stadtausgabe vom 10.10.2024

Münchner Merkur

Seite: 7
Ressort: Wirtschaft
Ausgabe: Hauptausgabe
[1] von PMG gewichtet 07/2024
[2] von PMG gewichtet 7/2024

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 20.110 (gedruckt) [1] 21.302 (verkauft) [1] 22.494 (verbreitet) [1]
Reichweite: 0,113 (in Mio.) [2]

Exporte legen leicht zu

Wiesbaden – Für die deutsche Wirtschaft bleiben die Aussichten trotz des zweiten Exportplus in Folge mau. Wie das Statistische Bundesamt gestern mitteilte, nahmen die Ausfuhren im August saison- und kalenderbereinigt im Vergleich zum Juli um 1,3 Prozent auf 131,9 Milliarden Euro zu. Verglichen mit dem Vorjahresmonat ergab sich ein kleines Plus von 0,1 Prozent. Beruhigen dürften diese leichten Zuwächse aber nicht, erklärte Dirk Jandura, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel und Dienstleistungen. Das Exportwachstum bleibe hinter der globalen Dynamik zurück, und es bestehe weiter ein gefährlicher Mix aus konjunktureller, struktureller und administrativer Krise, der die Exportwirtschaft fest im Griff habe.

Wörter: 102
Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. © Münchner Zeitungsverlag

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.10.2024

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Autor/-in: Von Julia Löhr, Berlin
Seite: 17 bis 17
Rubrik: Wirtschaft

Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung
[1] IVW 2/2024
[2] AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Jahrgang: 2024
Nummer: 236
Auflage: 149.142 (gedruckt) [1] 182.775 (verkauft) [1] 186.177 (verbreitet) [1]
Reichweite: 0,852 (in Mio.) [2]

Der Minister der Krise

Die Wirtschaft schrumpft das zweite Jahr in Folge. Wirtschaftsminister Habeck sieht die Ursache nicht bei sich. Doch die anhaltende Flaute belastet seine beruflichen Ambitionen.

Das hatte sich Robert Habeck anders vorgestellt. Als der grüne Wirtschafts- und Klimaschutzminister im Herbst vergangenen Jahres die Konjunkturprognose der Regierung vorstellte, da rechnete er für 2024 noch mit einer Wachstumsrate von 1,3 Prozent. Am Mittwoch musste er in Berlin stattdessen erklären, warum die Wirtschaft das zweite Jahr in Folge schrumpft. Der Wegfall des russischen Gases, ein schwierigeres Chinageschäft, der Investitionsstau – Deutschland dürfe jetzt nicht „die Ohren hängen lassen“, appellierte Habeck.

Rezession statt Wachstum: Das ist nicht nur schlecht für Deutschland, sondern auch für den Grünenpolitiker. In gut einem Monat will er sich auf dem Parteitag zum Spitzenkandidat für die Bundestagswahl krönen lassen. Trotz der seit Monaten schlechten Umfragewerte – zuletzt um die zehn Prozent – rechnet er sich zumindest eine Minichance aus, ins Kanzleramt einzuziehen. CDU-Chef Friedrich Merz als Verkörperung der Politik der Achtzigerjahre, SPD-Kanzler Olaf Scholz als emotionsloser Landesverwalter: Die beiden sind gewissermaßen Habecks Wunschgegner, um sich als – maßvoller – Erneuerer Deutschlands zu positionieren. Doch das kann nur dann glaubwürdig wirken, wenn die Wirtschaft bis dahin besser dasteht. Je nachdem, ob Ende September oder vielleicht doch schon Anfang März gewählt wird, könnte das schwierig werden.

Fast schon flehentlich betonte der Wirtschaftsminister in den vergangenen Wochen, was sich alles gut entwickele. Die gesunkene Inflation und die steigenden Löhne, die den Verbrauchern mehr Geld zum Ausgeben lassen. Die Zinssenkungen der EZB, die Kredite für Häuslebauer und Unternehmen günstiger machen. Diese Faktoren sind auch ein wesentlicher Grund, warum Habeck für das kommende Jahr einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,1 Prozent erwartet. Doch noch halten Verbraucher und Unternehmen ihr Geld zusammen. Das Misstrauen, ob das deutsche Geschäftsmodell mit einer starken, aber auch energieintensiven Industrie allein mit Erneuerbaren funktionieren wird, ist groß. Die angekündigten Stellenstreichungen bei VW, Thyssenkrupp und vielen anderen Unternehmen nähren den Verdacht: Deutschland wird mit dieser Transformationspolitik vielleicht grün, aber auch ärmer. Habeck widersprach diesem Eindruck am Mittwoch vehement. „Nicht die Klimapolitik ist ein Problem, sondern der Klimawandel macht uns ärmer.“ Auf die Frage nach seinen Kanzlerambitionen sagte er: nichts. Nur so viel: „Ich arbeite seit drei Jahren daran, die Probleme des Landes zu lösen.“

Doch wie kann Habeck die Wende jetzt noch schaffen? 0,5 Prozentpunkte mehr Wachstum soll die Wachstumsinitiative der Ampel bringen, hatte Habecks Ministerium im Sommer ausgerechnet. Die Vorsitzende des Sachverständigenrats, eines der wichtigsten Beratergremien der Regierung, dämpft gegenüber der F.A.Z. die Erwartungen. „Das Wachstumspaket enthält viele gute Einzelmaßnahmen, das Finanzvolumen ist aber zu klein, um einen größeren Effekt zu haben“, sagt Monika Schnitzer. „Es bräuchte mehr davon.“ Auch sei fraglich, wie schnell die Maßnahmen wirkten. Erschwerend kommt hinzu: Wahrscheinlich wird nur ein Teil des ohnehin schon kleinen Pakets umgesetzt. Der Steuerbonus für ausländische Fachkräfte ist weder in der Koalition noch in der Bevölkerung mehrheitsfähig. Die „Hinternhoch-Prämie“ von 1000 Euro für Bürgergeldempfänger, die mindestens ein Jahr arbeiten gehen, ist ebenfalls zum Scheitern verurteilt. Die FDP hält sie für „ein Unding“, SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich sieht das „gesunde Gerechtigkeitsempfinden“ verletzt. Habeck, der die Prämie verteidigt, steht allein da.

Das ging ihm schon in den vergangenen Monaten häufiger so. Sein stetes Werben für einen staatlich subventionierten Industriestrompreis, ganz im Sinne der Industrieverbände, ließ Scholz an sich abprallen, ebenso Habecks Versuche, der Regierung über eine Reform der Schuldenbremse oder neue Sondervermögen mehr finanziellen Spielraum zu verschaffen. Bei einem anderen Thema könnte es dagegen für Habeck besser laufen: den Netzentgelten. Die Netzentgelte sind quasi der Preis der Energiewende. Mit ihnen wird die Anpassung des Stromnetzes an die schwankenden Erneuerbaren finanziert. Sie halten die Energiekosten hoch. Dass Unternehmen künftig vor allem dann Strom verbrauchen sollen, wenn der Wind weht und die Sonne scheint, hat viel Empörung ausgelöst. Eine für Habeck und Scholz eigentlich unerfreuliche Entwicklung könnte ihnen nun helfen: die verschobenen Pläne des Chipherstellers Intel in Magdeburg. Zehn Milliarden Euro Zuschuss, gestreckt über mehrere Jahre, sollte Intel bekommen. Während die FDP die vorerst nicht benötigten Mittel nutzen will, um das Haushaltsloch zu stopfen, möchten SPD und Grüne sie umwidmen. Unternehmen mit einem hohen und konstanten Stromverbrauch müssten „weiter und dauerhaft von den reduzierten Netzentgelten profitieren“, sagte Scholz kürzlich auf einer Tagung des Außenhandelsverbands BGA.

Ob das reicht, um wieder Vertrauen in der Wirtschaft zu schaffen, ist fraglich. Der Geschäftsführer der Deutschen Industrie-und Handelskammer griff Habeck am Mittwoch zwar nicht persönlich an. Er klang aber resigniert. „Zwei Rezessionsjahre in Folge gab es in Deutschland bislang nur einmal“, sagte Martin Wansleben mit Verweis auf die Krise nach dem Zusammenbruch des Neuen Marktes 2002/2003. Die Wirtschaftsleistung trete seit fünf Jahren auf der Stelle, die Investitionen seien niedriger als 2019. Die Wirtschaftsweise Monika Schnitzer gibt zu bedenken: „Die meisten Menschen bewerten ihre eigene wirtschaftliche Situation durchaus als gut, sie sind aber verunsichert und haben Angst um die eigene Zukunft und die des Landes.“ Im Wahlkampf werde es darum gehen, mit einem „klugen Wirtschaftsprogramm einen Unterschied zu machen“.

„Der kommende Wahlkampf wird ein Wirtschaftswahlkampf“, sagt auch die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Verena Hubertz. „Wer kein überzeugendes Wirtschaftskonzept hat in Zeiten von Rezession, der wird nicht gewinnen.“ Die Positionierung der SPD zeichnet sich längst ab: als Verteidigerin der Industriearbeitsplätze und Garantin stabiler Renten. Es brauche ein neues Vehikel für Investitionen, sagt Hubertz. „Ein Deutschlandsfonds bündelt nationales und privates Kapital, hilft durch Investitionen bei der Energiewende und lässt uns als Gesellschaft teilhaben. Das bringen wir als SPD in den Wahlkampf mit ein.“ Außerdem müsse beim Thema Bürokratieabbau mehr geschehen. „Weniger die Regeln sind das Problem als die tägliche Erfahrung damit“, findet die Unternehmerin. Sie wünscht sich mehr Risikobereitschaft in der Verwaltung. Eine Forderung, die auch von Robert Habeck kommen könnte. *(Interview mit dem Chef der Bundesnetzagentur, Seite 19.)*

Abbildung: Überbringer schlechter Nachrichten: Robert Habeck
Fotograf/-in: Foto Visum
Wörter: 956

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

FAZ.NET vom 09.10.2024 12:28

Frankfurter Allgemeine

Mediengattung: Online News
Unique Users (UUpD): 0,367 (in Mio.) [2]
Visits (VpD): 1,89 (in Mio.) [1]
Weblink: https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/der-deutsche-export-legt-noch-einmal-zu-110035751.html

[1] von PMG gewichtet 07-2024
[2] gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Schwache Konjunktur

Der deutsche Export legt noch einmal zu

Die deutsche Wirtschaft kommt nicht voran. Immerhin gibt es zum zweiten Mal nacheinander eine positive Nachricht aus dem Außenhandel. Doch die Branche bleibt skeptisch, was die Zukunft angeht.

Inmitten der Konjunkturflaute senden die deutschen Exporteure ein Hoffnungszeichen. Die Ausfuhr stieg im August überraschend zum Vormonat um 1,3 Prozent auf 131,9 Milliarden Euro, wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch mitteilte. Dabei sticht insbesondere ins Auge, dass 5,5 Prozent mehr Waren in die Vereinigten Staaten geliefert wurden als im Juli. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) sieht in den Ausfuhr-Zahlen einen Hoffnungsschimmer, aber noch keinen Grund zur Entwarnung.

Der Außenhandelsverband BGA spricht von einer Atempause. „Zum zweiten Mal in Folge sehen wir ein leichtes Plus bei den Exporten. Das mag beruhigen, darf es aber nicht“, sagte Dirk Jandura, Präsident des Bundesverbands Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA). Denn das deutsche Exportwachstum bleibe weiter hinter der globalen Dynamik zurück. „Der gefährliche Mix aus konjunktureller, struktureller und administrativer Krise hat den deutschen Export immer noch fest im Griff.“

Laut Cyrus de la Rubia, Chefökonom der Hamburg Commercial Bank, unterstreicht die starke Zunahme der Ausfuhren in die USA, dass es den Vereinigten Staaten konjunkturell deutlich besser gehe als Deutschland. In die EU-Länder und nach China wurden die Exporte ebenfalls erhöht. Gleichzeitig sei festzustellen, dass die Exportauftragseingänge gemäß dem Einkaufsmanagerindex in den vergangenen Monaten beschleunigt gefallen seien. „Wir bleiben daher skeptisch, ob die Exporte nunmehr nachhaltig an Fahrt gewinnen.“

Aussicht derzeit besser als prognostiziert

Der deutsche Export schlägt sich aus Expertensicht in diesem Jahr allerdings besser als erwartet. Immerhin lag die Ausfuhr in den ersten acht Monaten des Jahres fünf Mal im Plus. „Der noch immer hohe Auftragsbestand hilft der deutschen Exportwirtschaft. Die Industrie zehrt also von der Vergangenheit“, analysiert Chefökonom Thomas Gitzel von der Liechtensteiner VP Bank. Zuletzt hat der kriselnde Sektor allerdings spürbar Neugeschäft eingebüßt. Nach zwei Anstiegen in Folge brachen die Bestellungen im August um 5,8 Prozent ein.

Die Zeichen stehen laut Bundesbankchef Joachim Nagel wohl auf Rezession. Das zweite Halbjahr scheine konjunkturell deutlich schwächer auszufallen, als noch vor einem halben Jahr gedacht, sagte er am Dienstagabend in Berlin. Er verwies zugleich darauf, dass sein Haus „sehr konstruktive Vorschläge“ zur Reform der Schuldenbremse gemacht habe. Er sei überzeugt, dass dieses Thema auch nächstes Jahr wieder konstruktiv diskutiert werde. Es gehe dabei nicht darum, die Schuldenbremse auszuhebeln. „Es geht darum, dass wir Akzente setzen können und setzen müssen, damit der Wirtschaftsstandort Deutschland wieder stärker wird.“

Ohne staatliche Ausgaben wird die strauchelnde deutsche Wirtschaft nach Einschätzung der Grünen nicht zurück auf den Wachstumskurs kommen. „Die Konjunkturprognose ist nicht gut“, sagte die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Bundestagsfraktion, Irene Mihalic. Das Wirtschaftsministerium hat bestätigt, dass die Bundesregierung die Konjunkturprognose für 2024 am Nachmittag nach unten korrigieren wird und darin mit einem zweiten Rezessionsjahr in Folge rechnet. Es gebe zu wenig Investitionen und der Konsum sei zu schwach, sagte Mihalic. Deswegen seien nun erhebliche private, aber auch staatliche Investitionen gefragt. Es brauche auch eine Debatte zur Reform der Schuldenbremse. Denn der Staat könne mehr tun, um der Wirtschaft Verlässlichkeit zu geben.

Abbildung: Am Hamburger Hafen ist dank der aktuell noch starken Exportsituation viel zu tun.
Fotograf/-in: dpa
Wörter: 516

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

www.bga.de

BGA